

VO 265.045 Rechtsfragen des Umweltschutzes

1. Einheit - Kick-Off: Aufbau der LV; Begriff und Entstehung des Umweltrechts

*Univ.Ass. Dr. Paul Hahnenkamp, Univ.Lektor Mag. Gregor Schamschula (Ökobüro)
Univ.Ass. Mag. Dominik Wagner*

1. Einheit: Kick-Off

I. Organisatorisches

II. Einführung in das Umweltrecht

- Die LVA wird in **Präsenz** abgehalten: **HS EI 5 Hochenegg**
- Stream via **LectureTube** (LIVE - keine Aufzeichnung!)
- **Fragen** jederzeit während VO-Einheit oder im Nachhinein per E-Mail

- **Hauptprüfungstermin: 14. Juni 2023** - 10:00-11:00 Uhr
- **Dauer: 60 Minuten**
- **Multiple Choice Fragen und offene Fragen**
- **Prüfungsstoff:** Power Point Folien und besprochene Inhalte der LV-Einheiten

UMWELTRECHT

Ist Österreich beim Umweltschutz säumig?

Die Republik werde Vorgaben in Umweltverfahren nicht gerecht, sagt die EU-Kommission. Sie hat daher gleich mehrere Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet

IPCC-BERICHT

Zeitfenster für Klimarettung schließt sich

CHRONIK

540 Euro Strafe für weggeworfenen Zigarettenstummel

Kommt das Recht auf Klimaschutz in die Verfassung? Gutachter sieht "keinerlei Hindernis"

Könnte es auch in Österreich ein Shell-Urteil geben?

Das österreichische Desaster um Naturschutz und Biodiversität

Österreich ist Schandfleck des Artenschutzes. Mehr als 80 Prozent der Lebensräume sind in schlechtem Zustand.

Wölfe rissen 40 Schafe, Kritik an Politik

Im Pinzgau sollen Wölfe am Wochenende insgesamt 40 Schafe in Rauris, Mittersill und Uttendorf gerissen haben. Die Landes- und Bundespolitik solle sich endlich für die Almbauern einsetzen, verlangen Züchter und Landwirte. Auch die Forderung nach einem Abschuss wird laut.

UMWELTVERFAHREN

Klimaschutz vs. Naturschutz: Ist die Energiewende noch zu schaffen?

Die Genehmigung von Anlagen für erneuerbare Energieträger dauert oft Jahre. Der langfristige Aspekt des Klimaschutzes spielt dabei kaum eine Rolle

VERBAUUNG

Flächenverbrauch: Ein Land verliert den Boden

Österreichs verbaute Fläche wächst dreimal schneller als seine Bevölkerung. Damit liegt das Land sogar im europäischen Spitzenfeld. Wie es so weit kommen konnte

Kein UVP-Verfahren für Amazon-Lager

Für den Bau des geplanten Amazon-Logistikzentrums in Graz ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendig - das entschied nun das Land. Die Stadt Graz will einen möglichen Einspruch erst prüfen, die Anrainer wiederum wollen alle Rechtsmittel ausschöpfen.

Einheit	Datum	Inhalt
1.	08.03.2023	<i>Kick-off: Ablauf der LV; Inhalte der LV; Einführung in das Umweltrecht</i>
2.	15.03.2023	<i>Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Vorgaben</i>
3.	22.03.2023	<i>Völkerrechtliche Grundlagen; Aarhus Konvention</i>
4.	29.03.2023	<i>Naturschutzrecht</i>
5.	19.04.2023	<i>Umweltverträglichkeitsprüfung</i>
6.	26.04.2023	<i>Abfallwirtschaftsrecht</i>
7.	03.05.2023	<i>Strategische Umweltprüfung</i>
8.	10.05.2023	<i>Wasserrecht</i>
9.	17.05.2023	<i>Klimaschutzrecht</i>
10.	31.05.2023	<i>Luftreinhalungsrecht; Klimaklagen</i>
11.	07.06.2023	<i>Wiederholung; Fragestunde</i>
	14.06.2023	<i>Hauptprüfungstermin</i>



[Bundesrecht](#) |
 [Landesrecht](#) |
 [Bezirke](#) |
 [Gemeinden](#) |
 [Judikatur](#) |
 [Kundmachungen, Erlässe](#) |
 [Gesamtabfrage](#)

Herzlich willkommen!

Das Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) dient ua der Kundmachung der im Bundesgesetzblatt (seit 2004) und in den Landesgesetzblättern der Länder (Kärnten, Steiermark, Tirol und Wien seit 2014 und Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg seit 2015) zu verlautbarenden Rechtsvorschriften sowie der Amtlichen Verlautbarungen der Sozialversicherung und der Amtlichen Veterinärnachrichten.

Es dient weiters der Information über das Recht von Bund und Ländern und bietet einen Zugang zur Rechtsprechung, zu ausgewählten Rechtsnormen von Gemeinden, zu ausgewählten Erlässen von Bundesministerien sowie zu sonstigen Kundmachungen.

Beim Rechtsinformationssystem handelt es sich um eine Dokumentation des österreichischen Rechts. Daher können **keinerlei Rechtsauskünfte** erteilt werden.

Das RIS bietet einen barrierefreien Zugang (WAI-AA nach WCAG 2.0).

Suchbegriff 

Webseiten

- [Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort](#)
- [Oesterreich.gv.at](#)
- [Parlament](#)
- [EU-Recht](#)

Informationen

- [Coronavirus - Rechtliches BMSGPK](#)
- [COVID-19 - Ausgewählte](#)



Nachrichtenforum

- Aktuelle Ankündigungen sowie organisatorische Fragen zur LV
- Für weitere Fragen:

dominik.wagner@tuwien.ac.at & paul.hahnenkamp@tuwien.ac.at

1. Einheit: Kick-Off

I. Organisatorisches

II. **Einführung in das Umweltrecht**

1. **Begriff des Umweltrechts**

2. Umweltrecht & Wirtschaftsrecht: Historische Entwicklung des Umweltrechts

3. Aktuelle Entwicklungen des Umweltrechts

Umweltschutz als Aufgabe...

- des Individuums
- der Gesellschaft
- der regionalen/globalen Staatengemeinschaft
- **des Staates**



RECHT



... als Ordnungs- & Friedensstifter?

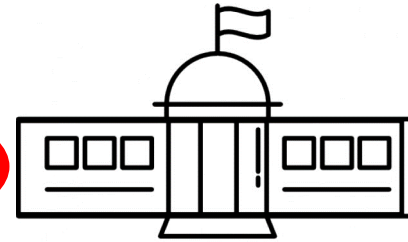
- Umweltschutz
- Klimaschutz
- gegenwärtige
- globaler „Norden“
- Kosten?



sonstige öffentliche Interessen
 Naturschutz
 zukünftige Generationen
 globaler „Süden“

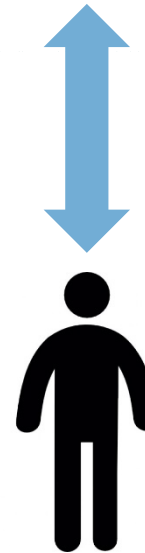
ÖFFENTLICHES UMWELTRECHT

- Staatsorganisation &
- Rechtsbeziehung zwischen Staat (**Hoheitsgewalt**) und Einzelem (**Über-/Unterordnung**)
- Ausgleich zwischen **privaten & öffentlichen** Interessen



UMWELTSTRAFRECHT

§
StGB



UMWELTPrivATRECHT

- Rechtsbeziehung zw Privaten (**Gleichordnung**)
- Ausgleich **privater** Interessen

UMWELTRECHT

hat die „**Umwelt**“ bzw deren **Schutz** zum Inhalt.

UMWELT

„**Natürliche Umwelt**“

Schutzgüter

Mensch, Tiere,
Pflanzen und
deren
Lebensräume

Umweltmedien

- Boden
- Wasser
- Luft

Sach- & Kulturgüter

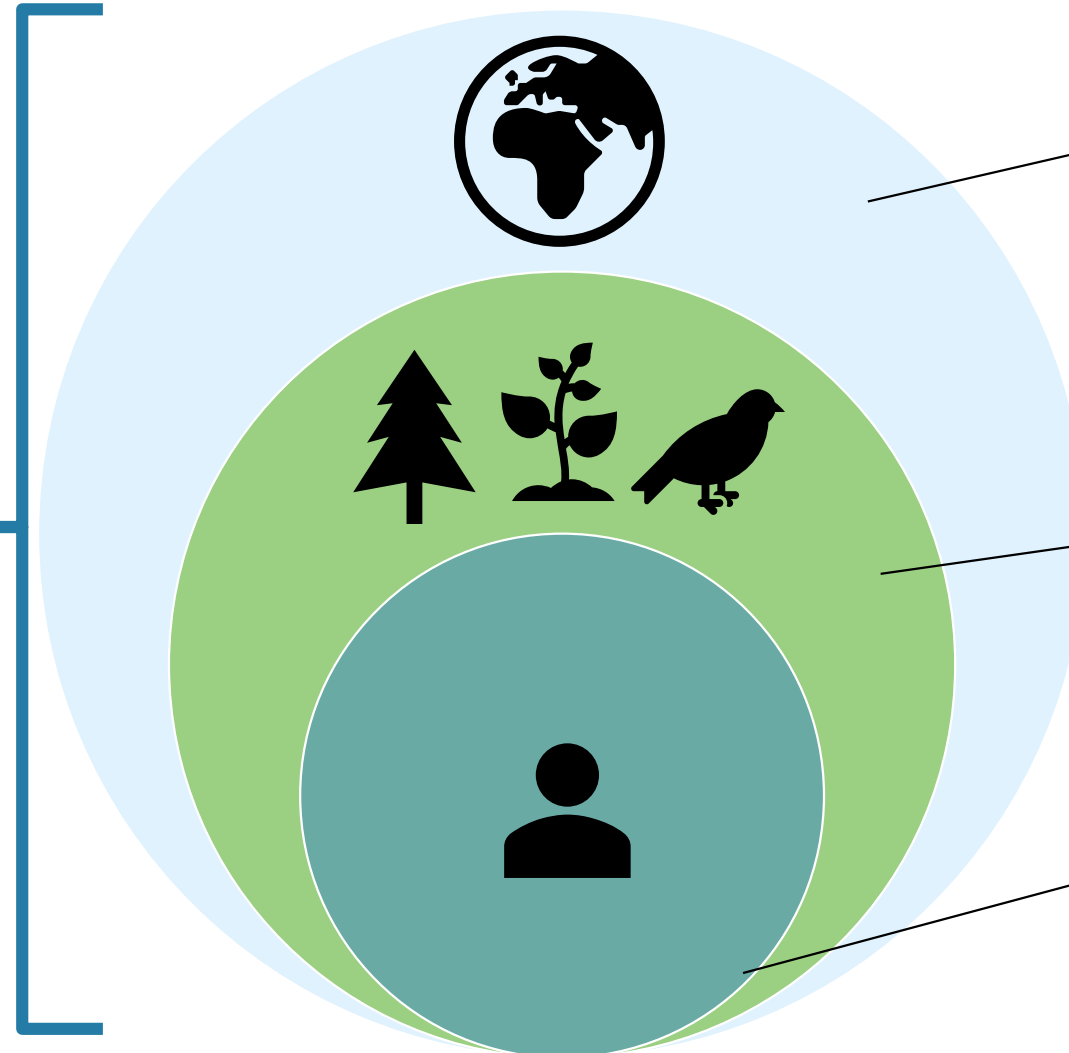
- Bebaute
Umwelt
- Kultur-
landschaft

= Nicht nur die unberührte Natur, sondern auch die vom Menschen geschaffene bzw beeinflusste „**künstliche**“ **Umgebung**.

UMWELTSCHUTZ

Maßnahmen zum Schutz der Umwelt vor Gefährdungen durch die **Beeinträchtigung, Modifizierung und/oder Gefährdung** der natürlichen Lebensgrundlagen.

Worauf zielt das Umweltschutzrecht ab?



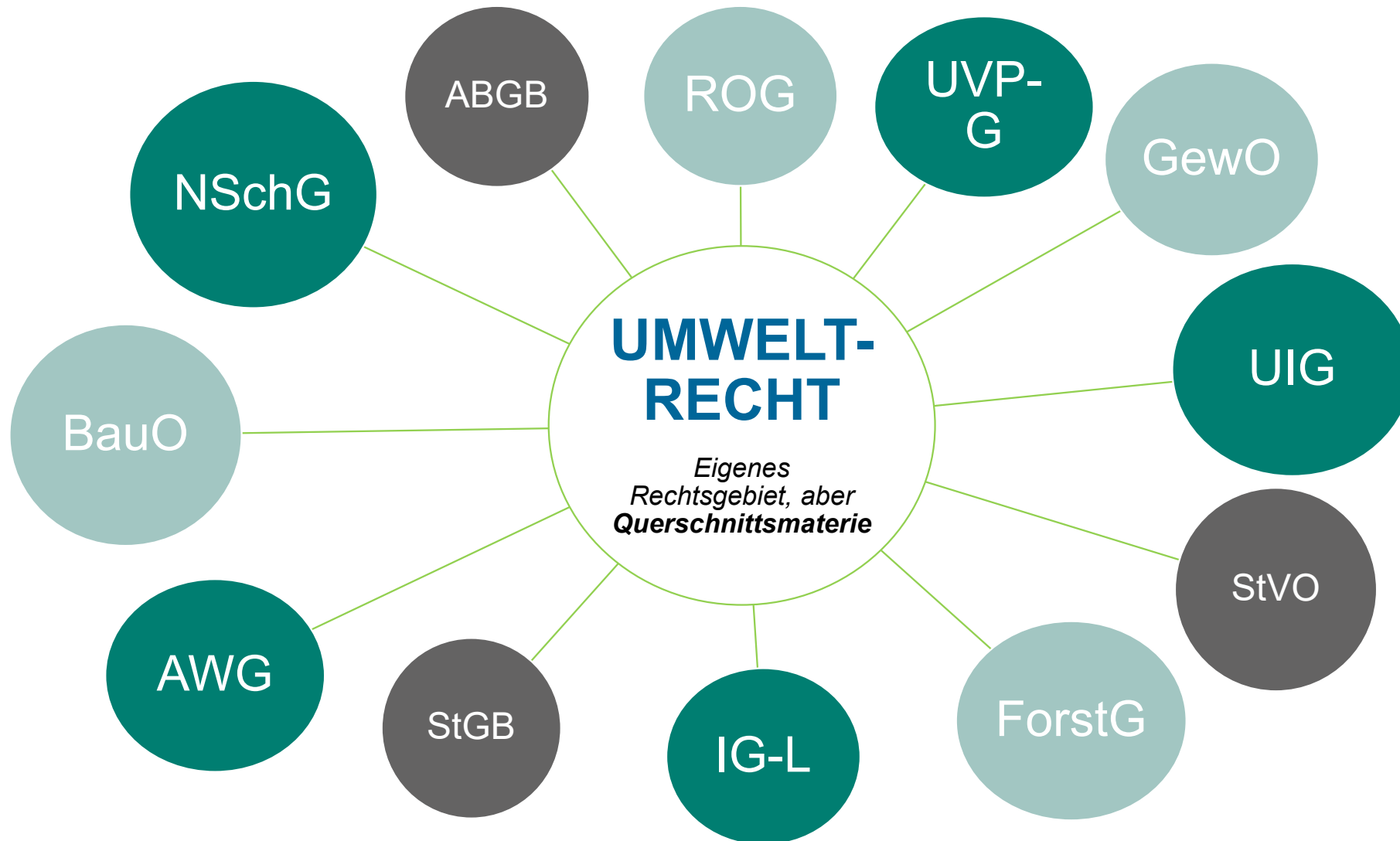
Bewältigung globaler Probleme
zB Klimakrise

Sicherung der Lebensgrundlage des Menschen und der Lebewesen
zB Gewässerschutz, Boden, Walderhaltung, etc

Schutz des einzelnen Menschen

Summe der Rechtsnormen, die nachteiligen Einwirkungen auf die Umwelt entgegenwirken sollen.

Umweltrecht als Querschnittsmaterie



Umweltschutz
primäres Ziel

Umweltschutz eines
von mehreren Zielen

Umweltschutz
berücksichtigt

1. Einheit: Kick-Off

I. Organisatorisches

II. **Einführung in das Umweltrecht**

1. Begriff des Umweltrechts

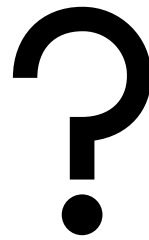
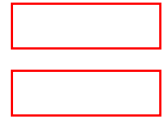
2. Umweltrecht & Wirtschaftsrecht: Historische Entwicklung des Umweltrechts

3. Aktuelle Entwicklungen des Umweltrechts

Umweltrecht = Teilbereich des Wirtschaftsrechts?

UMWELTRECHT

Inbegriff aller Rechtsvorschriften, welche den Schutz der Umwelt vor Einwirkungen regeln.



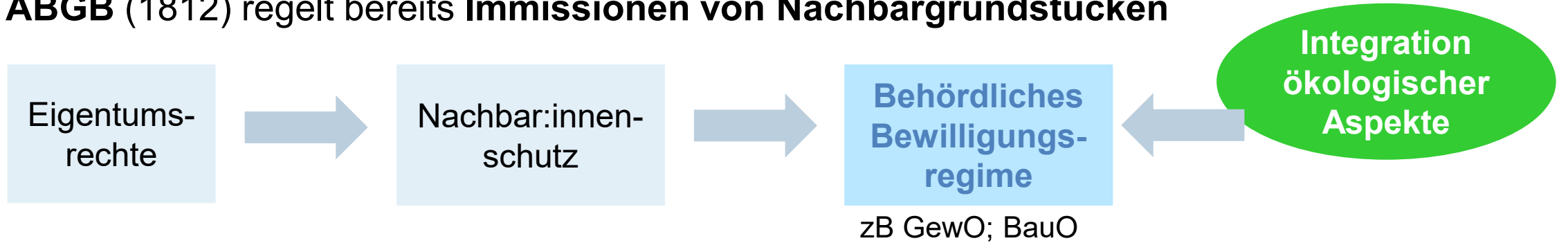
WIRTSCHAFTSRECHT

Inbegriff aller Rechtsvorschriften, welche die Ordnung und den Ablauf der Wirtschaft regeln.

„Die“ Wirtschaft

I. ZIVILRECHTLICHE NACHBAR:INNENSCHUTZREGELUNGEN - 18./19. Jhd:

ABGB (1812) regelt bereits **Immissionen von Nachbargrundstücken**

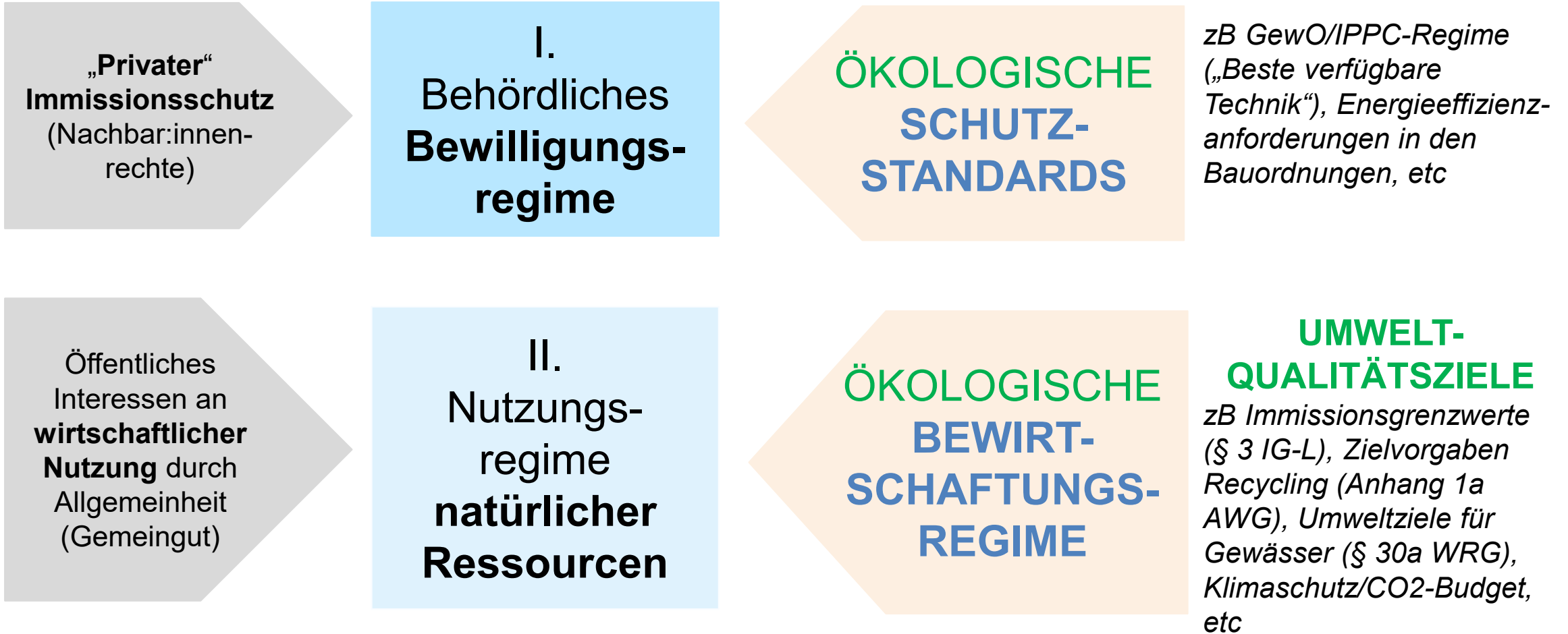


II. RECHTE DER VERFÜGUNG ÜBER BESTIMMTE „NATÜRLICHE RESSOURCEN“ - 18./19. Jhd:

- Loslösung diverser Naturnutzungsrechte vom Grundeigentum
- ZB Jagd-, Fischerei-, Wasserbenutzungs- und Bergrechte



Umweltrecht & Wirtschaftsrecht: In der Wurzel eins?



Dekade	Schwerpunktethemen
1970er-Jahre	Seenreinhaltung; erste Bemühungen gegen forstschädliche Luftverunreinigungen; Anfänge des neuen Anlagenrechts; AKW-Verbot
1980er-Jahre	Flussreinhaltung; Luftreinhaltung generell Einschließlich Waldsterbensbekämpfung und Smogalarmbekämpfung; Ausbau des Anlagenrechts; Umweltförderungen; Umweltkontrolle; Chemikalienrecht; Altlastensanierung
1990er-Jahre	Gewässerschutz; Stoffstrommanagement (AWG 1990); Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-G, Umweltinformationsgesetz)
2000er-Jahre	Neue umfassendes europäisches Chemikalie- und Gewässerschutzrecht; Ausbau Luftreinhaltung; Biodiversität; Klimaschutz; Ökostromausbau; Beteiligung der Öffentlichkeit
2010er-Jahre	Langfristige Dekarbonisierung des Energiesystems: Klimaschutz, Energieeffizienz, Ausbau Erneuerbarer Energien

**MISSTANDS-
BESEITIGUNG**

-

**GEFAHREN-
ABWEHR**

**UMWELT-
VORSORGE**

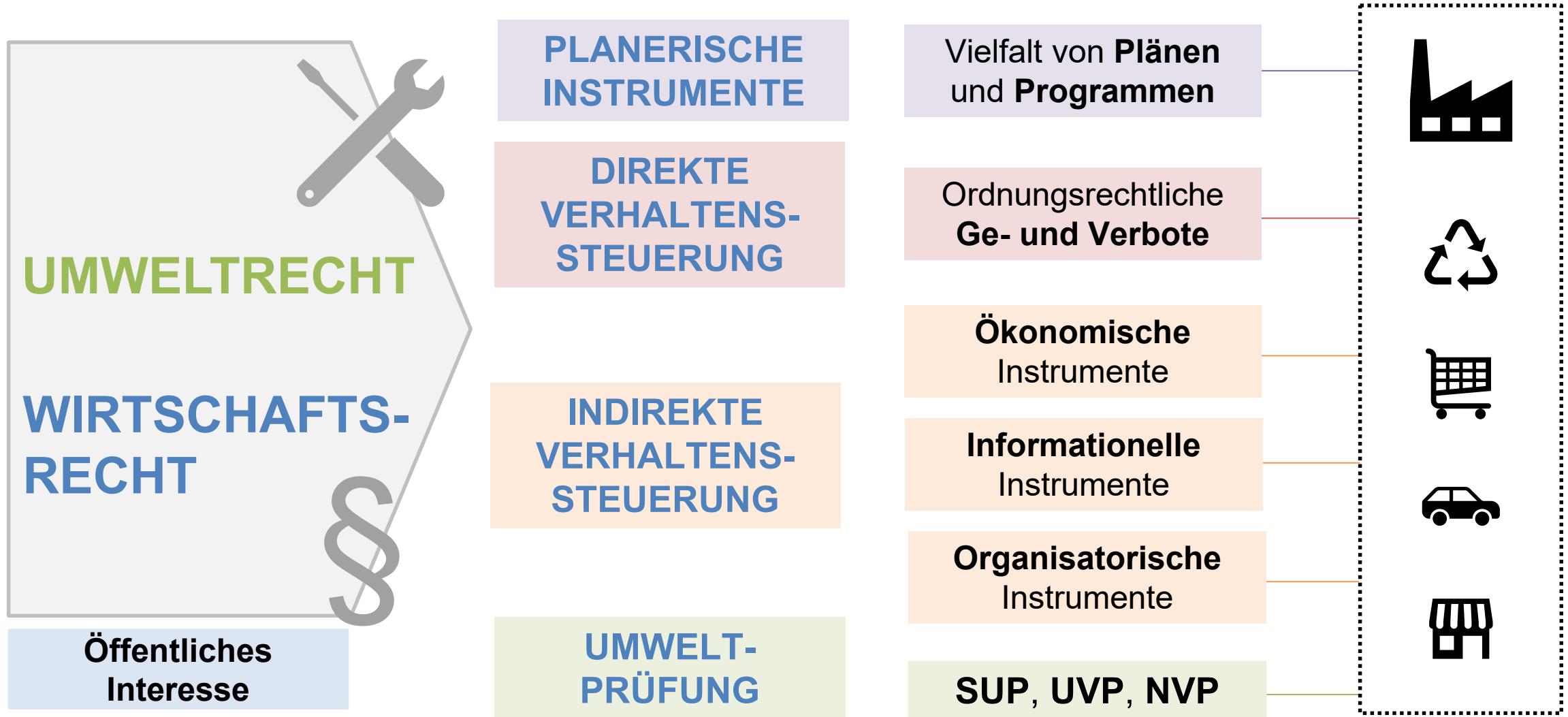
-

**NACHHALTIG-
KEITSPRINZIP**

- segmental
- integrativ
- strukturell

Vgl. Schwarzer, ÖZW 2016, 49.

Umwelt-/Wirtschaftsrecht als Hemmnis oder Ausgangspunkt?



1. Einheit: Kick-Off

I. Organisatorisches

II. **Einführung in das Umweltrecht**

1. Begriff des Umweltrechts

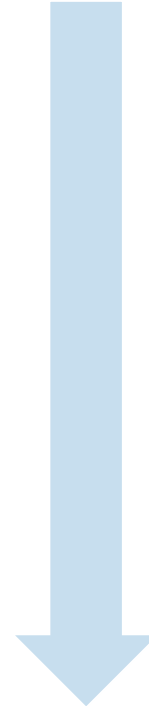
2. Umweltrecht & Wirtschaftsrecht: Historische Entwicklung des Umweltrechts

3. Aktuelle Entwicklungen des Umweltrechts

EUROPÄISCHE UNION

materielle
Regelungen

- Wasserrahmen-RL
- Abfallrahmen-RL
- Erneuerbaren-RL
- EnEff-RL
- UVP-RL
- ...



MITGLIEDSTAATEN

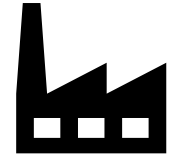
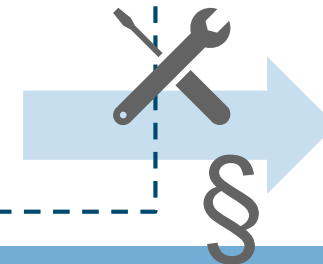


Governance

Governance-VO

Lastenteilungs-VO

EU-Klimagesetz



Bsp. Neue Themen des Umweltrechts



**Whanganui River,
Neuseeland**

Amazon HQ, Seattle USA



IDEE: Strukturelle Missstände innerhalb des Rechtssystems erschweren einen effektiven Umweltschutz

RECHTSPERSÖNLICHKEIT:

1. Natürliche Personen / Juristische Personen
2. Rechtsperson = „Komplex von Rechtspflichten und subjektiven Rechten, deren Einheit im Begriff der Person figürlich zum Ausdruck kommt.“ (Hans Kelsen)

HERAUSFORDERUNGEN:

1. Artikulation des Willens
2. Organisation der Vertretung
3. Pflichtendimension
4. Natur als Trägerin von Grundrechten?



Infos unter:

<https://www.assembleesdeloire.com/>

Literatur:

- *B. Raschauer/Ennöckl*, Umweltrecht Allgemeiner Teil, in: Ennöckl/N. Raschauer/Wessely (Hrsg), Handbuch Umweltrecht³ (2019) 19ff.
- *Schnedl*, Umweltrecht (2020)
- *Epiney*, Umweltrecht der Europäischen Union (2020)

Nächste Einheit: 15. März 2023

Verfassungs- und unionsrechtliche Vorgaben

Rechtsfragen des Umweltschutzes

2. Einheit: Verfassungs- und unionsrechtliche Vorgaben

Univ.Ass. Dr. Paul Hahnenkamp BA

Univ.Lektor Mag. Gregor Schamschula

Univ.Ass. Mag. Dominik Wagner BA

2. Einheit

I. Umweltverfassungsrecht

1. Kompetenzverteilung
2. Bundes- und Landesverwaltung
3. Rechtsschutz
4. Grundrechte und Staatsziele
5. Rechtsschutzdefizite?

II. Umweltunionsrecht

1. Umweltprimärrecht: Akteure, Kompetenzen, Rechtsquellen
2. Rechtsgrundlagen der Umweltgesetzgebung
3. Sekundärrechtsakte

Umweltschutz als Aufgabe...

- des Individuums
- der Gesellschaft
- der regionalen/globalen Staatengemeinschaft
- **des Staates**



RECHT



... als Ordnungs- & Friedensstifter?

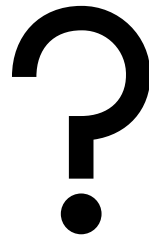
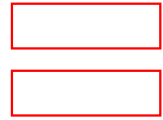
- Umweltschutz
- Klimaschutz
- gegenwärtige
- globaler „Norden“
- Kosten?



sonstige öffentliche Interessen
 Naturschutz
 zukünftige Generationen
 globaler „Süden“

UMWELTRECHT

Inbegriff aller Rechtsvorschriften, welche den Schutz der Umwelt vor Einwirkungen regeln.



WIRTSCHAFTSRECHT

Inbegriff aller Rechtsvorschriften, welche die Ordnung und den Ablauf der Wirtschaft regeln.

„Die“ Wirtschaft

2. Einheit

I. Umweltverfassungsrecht

1. Kompetenzverteilung

Völkerrecht



Überstaatliches Recht

Unionsrecht



Innerstaatliches Recht

Beispiele:

Verfassungsrecht

BVG Nachhaltigkeit

(einfaches) Gesetz

ForstG; WRG;
Landes-NSchG

Verordnung

ChemikalienVO

Bescheid, Erkenntnis, Urteil

Beseitigungs-
auftrag

Bundesstaatliches
Prinzip

	<u>Art 10 B-VG</u>	<u>Art 11 B-VG</u>	<u>Art 12 B-VG</u>	<u>Art 15 B-VG</u>	
Materie	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbe • Forstwesen • Wasserrecht • zT Luftreinhaltung • Zivilrecht • Strafrecht 	<ul style="list-style-type: none"> • UVP • Tierschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Elektrizitätswesen 	<ul style="list-style-type: none"> • Naturschutz • Bodenschutz • Baurecht • Jagd & Fischerei 	<p>Generalklausel zugunsten der Länder</p> <p>Vereinbarungen nach Art 15a B-VG Bsp: Nationalparks</p>
Gesetzgebung					Bund
Vollziehung					Länder

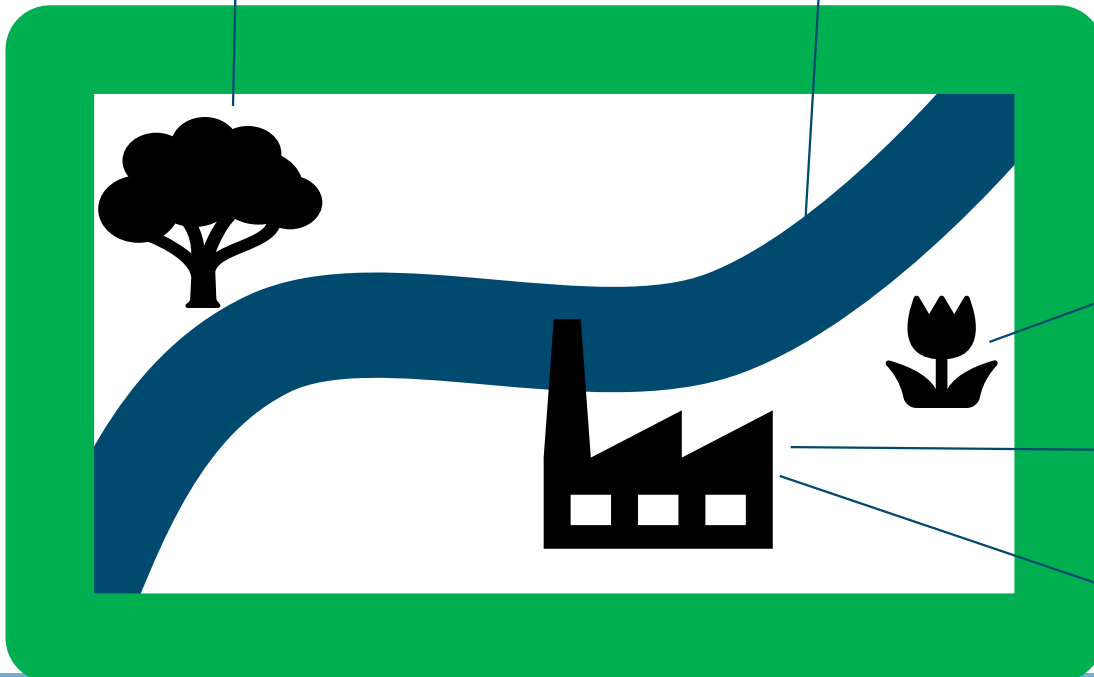
Umweltrecht und Klimaschutz als **Querschnittsmaterie** = unterschiedlichen Kompetenzen zuzuordnen!

**Wer ist in Österreich für die Regelung des
Umweltschutzes zuständig?**

Betrachtung eines Lebensachverhalts aus verschiedenen Gesichtspunkten

Forstwesen
(Art 10 Abs 2 Z 10)

Wasserrecht
(Art 10 Abs 1 Z 10)



- Kumulationsprinzip → Sämtliche Genehmigungen müssen vorliegen
- Sowohl Bundes- als auch Ländergesetze anzuwenden
- **Ausnahme: Genehmigungskonzentration UVP-G, AWG**
- Kein Vorrang von Bundesgesetzen

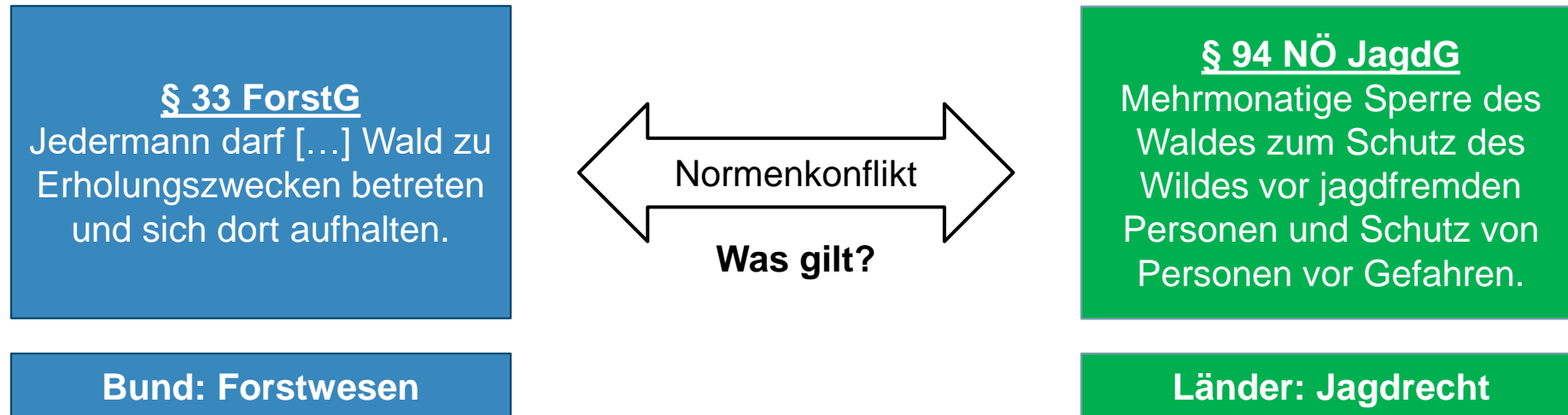
Naturschutz
(Art 15)

Gewerbe
(Art 10 Abs 1 Z 8)

Baurecht
(Art 15)

Bundesstaatliches Berücksichtigungsprinzip

Berücksichtigungsprinzip: Jeweilige Gesetzgeber hat alle in Betracht kommenden Rechtsvorschriften der gegenbeteiligten Gebietskörperschaften zu berücksichtigen.



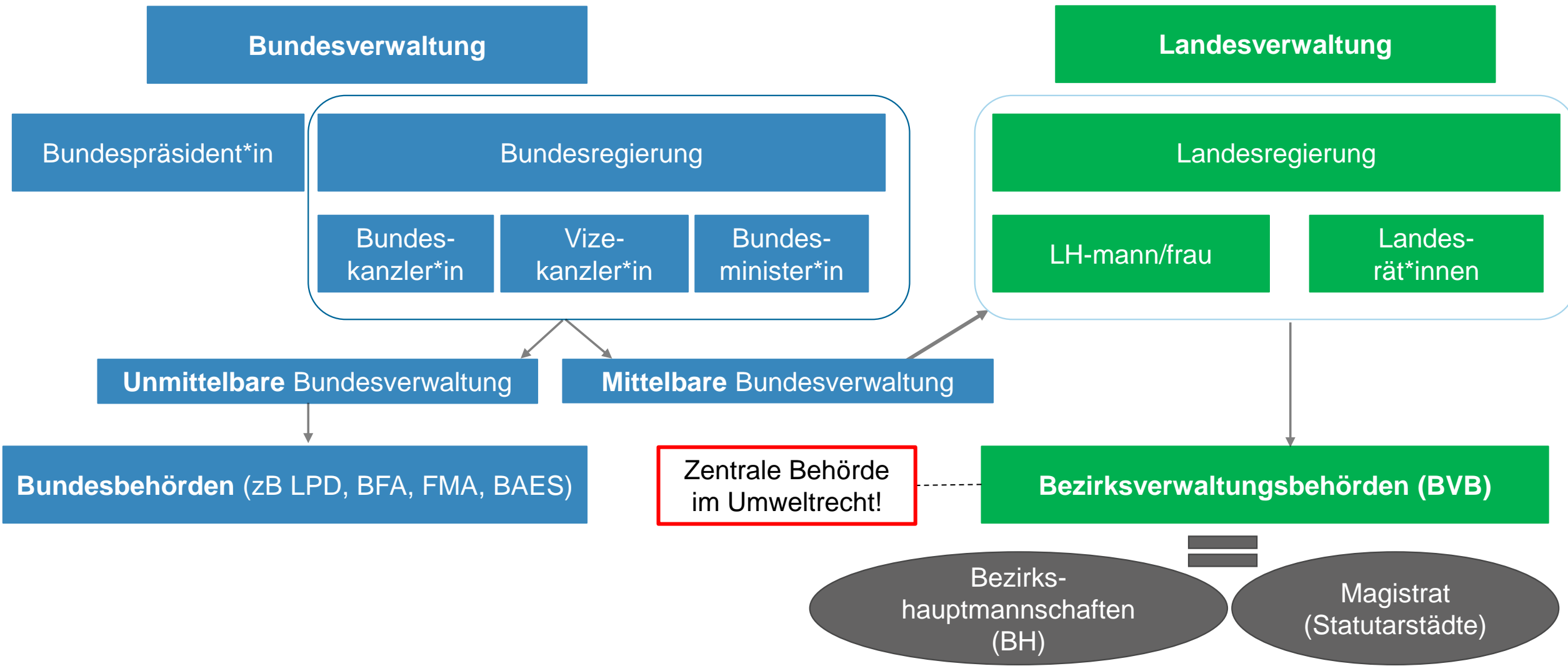
Bestimmung des **NÖ JagdG verfassungswidrig: exzessive Bevorrangung** von jagdwirtschaftlichen Interessen gegenüber den vom Bund wahrgenommenen Interessen der Erholungsfunktion des Waldes.

2. Einheit

I. Umweltverfassungsrecht

2. Bundes- und Landesverwaltung

Verwaltung und Verwaltungsebenen



- Staat handelt gs hoheitlich (=mit imperium)
- Legalitätsprinzip: Verwaltung ist an die Gesetze gebunden
- finale Determinierung
- Vollziehung der unionsrechtlichen Vorgaben
- Privatwirtschaftsverwaltung

Halten wir fest

- Gesetzgebung im Umweltrecht ist **Querschnittsmaterie** in der österreichischen Bundesverfassung -> verschiedene (kumulative) Zuständigkeiten
- Vollziehung hängt ebenfalls von Kompetenzregelung ab; innerhalb der Bundesverwaltung gibt es zwei verschiedene Verwaltungsstrukturen

2. Einheit

I. Umweltverfassungsrecht

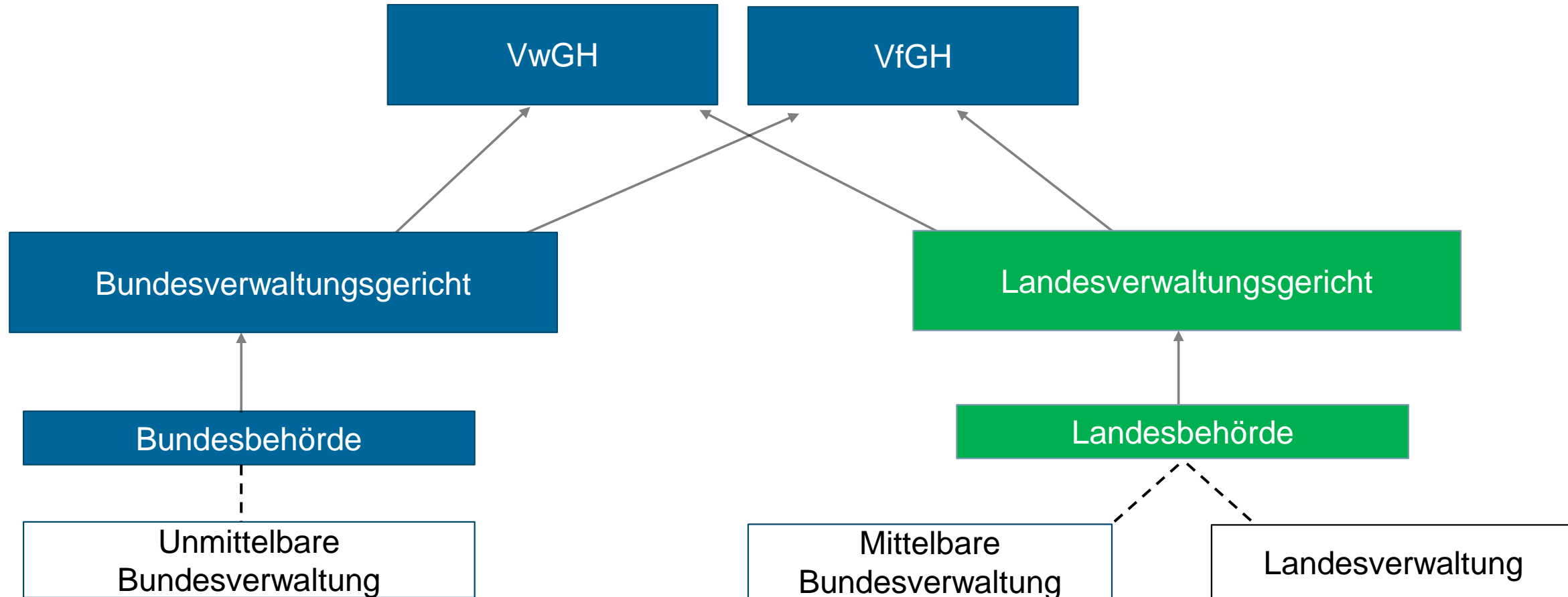
3. Rechtsschutz

Rechtsschutz gegen umweltrelevante Bescheide

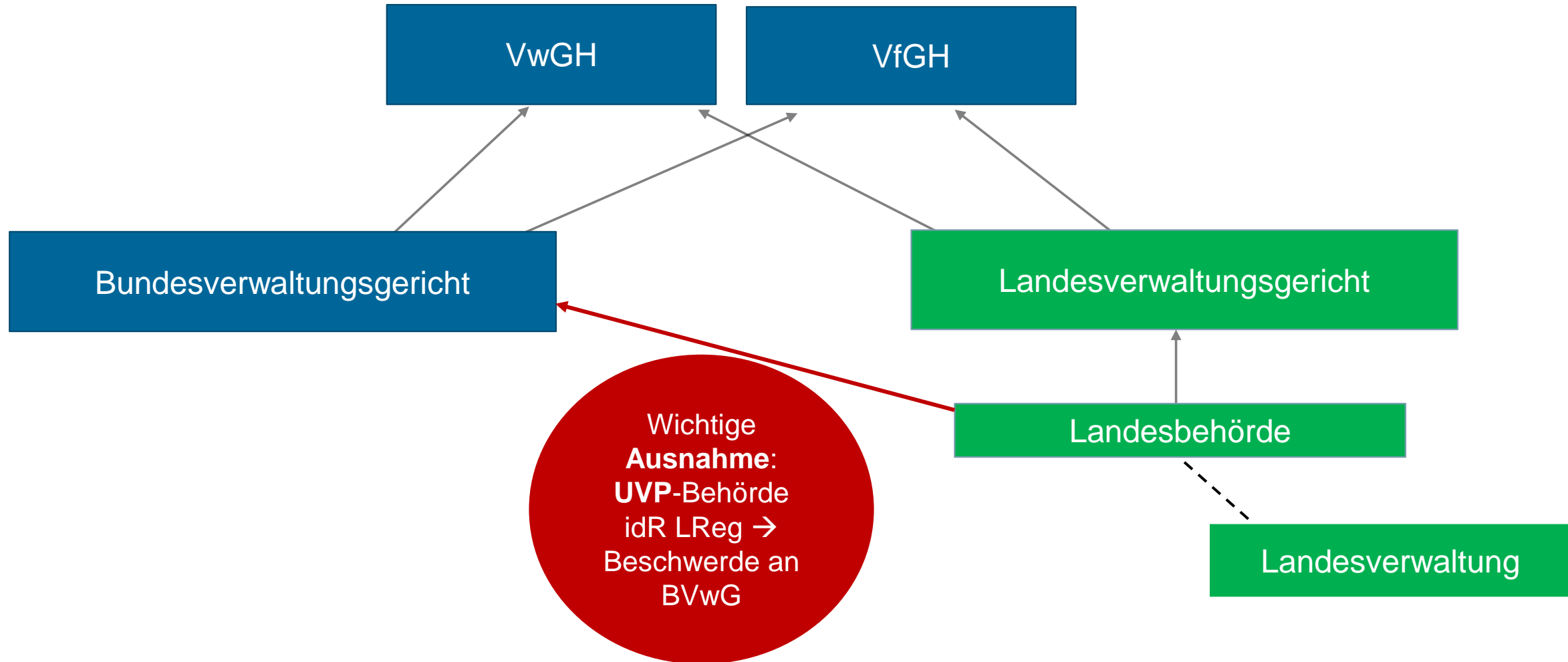
- Rechtsschutz ist auf Bescheid ausgelegt
- Betroffene (zB Genehmigungswerber oder Nachbarn) können subjektiv-öffentliche Rechte geltend machen

→ Bescheidbeschwerde

Rechtsschutz gegen umweltrelevante Bescheide



Individueller Rechtsschutz gegen umweltrelevante Bescheide: Sonderfall UVP-Verfahren



2. Einheit

I. Umweltverfassungsrecht

4. Grundrecht auf Klimaschutz?

Grundrechte

- Grundrechte = Verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte = Rechte, die der/die Einzelne geltend machen kann, die im Verfassungsrang stehen
- GR binden die gesamte staatliche Tätigkeit -> Gesetzgebung und Vollziehung -> Begrenzung von Staatsmacht
- Was sind GR? Welche Arten gibt es?
- Wichtigste Rechtsquellen: StGG 1867, EMRK, EU-GRC, Rechtsprechung
- dynamische Entwicklung

Dimensionen der GR

- Freiheitsrechte = negative Dimension
- Schutzpflichten = positive Dimension = Staat muss auch Rahmen zur Entfaltung der Grundrechte schaffen
 - Entscheidungsspielraum

Überprüfung der Grundrechte durch unabhängige Gerichte

- Auch Rechtsprechung ist politisch

Eigentumsgarantie (Art 5 StGG, Art 1 1.ZP EMRK)

Erwerbsfreiheit (Art 6 StGG)

Gleichheitssatz → Sachlichkeitsgebot (Art 7 B-VG)

Subjektive Rechte des Einzelnen,
die im Verfassungsrang stehen

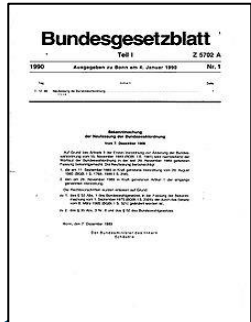
schützen den Störer, Emittenten, Umweltverschmutzer

Schranken für umweltrechtliche
Gesetzgebung
Eingriff nur unter bestimmten
Voraussetzungen möglich

Kein Grundrecht auf Umweltschutz

Wann liegt eine Grundrechtsverletzung vor?

Grundrechtsprüfung



**Staatliche
Maßnahme**



- **Schutzbereich?**
 - Persönlicher Schutzbereich
 - Sachlicher Schutzbereich
- **Eingriff?**
 - Staatlicher Akt, der Schutzbereich in belastender oder einschränkender Weise berührt
- **Rechtfertigung?**
 - Ja: keine Grundrechtsverletzung
 - Nein: Grundrechtsverletzung

Der Gesetzgeber will Motorbootsfahrten aus **Umweltschutzgründen** beschränken. Er erlässt ein Gesetz, wonach die gewerbliche Ausübung der Schifffahrt mit Motorbooten **an den Bedarf geknüpft** wird. Nur wenn ein Bedarf an Motorbooten als Verkehrsmitteln im entsprechenden Gebiet gegeben ist und dieser nicht von bestehenden Unternehmen gedeckt werden kann, darf eine Konzession erteilt werden.

A ist Bootseigentümerin und möchte Geld damit verdienen, Passagiere über einen See zu befördern. Die zuständige Behörde sieht jedoch keinen Bedarf, und erteilt A nicht die erforderliche Konzession.

→ Liegt eine Grundrechtsverletzung vor?

VfSlg 12009/1989

Verhältnismäßigkeitsprüfung

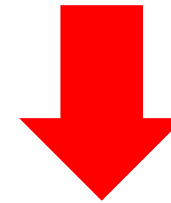
- **Öffentliches Interesse?**
 - Liegt der staatliche Eingriff im öffentlichen Interesse?
- **Eignung?**
 - Ist die staatliche Maßnahme (Eingriff) geeignet, das öffentliche Interesse zu erreichen?
- **Erforderlichkeit?**
 - Ist der Eingriff notwendig, um das öffentliche Interesse zu erreichen oder gibt es gelindere Mittel?
- **Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn (Adäquanz)**
 - Abwägen zwischen Bedeutung des öffentlichen Interesses und der Schwere des Eingriffs

Achtung des Privat- und Familienlebens (Art 8 EMRK)

Recht auf Leben (Art 2 Abs 1 EMRK)

EGMR Entscheidung Lopez Ostra
vs. Spain

Verpflichtung des Staates zum
Umweltschutz



„Grundrecht auf Umweltschutz“

Grundrecht auf Umweltschutz?

Art. 37 GRC **Umweltschutz**

Ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politik der Union einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.

§ 1. Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) **bekannt sich** zum Prinzip der **Nachhaltigkeit** bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen, um auch zukünftigen Generationen bestmögliche Lebensqualität zu gewährleisten.

§ 2. Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zum Tierschutz.

§ 3. (1) Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zum **umfassenden Umweltschutz**.

(2) Umfassender Umweltschutz ist die **Bewahrung der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage des Menschen** vor schädlichen Einwirkungen. Der umfassende Umweltschutz besteht insbesondere in Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft, des Wassers und des Bodens sowie zur Vermeidung von Störungen durch Lärm.

[...]



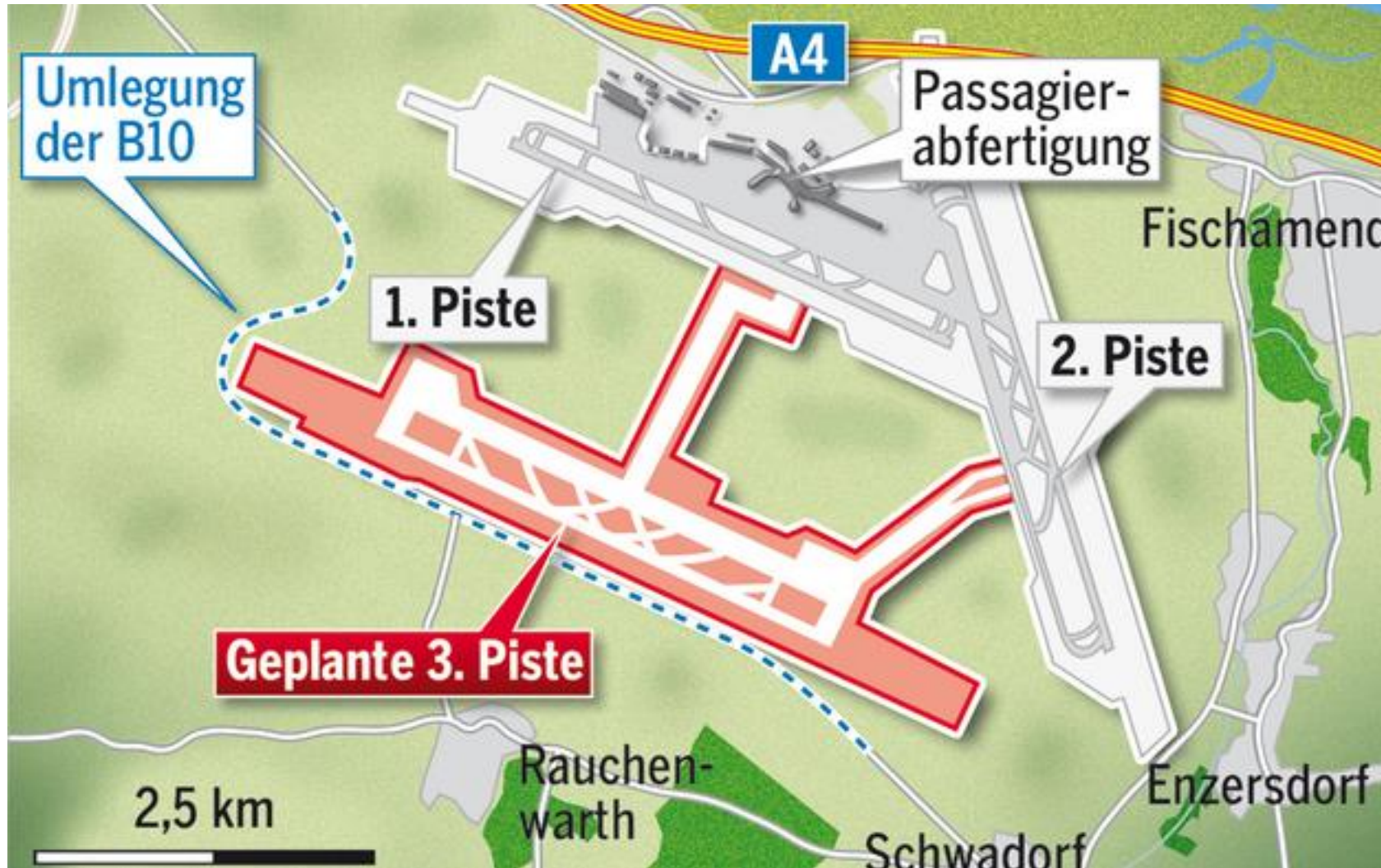
- Grundlegende politische System- und Wertentscheidungen
- Keine subjektiven Rechte
- Interpretationshilfe

im Unterschied zu Grundrechten

Sonstige Staatszielbestimmungen in Österreich

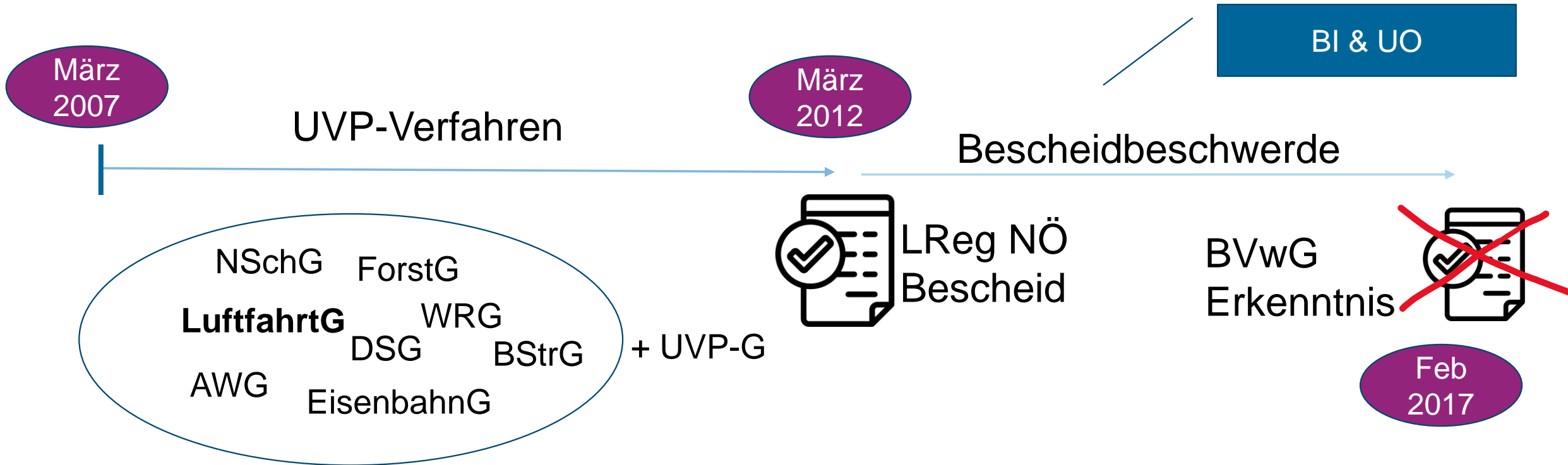
- Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht: Art 13 Abs 2 B-VG
- Gleichbehandlung von Mann und Frau: Art 7 Abs 2 und Abs 3 B-VG
- Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung: Art 7 Abs 1 B-VG
- Umfassende Landesverteidigung: Art 9a B-VG
- Immerwährende Neutralität: BGBl 211/1955 – Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1966
- Rundfunk als öffentliche Aufgabe: BGBl 396/1974, BVG-Rundfunk, Art 1
- Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung: BGBl 152/1955 Staatsvertrag von Wien
- Bildung: Art 17 Staatsgrundgesetz, Art 2 1 ZPEMRK

3. Piste Flughafen Wien



3. Piste: Bescheid der UVP-Behörde

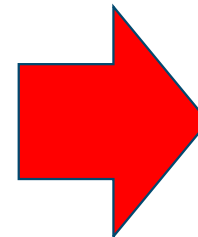
Genehmigung zu Errichtung und Betrieb des Vorhabens 3. Piste Flughafen Wien (UVP-Pflicht nach Z 14 Anhang I des **UVP-Gesetzes**)



Voraussetzungen der Zivilflugplatz-Bewilligung

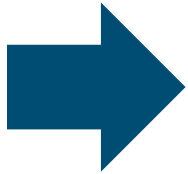
§ 71. (1) Die Zivilflugplatz-Bewilligung ist zu erteilen, wenn

- a) das Vorhaben vom technischen Standpunkt geeignet und eine sichere Betriebsführung zu erwarten ist,
- b) der Bewilligungswerber verlässlich und zur Führung des Betriebes geeignet ist,
- c) die finanziellen Mittel des Bewilligungswerbers die Erfüllung der aus diesem Bundesgesetz für den Flugplatzhalter sich ergebenden Verpflichtungen gewährleisten, und
- d) sonstige **öffentliche Interessen** nicht entgegenstehen.



Dazu zählt auch Klimaschutz, ergibt sich aus:

- Klimaschutzabkommen
- Europarechtliche Vorgaben zum Klimaschutz (ua Art 37 GRC)
- B-VG Nachhaltigkeit , ...



Bundesverwaltungsgericht **weist** den Antrag der Projektwerber mit Erkenntnis **ab**, mit der Begründung:
„**Sonstige öffentliche Interessen**“ nach LFG umfasst **Klimaschutz**. Klimaschutz ist höher zu gewichten als öffentliches Interesse Wirtschaftsstandort

Auch Vermeidung von weiterer Bodenversiegelung ist im Interesse der Allgemeinheit

VfGH zur Bedeutung des BVG Nachhaltigkeit iZm 3. Piste Flughafen Schwechat

Es ist daher verfassungsrechtlich geboten, den umfassenden Umweltschutz sowohl bei der Interpretation der näher in Betracht kommenden abwägungsrelevanten Interessen, die nach dem LFG wahrzunehmen sind, als auch bei der nachfolgenden Gewichtung dieser Interessen miteinzubeziehen, wenn die als maßgeblich festgestellten Interessen einen Bezug zum Umweltschutz aufweisen. Durch die genannte Staatszielbestimmung werden die zu berücksichtigenden Interessen nicht über den Kreis jener nach dem LFG wahrzunehmenden Interessen hinaus und auch nicht der Bezugsrahmen von Emissionen oder Auswirkungen erweitert, die nach dem LFG zu untersuchen sind.

Indem das Bundesverwaltungsgericht auch solche – keine Entsprechung in den Bestimmungen des LFG findenden – Interessen (Anm.: "Klimaschutz" und "Bodeninanspruchnahme") in seine Abwägungsentscheidung miteinbezieht, **verkennt es die Rechtslage grob** und belastet damit die angefochtene Entscheidung mit einem in die Verfassungssphäre reichenden Vollzugsfehler.

VfSlg 20185/2017

Halten wir fest

- Rechtsschutz gegen Bescheide bei subjektiv-öffentlichen Interessen
- Kein direktes Grundrecht auf Umweltschutz
- Staatszielbestimmungen erteilen keine subjektiv-öffentlichen Rechte

2. Einheit

I. Umweltverfassungsrecht

5. Rechtsschutzdefizite?

Klimaklage: Ausgangspunkt

Verfassungsrecht: Gleichheitssatz, Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit

Gesetz: Umsatzsteuergesetz, Mineralölsteuergesetz

Verordnung: Luftfahrtbegünstigungsverordnung



Individualantrag an
Verfassungsgerichtshof



Individualantrag: Zulässigkeit

1. Unmittelbare Betroffenheit in einer Rechtsposition
-
- &
1. Unzumutbarkeit der Erlangung eines Bescheids / Urteils

Keine unmittelbare Betroffenheit
von Bahnfahrer*innen durch angefochtene
Regelungen



Gesetz: Umsatzsteuergesetz, Mineralölsteuergesetz

**Verordnung:
Luftfahrtbegünstigungsverordnung**

Rechtsschutzdefizit?

- NGO gegen Flächenwidmungsverfahren
- Kein Grundrecht auf Klimaschutz
- -> aber Rechtsschutzsystem auf individuelle Betroffenheit ausgelegt
- Deutsche Klimaklage
- Neue Klimaklage in Österreich
- Wie können einzelne Personen die Einhaltung von (objektiven) Rechtsnormen einklagen? Braucht es neue Grundrechte?

I. Umweltverfassungsrecht

II. **Umweltunionsrecht**

1. Umweltprimärrecht: Akteure, Kompetenzen, Rechtsquellen
2. Rechtsgrundlagen der Umweltgesetzgebung
3. Sekundärrechtsakte

Rechtsnatur der Europäischen Union



(Bundes-)
Staat



Supranationale
Organisation



Internationale
Organisation

eur-lex.europa.eu

- Zentrales Rechtssetzungsorgan der EU **gemeinsam mit Europäischem Parlament**
- Je ein*e Vertreter*in der MS auf Ministerebene, für AT: BM für Klimaschutz
- Vorsitz wechselt halbjährlich nach Rotationsprinzip
- **Beschlüsse** erfolgen
 - **idR** mit doppelter **qualifizierter Mehrheit**
 - einstimmig (zB Raumordnung, Wahl der Energiequellen)



EUV Vertrag über die EU

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der EU

GRC Grundrechtecharta

Primärrecht der EU

Regelt zB:

- Kompetenzen
- Rechtsgrundlagen
- Handlungsinstrumente
- Spielraum der MS

„Verfassung“ der EU

Umweltprimärrecht

EUV

Hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität

Art 3 Abs 3 EUV:
Handlungsauftrag an
Union und
Mitgliedstaaten

AEUV

Ziele konkretisiert und
umweltregulatorisch festgelegt

Insb. Art 11, Art 114,
Art 191, Art 192
AEUV

GRC

Ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politik der Union einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.

Art 37 GRC;
Kein echtes
Grundrecht!

- **Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung** (Art 5 Abs 2 EUV): EU darf nur in Bereichen tätig werden, welche ihr durch die MS in den Verträgen ausdrücklich übertragen worden sind.



- **Subsidiaritätsprinzip** (Art 5 Abs 3 EUV): Europäische Union soll nur handeln, wenn die angestrebten Ziele besser auf Unionsebene erreicht werden können
- **Anwendungsvorrang des Unionsrechts:** Nationale Regelungen werden durch Regelungen der EU verdrängt

(1) Die Umweltpolitik der Union trägt zur Verfolgung der nachstehenden **Ziele** bei:

- Erhaltung und **Schutz** der Umwelt sowie **Verbesserung** ihrer Qualität;
- Schutz der menschlichen Gesundheit;
- umsichtige und **rationelle Verwendung** der natürlichen Ressourcen;
- Förderung von **Maßnahmen auf internationaler Ebene** zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme und insbesondere zur Bekämpfung des Klimawandels.

Nicht technisch
höchstmögliches
Schutzniveau

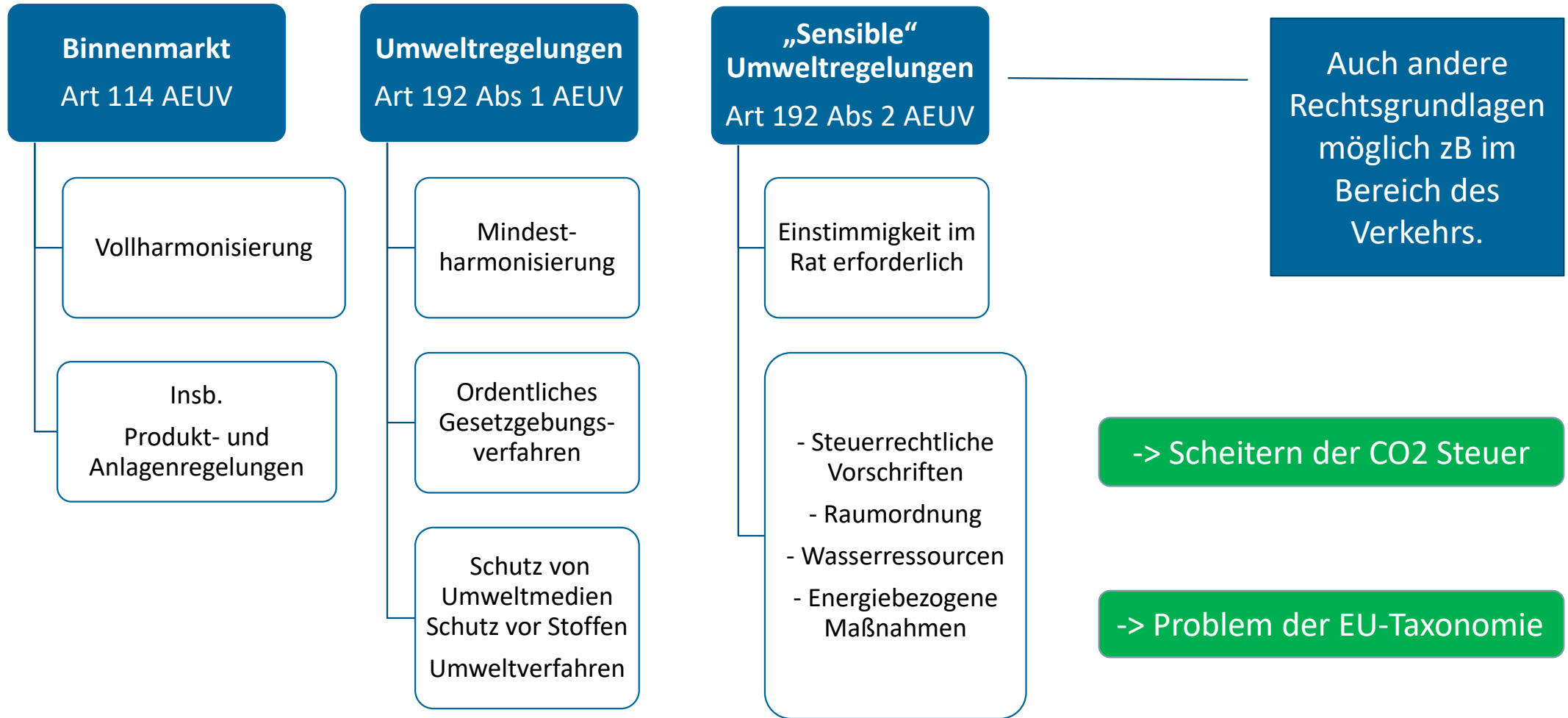
(2) Die Umweltpolitik der Union zielt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der Union auf ein **hohes Schutzniveau** ab. Sie beruht auf den Grundsätzen der **Vorsorge und Vorbeugung**, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem **Ursprung zu bekämpfen**, sowie auf dem **Verursacherprinzip**. Im Hinblick hierauf umfassen die den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechenden Harmonisierungsmaßnahmen gegebenenfalls eine **Schutzklausel**, mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, aus nicht wirtschaftlich bedingten umweltpolitischen Gründen vorläufige Maßnahmen zu treffen, die einem Kontrollverfahren der Union unterliegen.

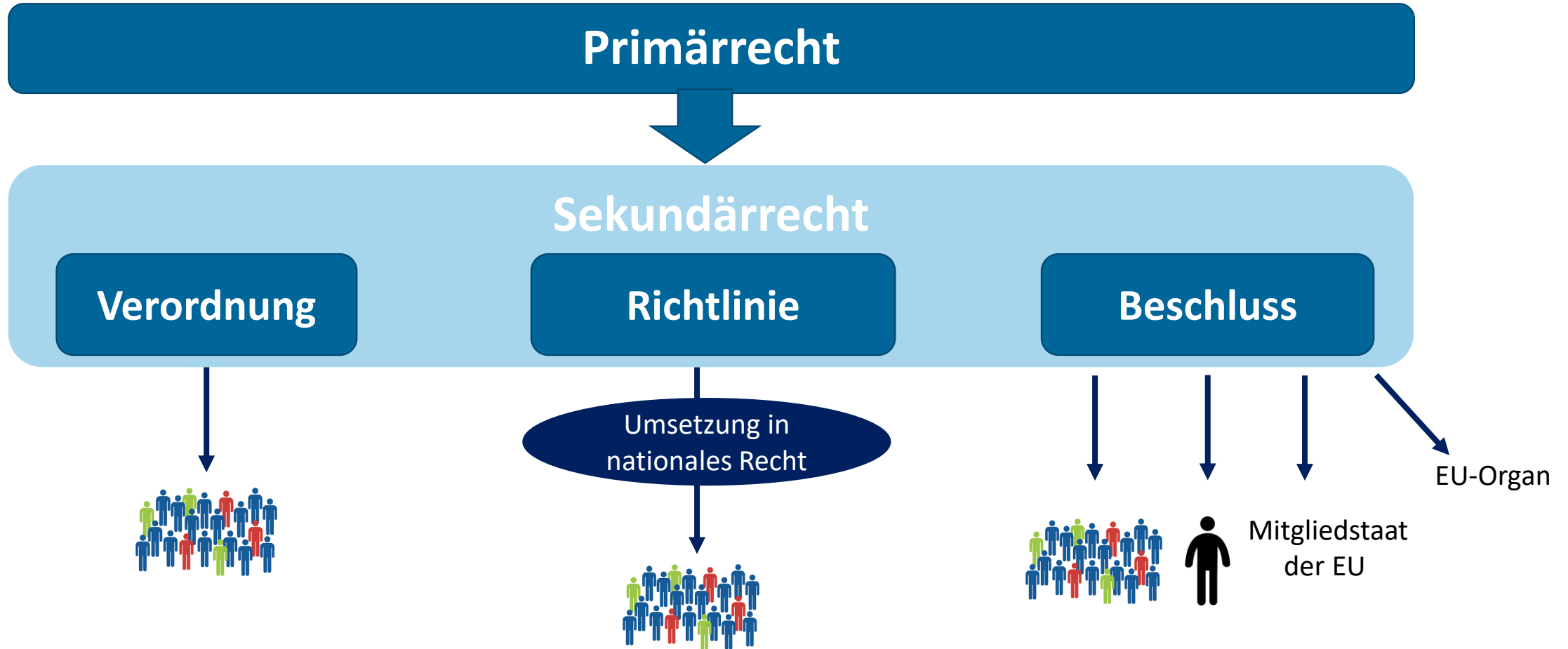
Ursprungs-
prinzip

(3) Bei der Erarbeitung ihrer Umweltpolitik **berücksichtigt** die Union

- die verfügbaren wissenschaftlichen und technischen **Daten**;
- die Umweltbedingungen in den einzelnen **Regionen** der Union;
- die **Vorteile und die Belastung** aufgrund des Tätigwerdens bzw. eines Nichttätigwerdens;
- die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Union insgesamt sowie die ausgewogene Entwicklung ihrer Regionen. [...]

Nicht gänzlich
außer Acht
lassen.





<p>EU-Verordnungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Gelten unmittelbar (wie Gesetze) - Unmittelbar anwendbar = verpflichten Bürger*innen direkt 	<p>zB</p> <ul style="list-style-type: none"> • AbfallverbringungsVO • LULUCF-VO • VO über Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien • REACH-VO
<p>EU-Richtlinien</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Geben Regelungsziele und Mechanismen vor - MS müssen die RL in nationales Recht umsetzen - Wenn die MS dies nicht tun: RL können unmittelbar anwendbar werden 	<p>zB</p> <ul style="list-style-type: none"> • UVP-RL • SUP-RL • Wasserrahmen-RL (WRRL) • Vogelschutz-RL • Flora-Fauna-Habitat-RL (FFH-RL) • Emissionshandels-RL (EH-RL) • CCS-RL

Über 300 umweltrechtliche EU-Sekundärrechtsakte!

Klimaschutzziele der EU



VERORDNUNG (EU) 2021/1119 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 30. Juni 2021

zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1119&from=EN>

EU Klimagesetz – Rahmen für die Verwirklichung der Klimaneutralität

2030: - 55% Co2-Emissionen
+ 32% Erneuerbare Energie
+ 32,5% Energieeffizienz

2050: Klimaneutralität

Nationale Klima- und Energiepläne

Berichtssysteme und Überprüfung

Ziele

Verpflichtung
Strategien zu
entwickeln

Governance-
Mechanismen

Klimaschutzinstrumente der EU

**Maßnahmen zur Zielerreichung
(EU-Ebene) ?**

Emissionszertifikatesystem „sustainable financing“ (Taxonomie)

Förderung des Ausbaus Erneuerbarer Energieträger

Produktbezogene Regelungen ...

Literatur:

- Ennöckl/N. Raschauer/Wessely, Handbuch Umweltrecht³: Kapitel 1 und 3


Nächste Einheit: 22. März 2023

Unionsrechtliche Vorgaben II Grundlagen des Umweltvölkerrechts Aarhus Konvention



VÖLKERRECHT UND DIE AARHUS KONVENTION

GREGOR SCHAMSCHULA



TEIL 1
DAS
VÖLKERRECHT

DAS VÖLKERRECHT

- Was ist Völkerrecht?
 - Rechtsordnung souveräner Staaten untereinander mit rechtlicher Gleichstellung
- Prinzipien:
 - Staatengleichheit
 - *Pacta sunt servanda*
 - Staatenverkehr: Gewaltverbot und Selbstverteidigungsrecht, Souveränität, Nichteinmischung vs Menschenrechte
- Sonderfall: Internationale Organisationen

DAS VÖLKERRECHT

- Quellen:
 - Internationale Verträge (zB: UN-Charter, GATS, Ramsar-Konvention, WÜRF)
 - Allgemein anerkannte Rechtsgrundsätze
 - Gewohnheitsrecht
 - Urteile internationaler Gerichte (IGH)



ENTWICKLUNG

- 4 Stufen:
 1. Staaten als „gleichwertige Subjekte“ unter gegenseitiger Anerkennung
 2. Bildung von Staatengemeinschaften (Völkerbund, UNO, EGKS,...)
 3. Kooperation: Anerkennung allgemeiner Rechtsquellen, auch abseits von Kriegsrechten (Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsrechte)
 4. Rechtsdurchsetzung: IGH, Streitschlichtungssysteme, Durchsetzung (Ächtung, Sanktionen, Ermächtigung zur militärischen Durchsetzung)

HERAUSFORDERUNGEN

Kein *Imperium*: Kontrolle und Durchsetzung fraglich

Nichteinmischung vs. Menschenrechte (bzw. welche Menschenrechte?)

Historische Verantwortung (zB historische CO2 Emissionen) und Zuständigkeiten (Abschieben von Verantwortung an schwächere Staaten)

INTERNATIONALE VERTRÄGE

Freiwilliger Vertragsschluss
zum Erreichen eines
gemeinsamen Ziels

Von bloßer Zielbekundung
bis zur verbindlichen
Detailplanung

Einhaltungs- und
Sanktionsmechanismen:

Beispiele?

Einhaltungsausschüsse mit
Beschwerderechten

Monitoring

Rechte für Betroffene

Sanktionen (Rüge,
Ausschluss, Strafen, IGH,
Militärische Intervention)



TEIL 2
DIE AARHUS
KONVENTION

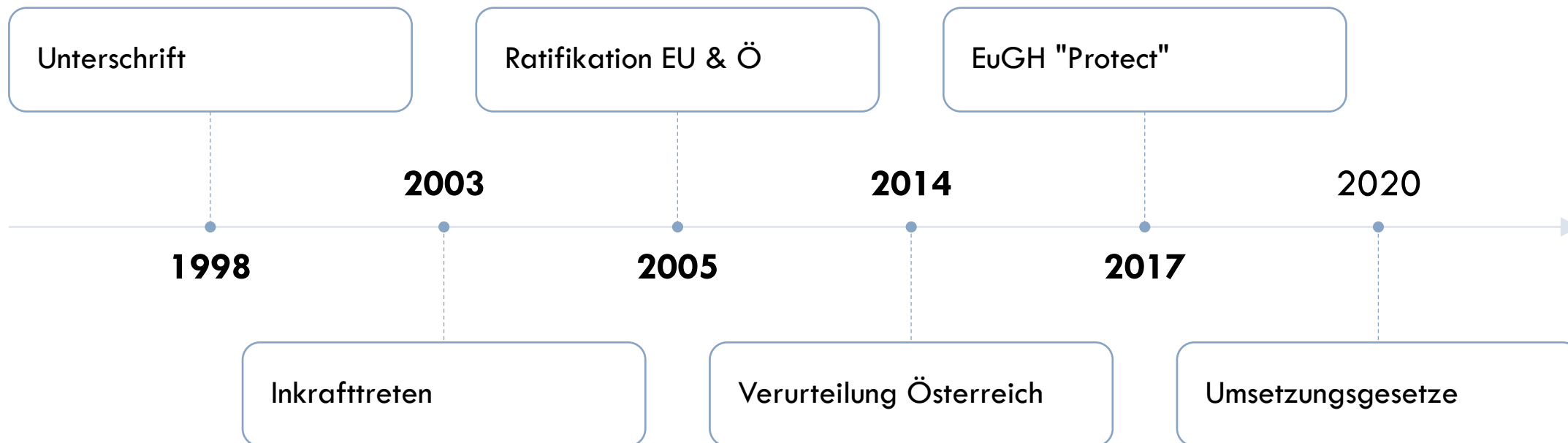
RECHTSSCHUTZ IN ÖSTERREICH

Schutznormtheorie und Null-
Parteien Verfahren

Umweltschutz von Amts-
wegen

Landesumweltschutzbehörden

DIE AARHUS KONVENTION



DIE AARHUS KONVENTION

1. Säule

- Informationen
- Eigene RL
- UIG

2. Säule

- Beteiligung
- Mehrere RL
- UVP, NVP,...

3. Säule

- Rechtsschutz
- Keine RL

DIE AARHUS KONVENTION

Österreich weigerte sich
umzusetzen

Dann kam der Europäische
Gerichtshof (EuGH)

Teilumsetzung ab 2020 in
Bundes- & Landesgesetzen

WIRKUNG DER AARHUS KONVENTION



EINHEITLICHER RECHTSSCHUTZ?

	Stellungnahme- frist	Pläne anfechtbar?	Zustellfrist	Rückwirkung	Plattform
Bund: IG-L	6 Wochen	✓	-	-	Keine zentrale Plattform
Bund: WRG	angemessen	✗ ✓	2 Wochen	22.11.2017	WISA des Bundes
Niederösterreich	4 Wochen	✗	1 Woche	21.3.2018	Fabersoft Plattform
Tirol	mündl. Verhandlung	✗	2 Wochen	28.3.2018	„Internetseite des Landes“
Burgenland	4 Wochen	✗	1 Woche	23.11.2017	Burgenland Plattform
Steiermark	4 Wochen	✗	2 Wochen	7.10.2018	Egov Plattform Stmk
Oberösterreich	4 Wochen	✗	2 Wochen	23.11.2017	Egov Plattform OÖ
Salzburg	2 Wochen	✗	2 Wochen	20.12.2017	Salzburg Plattform

DIE AARHUS KONVENTION

Ähnliche Umsetzung:

- Einbeziehung von anerkannten UOs in NVPs
- Rechtsmittel bei NVPs
- „Nachprüfungsrecht“ darüber hinaus wenn Unionsrecht berührt
- Keine Umsetzung im nationalen Recht
- Keine Prüfung von VO

Zustellung über 17+ online Plattformen

Abweichende Umsetzung:

1. Plattformen
2. Fristen
3. Beteiligung vs. Parteistellung
4. Präklusion vs. Missbrauchsregeln
5. Beteiligung in NVP „Screenings“
6. Beteiligung in Artenschutzverfahren
7. Beschwerdebefugnis
8. Beschwerdeumfang
9. Tw kein Revisionsrecht
10. Rückwirkung

DIE AARHUS KONVENTION

Einheitliches Verweigern

1. Keine Umsetzung im Völkerrecht
2. Pläne, Programme und Verordnungen nicht anfechtbar
3. Kein Antragsrecht auf „Screenings“
4. Einhaltung des Präklusionsverbots
5. Unterlassungen nicht erfasst

DIE AARHUS KONVENTION

Die Lösung:

- Einheitliche Vollumsetzung
- Ziel: Breite und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
- Ordentlicher Rechtsschutz ohne Schlupflöcher
- Einheitliche Zustellung, Nutzung elektronischer Plattformen
- Angehen der Ressourcenfrage bei Umweltschutzorganisationen, aber auch bei Behörden
- Lösung der Rückwirkungsfrage

STATUS QUO RECHTSSCHUTZ



Angemessen:

UVP

UIG



Mangelhaft:

Recht auf Saubere Luft (IG-L)

Naturverträglichkeitsprüfungen



Schlecht:

Klimaschutz

Sonstiger Arten- und Naturschutz

Planungen, Programme, VO

Unterlassungen



EINE STIMME DER UMWELT

- Umweltschutzorganisationen
- Umweltschutzorganisationen
- Einzelpersonen?
- Die Umwelt selbst?

BEISPIEL 1: AARHUS MATERIEN



Aktuell:

UVP Verfahren
Naturschutzverfahren
zu Natura 2000
Gebieten



Prinzipiell:

ALLE Umweltmaterien

BEISPIEL 2:
STRATEGISCHE
UMWELT-
PRÜFUNGEN

- EuGH: Fehlende SUP kann durch Öffentlichkeit vorgebracht werden
- VwGH: Ja, aber nur wenn sie Auswirkungen auf das konkrete Projekt gehabt hätte
- Ergebnis: SUP rechtlich wenig Bedeutung in der Praxis, Durchsetzungsproblem



NATURSCHUTZRECHT

GREGOR SCHAMSCHULA

NATURSCHUTZ

- Kompetent schützen
- Schutz gebietet Schutz
- Ausnahmen & Prüfungen
- Praxisprobleme

EINE FRAGE DER KOMPETENZ

- Gesetzgebung:
 - Völkerrecht (Alpenkonvention, etc.)
 - EU (Artikel 191 ff AEUV, FFH-RL, Vogelschutz-RL)
 - Bund: indirekt über ForstG, WRG, Klimaschutz
 - Länder: 9 Naturschutzgesetze
- Vollziehung: Landessache
- Überschneidungen: Nationalpark-G, JagdG, FischereiG
 - Sonderfrage: Wer darf NVP?





EINE FRAGE DER KOMPETENZ

- Bei Überschneidung: Berücksichtigungsprinzip
- Bei Kompetenzkonflikten: VfGH als Schlichter
- In der Praxis: eigene Naturschutzverfahren oder konzentrierte Verfahren unter Mitanwendung (UVP)



"Das Naturschutzgesetz schützt Vielfalt, Eigenart, Schönheit und Erholungswert von Landschaft und Natur sowie das ungestörte Wirkungsgefüge des Naturhaushaltes sowie der Artenreichtum der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und deren natürliche Lebensräume sowie ihre Lebensgrundlagen."

-OÖ Naturschutzgesetz, paraphrasiert

SCHUTZARTEN

Eingriffsschutz

- Eingriffe in die Natur allgemein sind beschränkt und unter Umständen bewilligungspflichtig
- Allgemein gehaltene Verbote
- Geschützt: Natur & Landschaft außerhalb geschlossener Ortschaften
- Besonderer Artenschutz (oft tw auf JagdG/FischereiG ausgelagert)

Schutzgebietsschutz

- Besonderer Schutz für sensible oder wertvolle Gebiete (Kritik: "nicht leicht verwertbare Gebiete")
- Ausweisung per eigenem Rechtsakt
- Ev. Entschädigungszahlungen
- Strengerer Schutz & Management
- Eingriff nur als Ausnahmegenehmigung



SCHUTZGEBIETE SCHÜTZEN

- Geschützt werden:
 - Tierarten
 - Pflanzenarten
 - Gebiete mit Bezug auf Tiere & Pflanzen
- Verschiedene Gebietstypen
 - Natura 2000,
Landschaftsschutzgebiet,
Nationalpark,
Vogelschutzgebiet, ...

SCHUTZGEBIETE

	Einrichtung	Besonderheiten
Nationalparks	Per Gesetz	Kern- und Randzonen,
Wildnisgebiete	Per VO	Keine eigene rechtliche Kategorie, IUCN
Europaschutzgebiete	Per VO, Meldung an EK	Faktische Schutzgebiete, Managementpläne, Schutzgutausweisung, NVPs
Biosphärenparks	Teil anderer Schutzgebiete	Kriterienkatalog, Prädikat nach UNESCO, Zonierung, mind 15.000 ha,
Ruhegebiete	Per VO	Gebiete die für die Erholung besonders geeignet sind, Eingriffsfreistellung (zB keine lärmenden Betriebe)
Naturschutzgebiete	Per VO	Eigens ausgewiesener Schutzzweck und Verbote; Forst, Jagd und Fischerei idR zulässig
Landschaftsschutzgebiete	Per VO	Schutzgut: Erscheinungsbild der Landschaft

- Ableitung aus wissenschaftlicher Analyse und politischem Willen
- Rote Listen oft veraltet, Erstellung tw nicht klar geregelt
- Praxis: Unzureichendes Monitoring
- Veraltete Schutzkataloge



WAS WIRD GESCHÜTZT

AUSNAHMEPRÜFUNGEN



Ausnahmen vom Artenschutz: Jagd
oder Bauprojekte



Ausnahmen vom Gebietsschutz:
Naturverträglichkeitsprüfung
(NVP)

NATUR VERTRÄGLICHKEITS PRÜFUNG

Ausnahme vom strengen europarechtlichen
Gebietsschutz

Eingriff auch knapp außerhalb von Gebieten
prüfungspflichtig

Feststellungsantrag durch Projektwerber:innen od
LUA

Mit Öffentlichkeitsbeteiligung

Eingriff zur Zielerreichung unvermeidbar und nicht
weiter abschwächbar

Öffentliches Interesse am Eingriff größer als am
Erhalt des Schutzgutes

Sonderfall Rechtsschutz gegen
Abwägungsentscheidungen

NATURVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Antrag (durch Projektwerber:in, Behörde?)



Screening



Verträglichkeitsprüfung



Alternativenprüfung



Ausnahmeprüfung

PRAXISPROBLEM 1: NVP FEHLT

ANTRAGSRECHT:

PROJEKTWERBER, BEHÖRDE, LUA

PRAXISPROBLEM 2: ENTNAHMEVERORDNUNGEN

ABSCHIEßEN STATT MANAGEN

PRAXISPROBLEM 3: ENERGIEWENDE VS. BIODIVERSITÄT

SCHEINBAR EIN WIDERSPRUCH

A close-up photograph of a map with several red pushpins. The pushpins are scattered across the map, with one in sharp focus in the foreground and others blurred in the background. The map shows streets and landmarks, with a purple line indicating a route. The text is overlaid on the map.

DANKE

FRAGEN?

GREGOR SCHAMSCHULA

GREGOR.SCHAMSCHULA@OEKOBUERO.AT

WWW.OEKOBUERO.AT

Rechtsfragen des Umweltschutzes

5. Einheit: **Abfallwirtschaftsrecht**

Mag. Dominik Wagner

5. Einheit - Abfallwirtschaftsrecht

- I. Hintergründe
- II. Völker- und unionsrechtliche Grundlagen
- III. Verfassungsrechtliche Grundlagen
- IV. Ziele & Grundsätze des AWG 2002
- V. Abfallbegriff und -arten
- VI. Akteur:innen der Abfallwirtschaft
- VII. Organisation der Abfallwirtschaft
- VIII. Abfallvermeidung und –verwertung
- IX. Abfallbehandlungsanlagen
- X. Behördenzuständigkeit

EARTH OVERSHOOT DAY

Österreich verbraucht ab jetzt mehr Ressourcen, als der Planet nachproduziert

Würden alle Menschen so leben wie in Österreich, wären die Ressourcen der Welt für 2023 bereits am 6. April erschöpft



© AP Images/European Union-EP

[LINK](#)

ABFALL IN ÖSTERREICH:

71,3 Mio Tonnen/Jahr (2019)

57,1 Mio Tonnen/Jahr (2015)

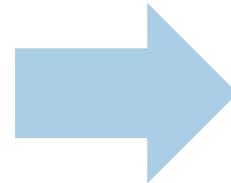
ABFALL EU-WEIT:

2,5 Milliarden Tonnen/Jahr (2016)



MARKTWIRTSCHAFTLICHE ZIELE

Kreislaufwirtschaft anstelle der Linearwirtschaft.



ÖKOLOGISCHE ZIELE

Vermeidung **schädlicher** oder **nachteiliger** **Einwirkungen** auf Mensch, Tier und Pflanze, deren Lebensgrundlagen und deren natürliche Umwelt

ABFALL ist kein Umweltmedium, aber **UMWELTFAKTOR**

Völker- und unionsrechtliche Grundlagen

Basler Übereinkommen (1990) über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung



[Link](#)

EU-AbfallverbringungsVO 1013/2006



- Schriftliche **Notifizierung** bei der Behörde am **Versandort**
- **Ausfuhrverbote** für bestimmte Abfälle in nicht-OECD-Länder (Art 36)

§§ 66ff AWG 2002: GRENZÜBERSCHREITENDE VERBRINGUNG

NACH MALAYSIA VERSCHIFFT

Illegaler Müll zurück in Österreich

Jene 100 Tonnen nicht recyclebarer Plastikmüll, die Österreich nach Malaysia verschifft hatte, sind rund vier Monate nach Bekanntwerden der Vorfälle wieder am Bahnhof in Enns in Oberösterreich angekommen. Die Behörden kündigten am Montag rasche Untersuchungen an. Die Umwelt-NGO Greenpeace forderte unterdessen ein weitreichendes Verbot für Müllimporte.

22. Februar 2021, 7:01 Uhr (Update: 22. Februar 2021, 16:09 Uhr)

Teilen

[Link](#)

- § 69 Abs 1: **Genehmigungsvorbehalt** für jede notifizierungspflichtige Abfallverbringung (Bescheid)
- § 71 Abs 1: **Wiedereinfuhrpflicht**

PRIMÄRRECHT

- **Art 191 und 192 AEUV**
(Kompetenz **Umweltschutzmaßnahmen**)
- **Grundfreiheiten** des EU-Binnenmarktes → **Warenverkehrs-** und **Dienstleistungsfreiheit**

SEKUNDÄRRECHT

- **Abfallrahmen-RL**
- Verpackungs-RL
- Deponie-RL
- Altfahrzeug-RL
- EAG-RL Elektro- und Elektronik-Altgeräte
- Bergbauabfall-RL
- Seveso III-RL
- Industrieemissions-RL
- Abfallverbringungs-VO
- **Einwegplastik-RL** (SUP-Richtlinie)

- **Vordeterminierung** des AWG 2002
- + Delegierte Verordnung

- **Novelle AWG 2021** (BGBl I 200/2021)



11. März 2020:
Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft
COM(2020) 98 final

Verfassungsrechtliche Grundlagen

BUND

Kompetenz des Bundes in Gesetzgebung und Vollziehung (Art 10 Abs 1 Z 12 B-VG):
 „... **Abfallwirtschaft** hinsichtlich **gefährlicher Abfälle**, hinsichtlich **anderer Abfälle** nur soweit ein **Bedürfnis** nach Erlassung einheitlicher Vorschriften vorhanden ist...“

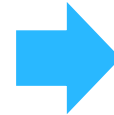
Art 11 Abs 1 Z 7 B-VG
 = UVP



Mit **Abfallwirtschaftsgesetz 2002** (AWG 2002) auch hinsichtlich „**anderer Abfälle**“ weitgehend ausgenützt.

LÄNDER

Kompetenz der Länder in Gesetzgebung und Vollziehung (Art 15 B-VG):
 hinsichtlich **nicht gefährlicher Abfälle**, sofern Bund von Bedarfskompetenz nicht Gebrauch gemacht hat.



Restkompetenz der **Länder**

=

Regelung der **kommunalen Abfallwirtschaft**, insbesondere Organisation und Behandlung von **Siedlungsabfällen**

GEMEINDEN

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinden (Art 118 Abs 2 B-VG):
 „Kommunale Abfallwirtschaft“; öffentliche Müllabfuhr.

Ziele & Grundsätze des AWG 2002

Ziele & Grundsätze der Abfallwirtschaft

VORSORGEPRINZIP & NACHHALTIGKEIT - § 1 Abs 1

- **Umweltbeeinträchtigungen** vermeiden / gering halten
- Vermeidung von **Emissionen von Luftschadstoffen** und **klimarelevanten Gasen**
- **Ressourcenschonung**
- **Getrennte Sammlung von Abfällen**
- **Keine Gefährdung** für **nachfolgende Generationen** durch Abfalllagerung

Fünfstufige **ABFALLHIERARCHIE** - § 1 Abs 2 u 2a

ÖFFENTLICHES INTERESSE an Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung als Abfall - § 1 Abs 3

Beseitigung in einer der **AM NÄCHST GELEGENEN ANLAGEN** - § 1 Abs 4



1. VERMEIDUNG

Qualitative (Schadstoffverminderung) und quantitative (Verminderung des Massenstroms), Wiederverwendung (Second Hand), Mehrweg, ...

2. VORBEREITUNG DER WIEDERVERWENDUNG

zB Reinigung, Reparatur

3. RECYCLING

Gleiche Materialeigenschaften (zB bottle to bottle); Kompostierung

4. SONSTIGE VERWERTUNG

Sonstige stoffliche Verwertung; **energetische Verwertung**

5. BESEITIGUNG

Verbrennung ohne ausreichende Energieerzeugung / Deponierung

Hierarchie **nicht** absolut:

- ökologische & technische Zweckmäßigkeit
- Verhältnismäßigkeit der Mehrkosten
- Gesamthafte Betrachtung

Abfallbegriff und -arten

Abfall als soziales Konstrukt?



„Gegenstände am falschen Ort“?



Begriffsbestimmungen

§ 2. (1) Abfälle im Sinne dieses Bundesgesetzes sind bewegliche Sachen,

1. deren sich der Besitzer **entledigen will** oder **entledigt hat**

oder

2. deren Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung als Abfall erforderlich ist, um die **öffentlichen Interessen** (§ 1 Abs. 3) nicht zu **beeinträchtigen**.

**SUBJEKTIVE
Komponente**

**FAKTISCHE
Komponente**

**OBJEKTIVE
Komponente**

➔ **ABFALLEIGENSCHAFT** kann durch **subjektive** oder **objektive** Kriterien begründet werden

- VwGH & EuGH: Abfallbegriff darf im Hinblick auf Umweltschutzziele **nicht eng ausgelegt** werden!
- Einzelfallentscheidung → § 6 AWG 2002 - **Feststellungsbescheid** möglich

BEHERRSCHBARE SACHE:

- **Aggregatzustand** nicht ausschlaggebend – auch flüssige oder gasförmige Stoffe
- Nicht jedoch: Schadstoffe in der Luft, nicht gefasste Gase, etc.

BEWEGLICHE SACHE:

- ≠ zivilrechtliche Sache
- Es kommt auf „**faktische Beweglichkeit**“ an = Sache kann sich (rein faktisch) zu unterschiedlichen Zeitpunkten an unterschiedlichen Orten befinden

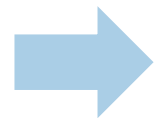
Beispiel: Umwachsener PKW als Kunstobjekt

- Bewegliche Sache?
- Subjektive o objektive Komponente?



VwGH 23.2.2012, 2011/07/0233:

- *Der bloße Umstand, dass ein abgestelltes Altfahrzeug von **Vegetation umwachsen** ist, führt nicht dazu, dass es zu einer unbeweglichen Sache wird; dies auch dann nicht, wenn das Fahrzeug "direkt im Erdreich aufsitzt".*
- *„**Verletzungsgefahr** für spielende Kinder durch einen frei zugänglichen, beschädigten sowie spitze und abstehende Teile“*



Verwirklichung des **objektiven Abfallbegriffes**

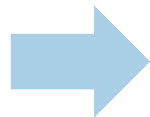
Beispiel: Altöl sickert ins Bodenreich

- Ist Boden beweglich?
- „Faktische Beweglichkeit“?



EX LEGE AUSNAHME – § 2 Abs 2 AWG:

Auch Sachen, die eine die Umwelt beeinträchtigende Verbindung mit dem Boden eingegangen sind, gelten als Abfall, wenn deren ordnungsgemäße Behandlung im **öffentlichen Interesse** gelegen ist.

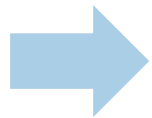


Kontaminiertes Erdreich ist *ex lege* **Abfall**

ENTLEDIGUNGSVORGANG

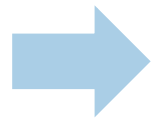
+ ENTLEDIGUNGSWILLE bzw –ABSICHT

- muss nach **außen** in Erscheinung treten
- Anhaltspunkte = **Verwendungsverzicht**; unerwünschter Produktions- oder Verbrauchsrückstand; gesellschaftliche Auffassung
- **unabhängig** davon, ob **neue** oder **wiederverwertbare Sache**



- Abgrenzungsfragen bei Sachen, die zur (wirtschaftlichen) **Wiederverwendung** geeignet sind
- **Einzelfallprüfung** anhand der konkreten Umstände

§ 2 Abs 1 Z 2: „... deren Sammlung, Lagerung, Beförderung und Behandlung als Abfall **erforderlich** ist, um die **öffentlichen Interessen** nicht zu beeinträchtigen.“



Objektiver Abfallbegriff = **Ordnungsrechtliches Korrektiv**

ÖFFENTLICHE INTERESSEN nach § 1 Abs 3 AWG:

- Gesundheit der Menschen, unzumutbare Belastungen
- Gefahren für Wasser, Luft, Boden, Tiere oder Pflanzen
- Verunreinigung der Umwelt (über das unvermeidliche Maß hinausgehend)
- Brand- und Explosionsgefahren
- Auftreten/Vermehrung von Krankheitserregern
- Öffentliche Ordnung und Sicherheit
- Orts- und Landschaftsbild

Relativität des objektiven Abfallbegriffs

§ 3 Abs 1: „**KEINE ABFÄLLE** im Sinne dieses Bundesgesetzes sind...“

- Abwasser (Regelungen ua im WRG)
- Abgase (luftreinhalterrechtliche Vorschriften)
- Kohlendioxid, das zum Zwecke der geologischen Speicherung abgetrennt und transportiert sowie geologisch gespeichert wird (Carbon Capture and Storage)
- Bergbauliche Abfälle (MinroG)
- Radioaktive Stoffe (StrahlenschutzG)
- Tierische Abfälle (Körper von Tieren, die auf andere Weise als Schlachtung zu Tode kommen)
- Sprengstoffabfälle (außer Airbags)
- Fluss-Sedimente (nicht kontaminiert)
- Aushubmaterial (nicht kontaminiert)



GEFÄHRLICHE ABFÄLLE (AbfallverzeichnisVO)



PROBLEMSTOFFE

gefährliche Abfälle
privater Haushalte

NICHT GEFÄHRLICHE ABFÄLLE

SIEDLUNGSABFÄLLE

Abfälle aus privaten
Haushalten & ähnliche
Abfälle aus Gewerbe

Glas

Biomüll

Papier

Restmüll

Sperrmüll



ALTSTOFFE

Abfälle, die **getrennt von anderen Abfällen gesammelt** werden & Stoffe, die durch Behandlung aus Abfällen entstehen, um diese Abfälle nachweislich einer zulässigen Verwertung zuzuführen.



ALTÖLE

Mineralische oder synthetische **Schmier- oder Industrieöle**, die für Verwendungszweck ungeeignet geworden sind.

NEBEN- PRODUKTE (kein Abfall)

Zusammensetzung - Siedlungsabfälle

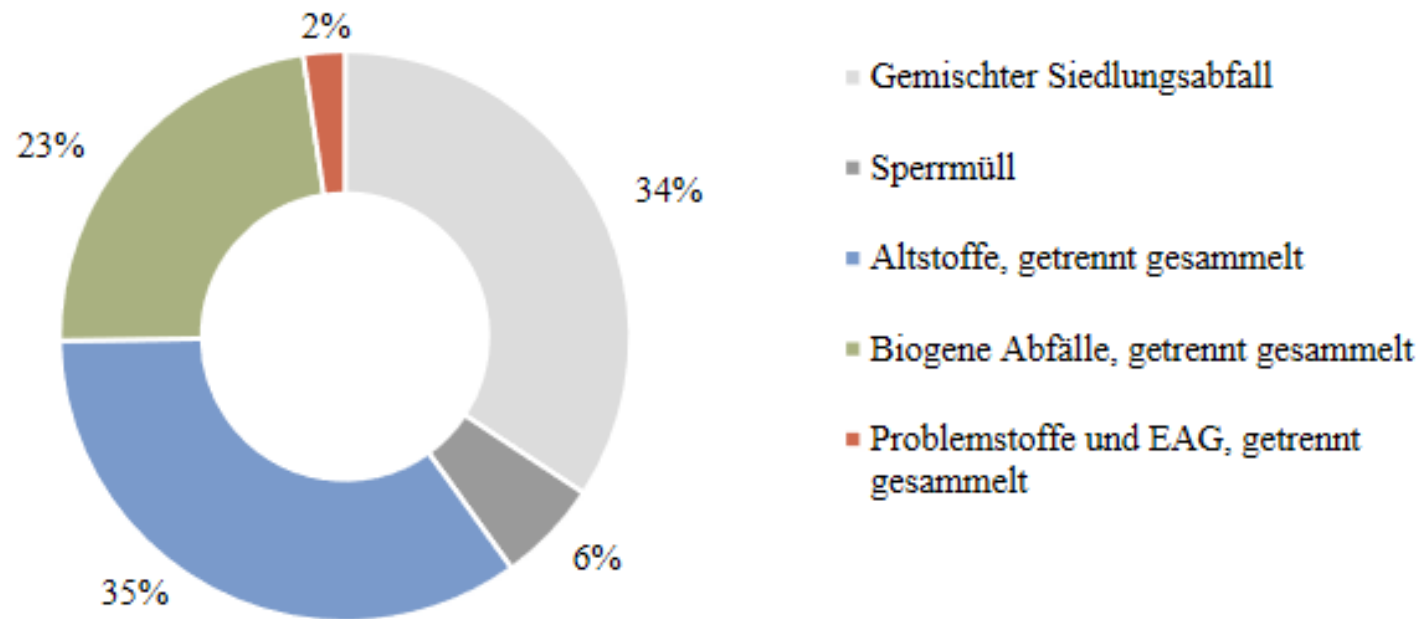


Abbildung 20: Siedlungsabfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen im Jahr 2015 – Hauptfraktionen

Quelle: BAWP, S 44

SIEDLUNGS- ABFÄLLE IN ÖSTERREICH:

4,2 Mio Tonnen/Jahr
(2015)

→ **482**
kg/Person/Jahr



§ 2 Abs 4 Z 3: „**GEFÄHRLICHE ABFÄLLE** jene Abfälle, die gemäß einer Verordnung nach § 4 als gefährlich festgelegt sind.“

§ 4: **BM** ermächtigt, in Form einer **Abfallverzeichnis-Verordnung** zu bestimmen,...

- welche Abfallarten **GEFÄHRLICH** sind und
- unter welchen Voraussetzungen im Einzelfall die Qualifizierung eines bestimmten Abfalls als nicht gefährlich (= „**AUSSTUFUNG**“) möglich ist – **FesetzsetzungsVO**



Abfallwirtschaftsrecht **keine** „Einbahnstraße“ → im Sinne der Kreislaufwirtschaft ist es erstrebenswert, dass Abfälle ihre Abfalleigenschaft wieder verlieren!

Die **ABFALLEIGENSCHAFT** endet, wenn...

- **Abfälle** (bzw Altstoffe) oder die aus **ihnen gewonnenen Stoffe** unmittelbar als **Substitution** von Rohstoffen oder von aus Primärstoffen erzeugten Produkten **verwendet** werden (§ 5 Abs 1) oder
- davon abweichende Voraussetzungen in einer **VERORDNUNG** festgelegt sind (§ 5 Abs 2)
- Im Zuge der **Vorbereitung zur Wiederverwendung** iSd § 2 Abs 5 Z 6 tritt das Abfallende mit dem **Abschluss des Verwertungsverfahrens** ein

Bsp → Rs EuGH 17.11.2022, C-238/21, *Porrr*

Bsp: **EU**: Bruchglas-AbfallendeVO, Kupferschrott-AbfallendeVO, **National**: RecyclingholzVO

Akteur:innen der Abfallwirtschaft

ABFALLBESITZER:IN = Jede Person die Abfall innehat

ABFALLERST- ERZEUGER:IN

Jede Person, durch deren Tätigkeit Abfälle anfallen

ABFALL- SAMMLER:IN

Holt durch Dritte erzeugte Abfälle selbst oder durch andere **ab**

ABFALL- BEHANDLER:IN

Jede Person, die Abfälle **verwertet** oder **beseitigt**

BETREIBER:IN

von **Sammel- und Verwertungs-systemen**

Allgemeine Pflichten von Abfallbesitzer:innen (§ 15 AWG)

- **Allgemeine Sorgfaltspflicht** im Umgang mit Abfällen (Ziele und Grundsätze des AWG sind zu beachten)
- **Vermischungs- und Vermengungsverbot**
- Sammlung/Lagerung darf nur an „**geeigneten Orten**“ erfolgen
- Für Verwertung und Behandlung müssen die Abfälle an eine:n **Berechtigte:n übergeben** werden

zB wenn erforderliche **Abfalluntersuchungen** erschwert werden; durch „**Heruntermischen**“ Grenzwerte eingehalten werden sollen

Sammlung etwa in ASZ; Ablagerung in **Deponien**

ÜBERGABEPFLICHT:

- Verantwortlichkeit des:der Abfallbesitzer:in.
- **Rechtzeitigkeit**
- Ansonsten **abfallpolizeilicher Behandlungsauftrag** (§ 15 Abs 5b AWG)

Organisation der Abfallwirtschaft

AWG 2002
(+ **Verordnungen**)



- Verpackungsabfälle
- Elektroabfälle
- Altfahrzeuge
- Problemstoffe
- Motoröle
- **Problemstoffe**

zB § 28 AWG



GEMEINDEN

vollziehen im **eigenen Wirkungsbereich**

LÄNDER-AWG



regeln (Landesgesetz)

Nicht gefährliche Abfälle

**Siedlungs-
abfälle**

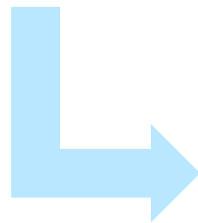
Betriebliche
Abfälle

Sperrmüll



Öffentliche Müllabfuhr

- **Landes-AWG** verpflichten **Gemeinden** dazu, Siedlungsabfälle zu **sammeln** und zu **behandeln**.
- **Öffentliche Müllabfuhr** ist Teil der **DASEINSVORSORGE**
 - **Gebühren**
- Gemeinden können bzw müssen **ABFALLVERBÄNDE** gründen
- Gemeinden können (**private**) **Dritte** beauftragen
- **Holsystem + Andienungszwang**
- **Zielvorgabe** gem der **Abfallrahmen-RL** (Anhang 1a AWG)



Ziele für die Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und die sonstige stoffliche Verwertung
Zielvorgaben Siedlungsabfälle

1. Bis 2020 wird die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling von Abfallmaterialien wie – zumindest – Papier, Metall, Kunststoff und Glas aus Haushalten und gegebenenfalls aus anderen Quellen, soweit die betreffenden Abfallströme Haushaltsabfällen ähnlich sind, auf mindestens 50 Gewichtsprozent insgesamt erhöht.
2. Bis 2025 werden die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling von Siedlungsabfällen auf mindestens 55 Gewichtsprozent erhöht.
3. Bis 2030 werden die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling von Siedlungsabfällen auf mindestens 60 Gewichtsprozent erhöht.
4. Bis 2035 werden die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling von Siedlungsabfällen auf mindestens 65 Gewichtsprozent erhöht.
5. Bis 2035 darf die Menge der jährlich auf Deponien abgelagerten Siedlungsabfälle 10 Gewichtsprozent des gesamten Siedlungsabfallaufkommens nicht überschreiten.

§ 9

Erfassung und Behandlung von nicht gefährlichem Siedlungsabfall im Pflichtbereich

(1) Im **Pflichtbereich** sind die **Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigten verpflichtet**, nicht gefährliche Siedlungsabfälle nach Maßgabe der §§ 11, 12 und 14 **nur durch Einrichtungen der Gemeinde oder deren sich die Gemeinde bedient, erfassen und behandeln zu lassen.**

Dies gilt nicht für kompostierbare Abfälle, wenn sie einer sachgemäßen Kompostierung im örtlichen Nahebereich zugeführt werden, für betriebliche Abfälle sowie für Abfälle, die auf Grund anderer Rechtsvorschriften erfaßt und behandelt werden.

(2) Der Pflichtbereich einer Gemeinde hat **alle Grundstücke** zu umfassen, auf denen **gewöhnlich nicht gefährlicher Siedlungsabfall anfallen kann**, z. B. Grundstücke mit der Widmung Bauland, Grünland-Landwirtschaft, -Forstwirtschaft, im Grünland erhaltenswerte Bauten, -Gärtnerei oder -Kleingärten.

(3) Die Gemeinden haben nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes für die Erfassung und Behandlung des nicht gefährlichen Siedlungsabfalls zu sorgen und Einrichtungen zu schaffen oder anzubieten.

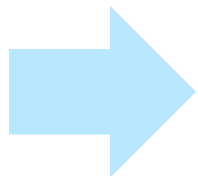
(4) Mit der Übernahme durch die mit der Abfuhr betrauten Einrichtungen geht das Eigentum am nicht gefährlichen Siedlungsabfall an die Gemeinde über.

Wiener Abfallwirtschaftsgesetz – Wr AWG

Einbringung in Sammelbehälter

§ 24a. (1) Verwertbare Abfälle, welche der getrennten Sammlung zuzuführen sind (§ 11), dürfen nicht in Sammelbehälter für Müll eingebracht werden.

(2) Es dürfen nur jene Abfälle in die öffentliche Altstoffsammlung eingebracht werden, für welche diese bestimmt ist. Die zulässige Zweckbestimmung von Sammelbehältern oder technischen Vorsammelsystemen für Altstoffe ist durch Piktogramme oder Aufschriften auf den Sammelbehältern oder den technischen Vorsammelsystemen und im Wege der Abfallberatung gemäß § 3 bekannt zu machen.



§ 47 Abs 2 Wr AWG

Verwaltungsübertretung + Geldstrafe bis zu EUR 3.500,-

WIENER LANDTAG

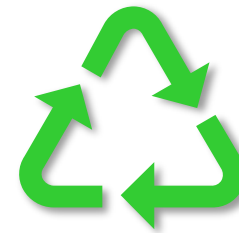
Müllsünder werden zur Kassa gebeten

- Fahrlässige Abfall-Fehlwürfe stehen in Wien künftig unter Strafe.

vom 28.01.2020, 16:25 Uhr | Update: 28.01.2020, 16:55 Uhr

[LINK](#)

Abfallvermeidung und -verwertung



BM für Klimaschutz kann zur **Verringerung der Abfallmengen** und **Schadstoffgehalte** und zur **Förderung der Kreislaufwirtschaft** **Maßnahmen** mit **VERORDNUNG** festlegen

Mit **VERORDNUNG** (§ 14 AWG) könne ua folgende **Maßnahmen** festgelegt werden:

- **Kennzeichnungspflicht** von Produkten
- **Informationspflichten**
- die **Rückgabe**, die **Rücknahme**, die **Wiederverwendung**, die **Vorbereitung zur Wiederverwendung**, das **Recycling** oder die **sonstige Verwertung** von Produkten oder Abfällen
- die **Beteiligung** an einem **Sammel- und Verwertungssystem**
- Abfallvermeidungs-, Erfassungs-, Sammel-, Recycling- oder Verwertungs**quoten**
- Einhebung eines **Pfandbetrages**
- **etc.**

Produktbezogene Ablenkungsmaßnahmen

VerpackungsVO

- Allgemeine **Anforderungen** an **Verpackungen** + **Minimierungspflicht**
- **Haushalts-** und **Gewerbliche Verpackungen**:
 - Teilnahme an einem **Sammel- und Verwertungssystem**
- **Recyclingquoten**

BatterienVO

- **Rücknahmepflicht** bzw Teilnahme an **Sammel- und Verwertungssystem**

AltfahrzeugeVO

- **Rücknahmepflicht** bzw Teilnahme an **Sammel- und Verwertungssystem**

ElektroaltgeräteVO

- Kostenlose **Rückgabemöglichkeit** im **Handel** (1:1-Regelung)
- **Rücknahmepflicht** bzw Teilnahme an **Sammel- und Verwertungssystem**

ADRESSAT:INNEN
idR **Hersteller:innen**,
Importeur:innen,
ua auch
Händler:innen

SAMMEL- UND VERWERTUNGSSYSTEME = „eine **Rechtsperson**, welche [...] die **Sammlung** und **Behandlung** von **bestimmten Produkten** oder **Abfällen** [...] übernehmen kann.“

„Regime der erweiterten Herstellerverantwortung“

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Beteiligung an einem **SAMMEL- UND VERWERTUNGSSYSTEM** kann mittels **VERORDNUNG** vorgeschrieben werden:

- betrifft ua **Hersteller:innen, Importeur:innen, Händler:innen**
- **Verpflichtende** Teilnahme
- Pflicht zur Leistung eines **Entgelts**
- Sammel- und Verwertungssysteme werden **behördlich genehmigt**

EINWEGKUNSTSTOFFPRODUKTE

Verbot von Einwegkunststoffprodukten

§ 13n. (1) Das Inverkehrsetzen von folgenden Einwegkunststoffprodukten (im Sinne der Richtlinie (EU) 2019/904 (SUP)) ist verboten:

1. Wattestäbchen, ausgenommen Abstrichstäbchen für medizinische Verwendungszwecke, die in den Geltungsbereich der Richtlinie 90/385/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über aktive implantierbare medizinische Geräte, ABl. Nr. L 189 vom 20.07.1990 S. 17, oder der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte, ABl. Nr. L 169 vom 12.07.1993 S. 1, fallen,
2. Besteck (Gabeln, Messer, Löffel, Esstäbchen),
3. Teller,
4. Trinkhalme, ausgenommen Trinkhalme für medizinische Verwendungszwecke, die unter den Geltungsbereich der Richtlinie 90/385/EWG oder der Richtlinie 93/42/EWG fallen,
5. Rührstäbchen,
6. Luftballonstäbe, die zur Stabilisierung an den Ballons (ausgenommen Ballons für industrielle oder sonstige gewerbliche Verwendungszwecke und Anwendungen, die nicht an Verbraucher abgegeben werden) befestigt werden, einschließlich der Halterungsmechanismen,

„PLASTIKSACKERLVERBOT“

Verbot des Inverkehrsetzens von Kunststofftragetaschen

§ 13j. Das Inverkehrsetzen von Kunststofftragetaschen ab dem 1. Jänner 2020 ist verboten.

- „Inverkehrsetzen“ = die erwerbsmäßige Übergabe an eine andere Rechtsperson, einschließlich des Fernabsatzes, in Österreich

EINWEGPFAND - § 14c AWG

Pfand für Einweggetränkeverpackungen

§ 14c. (1) Zur Erreichung der Sammel- und Recyclingziele sind Primärverpflichtete gemäß § 13g verpflichtet ab 1. Jänner 2025 für Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff oder Metall ein Pfand einzuheben.



 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Durch **VERORDNUNG** des:der BM werden alle wesentlichen Bestimmungen über die Organisation festgelegt.

MEHRWEGREGELUNG - § 14b AWG

(2) **Jeder Letztvertreiber**, der Getränke im Lebensmitteleinzelhandel abgibt, **ist verpflichtet** ab dem 1. Jänner 2024 in mindestens 35% seiner Verkaufsstellen über 400 m², ab dem 1. Jänner 2025 in mindestens 90% seiner Verkaufsstellen über 400 m² und längstens mit Ablauf des Kalenderjahres 2025 in allen Verkaufsstellen über 400 m² **Getränke in Mehrwegverpackungen** in den in Abs. 1 genannten Getränkekategorien und unter Einhaltung der Quoten gemäß Abs. 3 **anzubieten**. Dies gilt auch für den Vertrieb über Fernabsatz.



Einwegpfand für Kunststoffgetränkegebinde und Dosen

Begutachtungsentwürfe

Druckansicht

<p>Kurztitel Verordnung über das Pfand für Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff oder Metall (Pfandverordnung für Einweggetränkeverpackungen)</p> <p>Titel Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über das Pfand für Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff oder Metall (Pfandverordnung für Einweggetränkeverpackungen)</p> <p>Abkürzung Pfandverordnung für Einweggetränkeverpackungen</p> <p>Einbringende Stelle BMK (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)</p> <p>Beginn der Begutachtungsfrist 28.03.2023</p> <p>Ende der Begutachtungsfrist 25.04.2023</p> <p>Zuletzt aktualisiert am 28.03.2023</p> <p>Dokumentnummer BEGUT_6F2DC205_F6B5_4260_B152_5971204F357C</p>	<p>Hauptdokument </p> <p>Materialien Erläuterungen WFA</p> <p>Schreiben Begleitschreiben Begutachtungsentwurf</p>
--	---

[LINK](#)

Pfandverordnung für Einweggetränkeverpackungen (Entwurf)

- **§ 14c** legt fest, dass die Einhebung des Pfandes mit **1. Jänner 2025** zu erfolgen hat
- Es soll ein kosteneffizientes, **zentrales System** (eine **zentrale Stelle**), das von Herstellern und Handel organisiert wird, eingerichtet werden
- Die **Finanzierung** des Einwegpfandsystems erfolgt durch Beiträge der Abfüller und Importeure

2. Abschnitt Einwegpfand

Pfandeinhebung für Einweggetränkeverpackungen

§ 4. (1) Wer gewerbsmäßig Getränke in Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff oder Metall mit einem Füllvolumen von 0,1 bis 3,0 Liter **in Verkehr setzt**, hat ab 1. Jänner 2025 vom jeweiligen Abnehmer ein Pfand in der Höhe von € 0,25 je Verpackung **im Namen und auf Rechnung der zentralen Stelle** einzuheben. Erstinverkehrsetzer haben die eingemommenen Pfandbeträge zumindest monatlich an die zentrale Stelle zu übermitteln.

3. Abschnitt

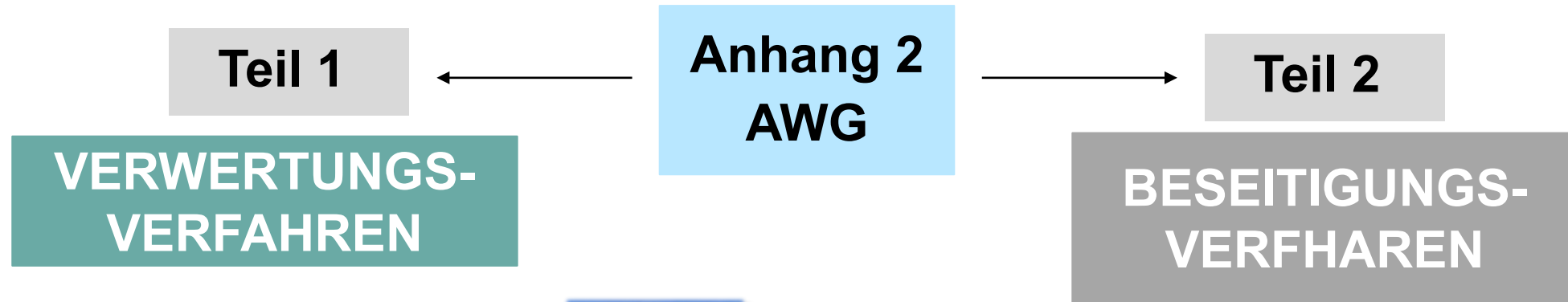
Zentrale Stelle

Einrichtung einer zentralen Stelle

§ 7. (1) Erstinverkehrsetzer und Rücknahmeverpflichtete haben eine nicht auf Gewinn gerichtete zentrale Stelle in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) einzurichten.

Abfallbehandlungsanlagen

ABFALLBEHANDLUNG (§ 2 Abs 5 Z 1 AWG) ist **jedes Verwertungs- oder Beseitigungsverfahren**, einschließlich der Vorbereitung vor der Verwertung oder Beseitigung.



Insb

- Verwendung als Brennstoff oder als Mittel der **Energieerzeugung**
- **Recycling/Rückgewinnung** von Stoffen

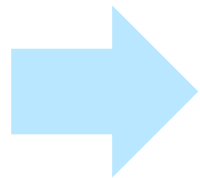


Insb

- Ablagerungen in oder auf dem Boden (**Deponien**)
- Verpressung
- Biologische Behandlung
- Verbrennung an Land



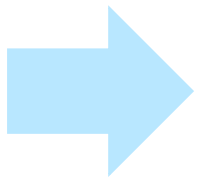
GENEHMIGUNGSKONZENTRATION (§ 38 Abs 1 – 5 AWG) soll **Zersplitterung** und **Genehmigungskonkurrenz** im Anlagenrecht überwinden



Genehmigungsbescheid beinhaltet auch alle etwaigen Bewilligungen aus den Materien des **Gewerbe-, Wasser-, Forstrechts, etc.**

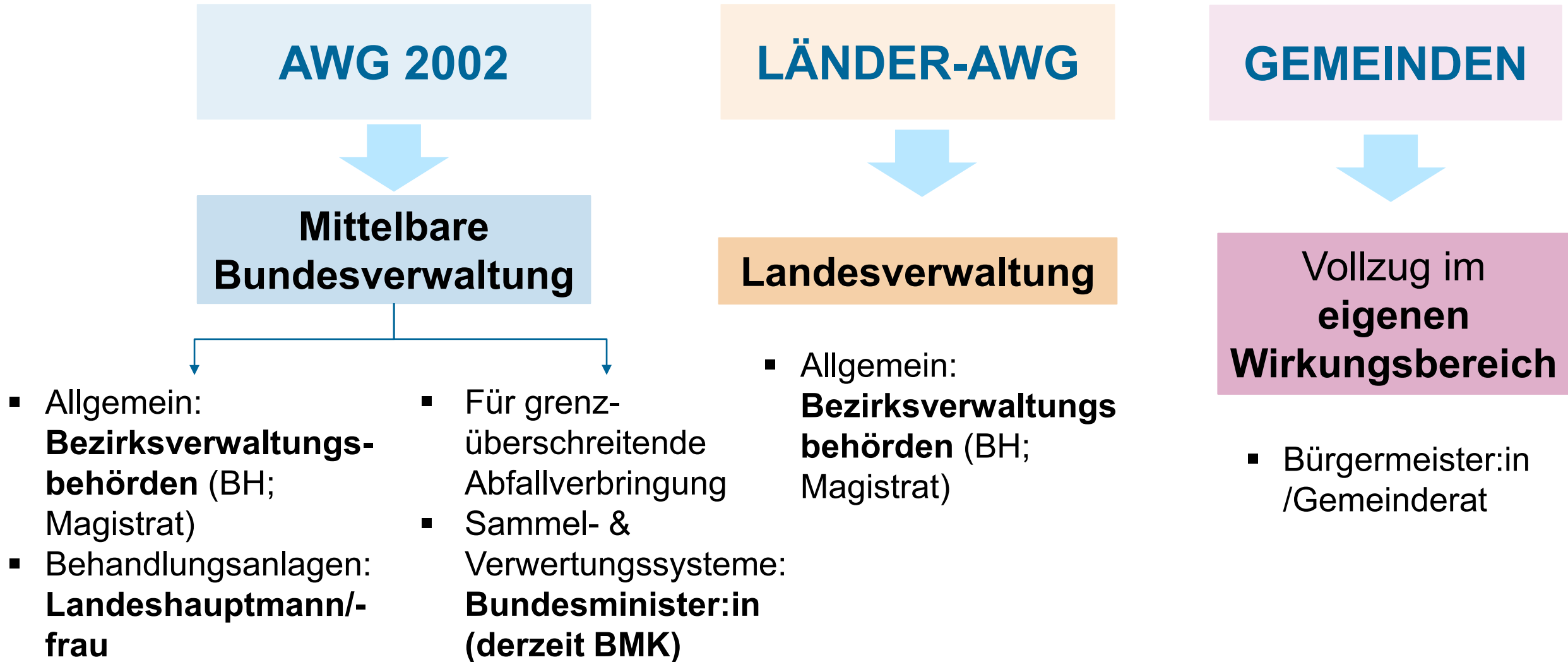


Teilweiser **VERFASSUNGSRANG** des **§ 38 AWG** führt auch zur Mitanwendung **LANDESRECHTLICHER MATERIEEN!**



Mitanwendung von **Naturschutz-, Raumordnungs- und bautechnischer Vorschriften**

Behördenzuständigkeit



Nächst Einheit: **26. April 2023**

Umweltverträglichkeitsprüfung

Dr. Paul Hahnenkamp

Rechtsfragen des Umweltschutzes

Umweltverträglichkeitsprüfung - UVP

Dr. Paul Hahnenkamp BA

6. Einheit - Umweltverträglichkeitsprüfung

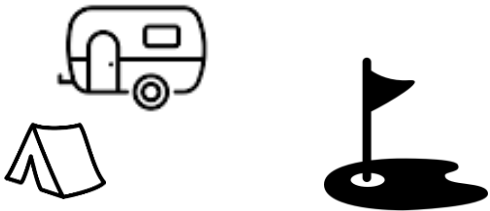
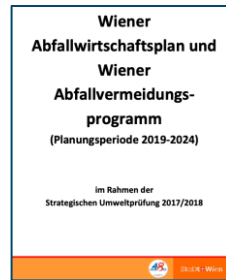
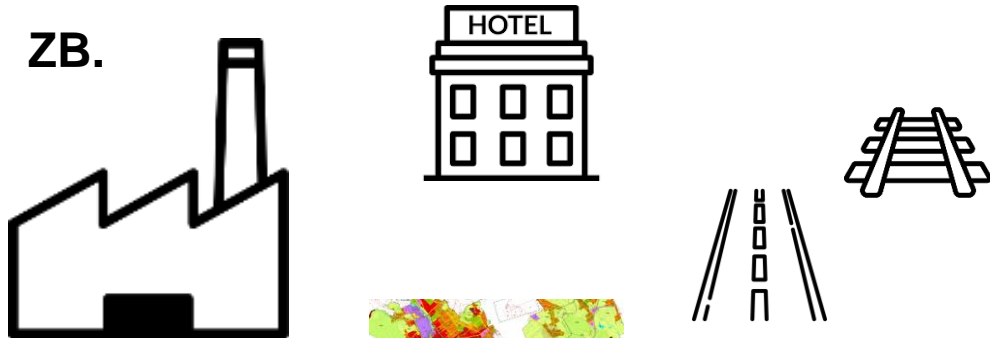
- I. Einführung
- II. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen
- III. Anwendungsbereich
- IV. Kumulation von Vorhaben, Änderungsvorhaben, Feststellungsverfahren
- V. Ablauf eines UVP-Verfahrens
- VI. Parteien des UVP-Verfahrens
- VII. Bürger:inneninitiativen & Umweltorganisationen
- VIII. Genehmigungskonzentration und –kriterien
- IX. Rechtsschutz

I. Einführung

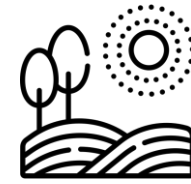
Gegenstand einer Prüfung

Umweltauswirkungen

ZB.



Luft, Klima



Landschaft



Pflanzen, biologische Vielfalt



Wasser



Kulturelles Erbe, sonstige Sachgüter



Menschen, insb Gesundheit



Fläche, Boden



Raumwirkung

- Umweltverträglichkeitsprüfung
- Strategische Umweltprüfung
- Raumverträglichkeitsprüfung
- Naturverträglichkeitsprüfung

Entwicklung der UVP

Bereits in den **1960er/1970er** Ansätze in den **USA**

- ***Environmental Impact Assessment***

1985: Erste **UVP Richtlinie** auf europäischer Ebene

1993: Erstes **UVP-G** in Österreich

- Zersplitterung Umweltrecht + steigendes ökologisches Bewusstsein (Hainburg)
- Forderung nach **Verfahrensbeschleunigung, Umweltschutz** und **Partizipation**
- Grundlegende Novelle 2000 → **UVP-G 2000**

II. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen

Was ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung?

= konzentriertes Genehmigungsverfahren



Vollkonzentriertes Genehmigungsverfahren



Genehmigung für Energieanlage
(EIWOG)



Betriebsanlagengenehmigung
(GewO)



Baugenehmigung (BauO)

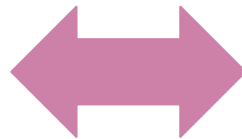


Genehmigung für
Abfallbehandlungsanlage (AWG)

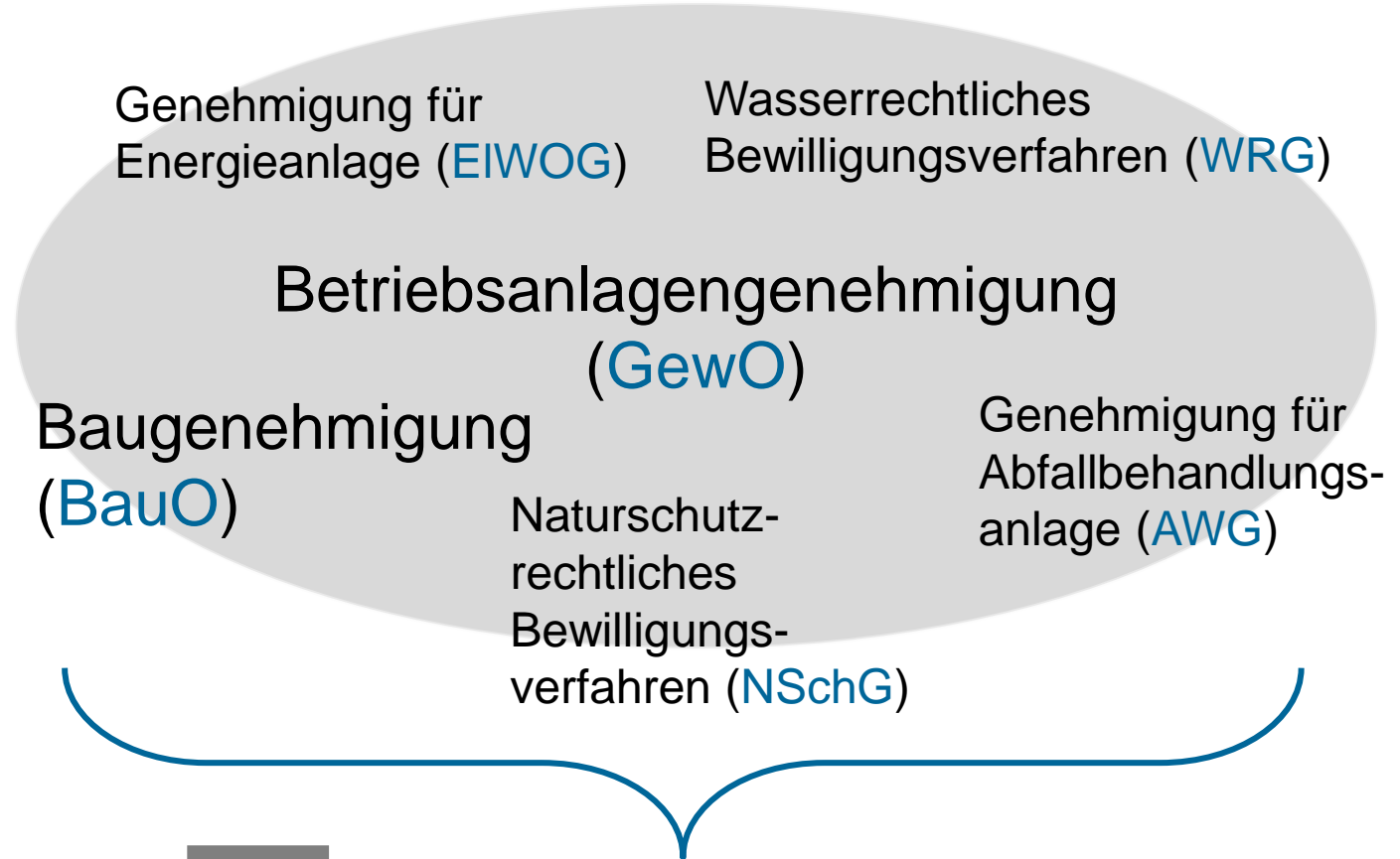


Wasserrechtliches
Bewilligungsverfahren (WRG)

**KUMULATIONS-
SPRINZIP**



UVP-GENEHMIGUNG



Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000)

BGBl Nr 697/1993 idF BGBl I Nr 80/2018

§ 1 Aufgabe von Umweltverträglichkeitsprüfung und
Bürgerbeteiligung

§ 2 Begriffsbestimmungen

§ 3 **Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung**

...

Kompetenzgrundlagen

Art 11 Abs 1 Z 7 B-VG

„**BUNDESSACHE** ist die **Gesetzgebung**,
LANDESSACHE die **Vollziehung** in folgenden
Angelegenheiten: **Umweltverträglichkeitsprüfung
für Vorhaben, bei denen mit erheblichen
Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist**;
soweit ein **Bedürfnis** nach Erlassung einheitlicher
Vorschriften als vorhanden erachtet wird,
Genehmigung solcher Vorhaben“

Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG

„**BUNDESSACHE** ist die **Gesetzgebung** und die
Vollziehung in folgenden Angelegenheiten:
**Umweltverträglichkeitsprüfung für
Bundesstraßen und Eisenbahn-
Hochleistungsstrecken**, bei denen mit
erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu
rechnen ist“ → **3. Abschnitt UVP-G**

Sachliche & örtliche Zuständigkeit

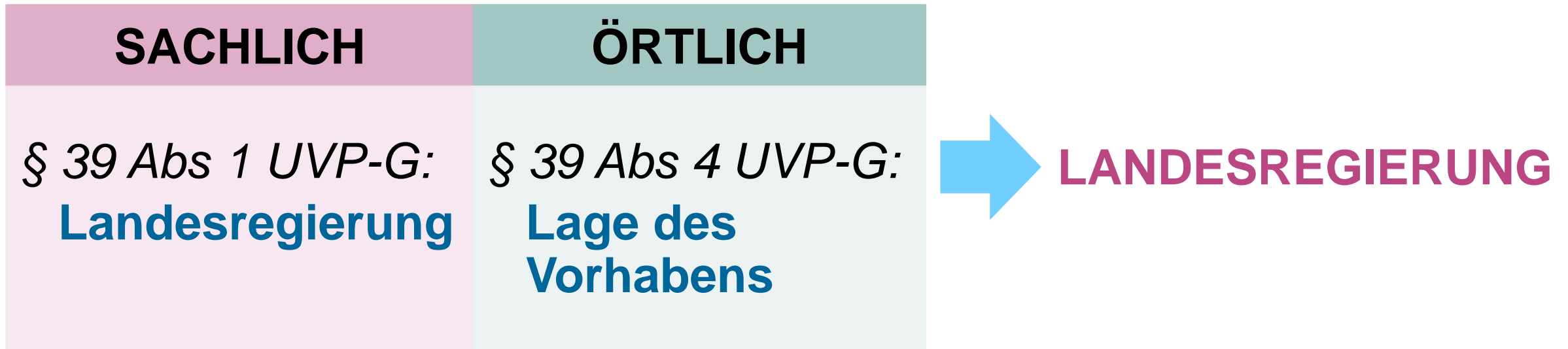
Behörden und Zuständigkeit

§ 39. (1) Für die Verfahren nach dem ersten und zweiten Abschnitt ist **die Landesregierung** zuständig.

(4) Für die Verfahren nach dem ersten, zweiten und dritten Abschnitt richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach **der Lage des Vorhabens**. Erstreckt sich ein Vorhaben über mehrere Bundesländer, so ist für das Verfahren gemäß § 3 Abs. 7 die **Behörde** jenes Landes örtlich zuständig, in dem sich der Hauptteil des Vorhabens befindet. Die Behörden und Organe (§ 3 Abs. 7) des anderen von der Lage des Vorhabens

Art 11 Abs 1 Z 7 B-VG

„BUNDESSACHE ist die Gesetzgebung,
LANDESSACHE die Vollziehung [...]“





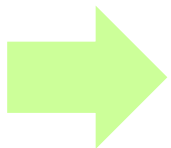
- **UVP-Richtlinie** (RL 2011/92/EU)
- SUP-RL (RL 2001/42/EG)
- Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie (RL 2003/35/EG)
- TEN-E-VO (VO 347/2013; Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei energiewirtschaftlich bedeutenden Infrastrukturprojekten)
- Espoo-Konvention (Information und Konsultation bei grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen)
- **Aarhus-Konvention** (Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Entscheidungen)

1. ABSCHNITT

Aufgabe von Umweltverträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligung

§ 1. (1) Aufgabe der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist es, unter Beteiligung der Öffentlichkeit auf fachlicher Grundlage

1. die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen festzustellen, zu beschreiben und zu bewerten, die ein Vorhaben
 - a) auf Menschen und die biologische Vielfalt einschließlich der, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume,
 - b) auf Fläche und Boden, Wasser, Luft und Klima,
 - c) auf die Landschaft und
 - d) auf Sach- und Kulturgüter
 hat oder haben kann, wobei Wechselwirkungen mehrerer Auswirkungen untereinander miteinzubeziehen sind,
2. Maßnahmen zu prüfen, durch die schädliche, belästigende oder belastende Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt verhindert oder verringert oder günstige Auswirkungen des Vorhabens vergrößert werden,
3. die Vor- und Nachteile der vom Projektwerber/von der Projektwerberin geprüften Alternativen sowie die umweltrelevanten Vor- und Nachteile des Unterbleibens des Vorhabens darzulegen und
4. bei Vorhaben, für die gesetzlich die Möglichkeit einer Enteignung oder eines Eingriffs in private Rechte vorgesehen ist, die umweltrelevanten Vor- und Nachteile der vom Projektwerber/von der Projektwerberin geprüften Standort- oder Trassenvarianten darzulegen.



**Menschen,
insb
Gesundheit**



**Pflanzen,
biologische
Vielfalt**



**Fläche,
Boden**



Wasser



**Luft,
Klima**



Landschaft



**Kulturelles
Erbe, sonstige
Sachgüter**

III. Anwendungsbereich des UVP-G

Projekt = Vorhaben gemäß § 2 Abs 2:

„Vorhaben ist die Errichtung einer Anlage oder ein sonstiger Eingriff in Natur und Landschaft unter Einschluss sämtlicher damit in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang stehender Maßnahmen. Ein Vorhaben kann eine oder mehrere Anlagen oder Eingriffe umfassen, wenn diese in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang stehen.“

-> Vorhaben kann mehr als eine Anlage umfassen

=//= Zusammenwirken mehrerer Vorhaben

Wann ist ein Vorhaben UVP-pflichtig?

Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung

§ 3. (1) Vorhaben, die in Anhang 1 angeführt sind, sowie Änderungen dieser Vorhaben sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Für Vorhaben, die in Spalte 2 und 3 des Anhanges 1 angeführt sind, ist das vereinfachte Verfahren durchzuführen. Im vereinfachten Verfahren sind § 3a Abs. 2, § 6 Abs. 1 Z 1 lit. d, § 7 Abs. 2, § 12, § 13 Abs. 2, § 16 Abs. 2, § 20 Abs. 5 und § 22 nicht anzuwenden, stattdessen sind die Bestimmungen des § 3a Abs. 3, § 7 Abs. 3, § 12a und § 19 Abs. 2 anzuwenden.

89
Vorhabentypen

Aus den Bereichen:

- Abfallwirtschaft
- Energiewirtschaft
- Infrastruktur
- Bergbau
- Wasserwirtschaft
- Land- und Forstwirtschaft sowie
- Industrie
- Tourismus

Zum Teil durch Festlegung von Schwellenwerten:

- Kapazitäten
- Volumina
- Flächeninanspruchnahme
- Kfz-Stellplätze
- ...

Anhang 1: Gliederung in 3 Spalten

Anwendungsbereich UVP-G (Anhang 1)

Spalte 1

Spalte 2

Spalte 3*

Einzelfallprüfung
§ 3 Abs 7 UVP-G

Ordentliches UVP-Verfahren

Vereinfachtes UVP-Verfahren

* Vorhaben in schutzwürdigen Gebieten (=> Anhang 2)

Schutzwürdige Gebiete nach Anhang 2 (Spalte 3)

Kategorie	Schutzwürdiges Gebiet
A	Naturschutzgebiete, insb. Europaschutzgebiete, Nationalparks, Naturgebilde, UNESCO-Welterbestätten
B	Alpinregion
C	Wasserschutz und Schongebiete
D	Belastetes Gebiet (Luft)
E	In und nahe von Siedlungsgebieten

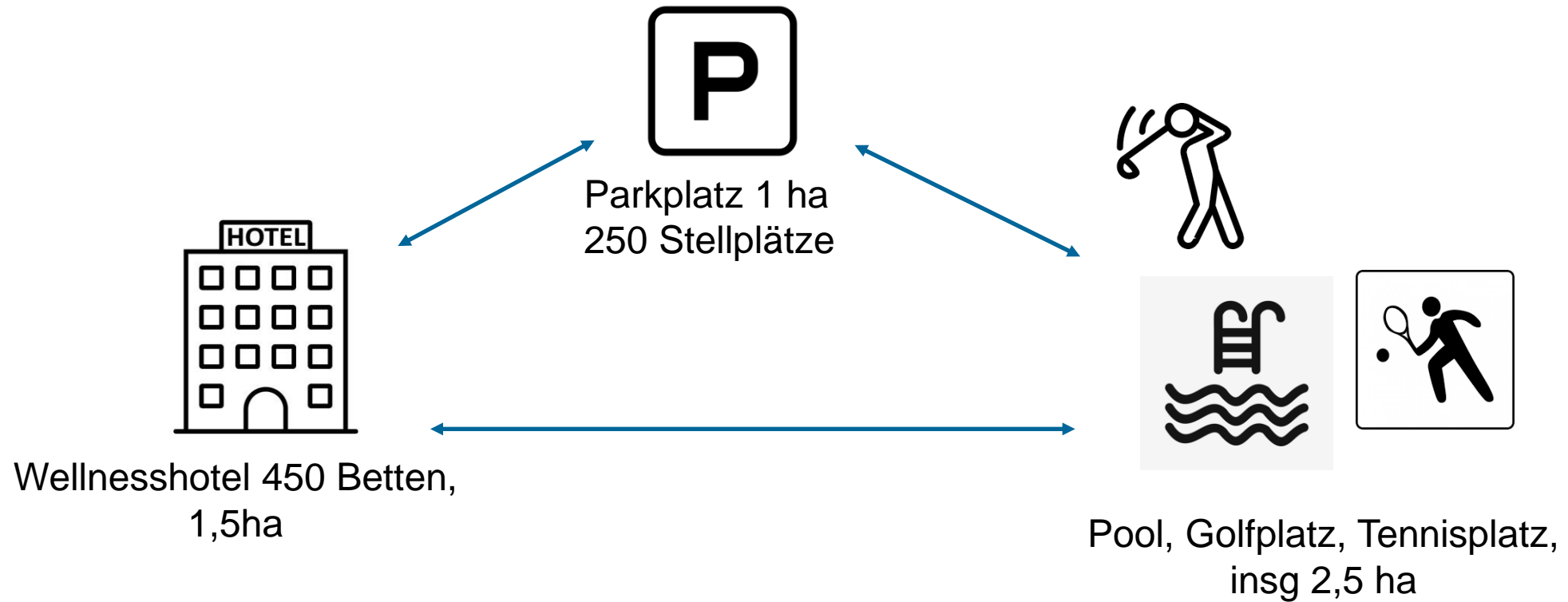
Beispiele

Besteht eine UVP-Pflicht?

1. Errichtung einer gebührenpflichtigen Parkgarage für 2000 Parkplätze für Tagesgäste auf unbebautem Innenstadtgrundstück
2. Errichtung einer 20 km langen Starkstromfreileitung mit einer Nennspannung von 220 kV. Dazu ist insgesamt eine Fläche von 22 ha Wald zu roden.
3. In einem belasteten Gebiet (Luft) soll ein Einkaufszentrum (Flächeninanspruchnahme 8 ha, 800 KFZ Stellplätze) errichtet werden.
4. Errichtung eines Feriendorfes mit einer Bettenanzahl von 270 Betten und einer Flächeninanspruchnahme von 1 ha im Siedlungsgebiet

Räumlicher und sachlicher Zusammenhang

§ 2 (2) Vorhaben ist die Errichtung einer Anlage oder ein sonstiger Eingriff in Natur und Landschaft unter Einschluss sämtlicher damit in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang stehender Maßnahmen. Ein Vorhaben kann eine oder mehrere Anlagen oder Eingriffe umfassen, wenn diese in einem räumlichen und sachlichen Zusammenhang stehen.



Red Bull Nachwuchsakademie Lieferung

- Gesamtfläche der Akademie: 8,8 ha
- Fläche des Spielfelds mit Tribüne: ca 1,1 ha
- Parkplätze: 107
- Landschaftsschutzgebiet (schutzwürdiges Gebiet Kategorie A)



Einheitliches Vorhaben?

Sportstadion iSd Anhang 1 Z 17?

UVP-Pflicht?



Z 17		<p>a) Freizeit- oder Vergnügungsparks²⁾, Sportstadien oder Golfplätze mit einer Flächeninanspruchnahme von mindestens 10 ha oder mindestens 1 500 Stellplätzen für Kraftfahrzeuge;</p>	<p>b) Freizeit- oder Vergnügungsparks²⁾, Sportstadien oder Golfplätze in schutzwürdigen Gebieten der Kategorien A oder D mit einer Flächeninanspruchnahme von mindestens 5 ha oder mindestens 750 Stellplätzen für Kraftfahrzeuge.</p>
------	--	---	---

Umweltsenat 7.2.2012, US 5B/2011/15-15:

- **Sportstadion:** Austragungsort von sportlichen Wettkämpfen in Form eines Spielfelds mit (zumindest teilweiser) Umrandung durch eine bauliche Anlage, die es dem Publikum ermöglicht, das Geschehen zu beobachten.
- **Akademie** steht zwar mit dem Sportstadion im **räumlichen** und **sachlichen Zusammenhang** und bildet ein **EINHEITLICHES VORHABEN**.
- **Aber:** Nachwuchsakademie als **Bildungsstätte** erfüllt keinen **UVP-Tatbestand**; daher keine Zusammenrechnung hinsichtlich der Erreichung des **Schwellenwerts!**
- **Stadion** alleine erreicht nicht Schwellenwerte (Fläche)



keine UVP-PFLICHT

Projekt Heumarkt

1. Flächeninanspruchnahme: **1,55 ha**
2. Bruttogeschossfläche: **89 000 m²**



Quelle: www.heumarkt-neu.at



Quelle: www.heumarkt-neu.at

Umfasst Hotel, Hochhaus für Büro- und Wohnzwecke, Eislaufplatz, Eishockeyhalle, Ausbau der Tiefgarage um 170 Parkplätze, Verlegung der Lothringerstraße um 11,5 m (auf einer Länge von 285 m)

UVP-Pflicht des Heumarkt Projekts?

- Wr LReg (zuständige UVP-Behörde):

Keine Umweltverträglichkeitsprüfung:

- trotz Lage in einem schutzwürdigen Gebiet der Kategorie D
- aufgrund der Nichterreicherung von Mindestschwellenwerten keiner der infrage kommenden Tatbestände (Z 9 - Straßen, Z 17 - Freizeit- oder Vergnügungsparks, Sportstadien oder Golfplätze, Z 18 - Städtebauvorhaben, Z 19 - Einkaufszentren, Z 20 - Beherbergungsbetriebe, Z 21 - öffentlich zugängliche Parkplätze oder Parkgaragen)

UVP-Pflicht des Heumarkt Projekts?

1. Bundesverwaltungsgericht (Beschwerdegericht):

Umweltverträglichkeitsprüfung:

- Der Heumarkt ist multifunktional (Wohn und Geschäftsbauten) und wird in einem schutzwürdigen Gebiet errichtet (UNESCO-Welterbe) und unterliegt daher der UVP-Pflicht
- Entscheidung auf Grundlage der unmittelbaren Anwendbarkeit der UVP-RL der EU, weil Tatbestand im UVP-G mangelhaft umgesetzt wurde


1. Flächeninanspruchnahme: **1,55 ha**
2. Bruttogeschossfläche: **89 000 m²**



Quelle: www.heumarkt-neu.at



Quelle: www.heumarkt-neu.at

 weiterhin unklar, ob UVP-Pflicht vorliegt

IV. Kumulation von Vorhaben, Änderungsvorhaben, Feststellungsverfahren

Kumulation von Vorhaben - § 3 Abs 2 UVP-G

- Auch wenn Vorhaben in **keinem sachlichen Zusammenhang** stehen → kumulative (negative) Wirkung auf Umwelt möglich!
- **Umgehung** der UVP-Pflicht mittels „**Salami- bzw Gurkentaktik**“
- **(eigenständige) Vorhaben**, die individuell die festgelegten **Schwellenwerte** nicht erreichen, aber mit anderen Vorhaben gemeinsam den jeweiligen **Schwellenwert** erreichen,
 - müssen einer **EINZELFALLPRÜFUNG** und gegebenenfalls einer **vereinfachten UVP** unterzogen werden, wenn sie
 - **gleichartig** sind + in einem **räumlichen Zusammenhang** stehen.
- **Mindestschwelle: 25%** des Schwellenwerts! (vgl § 3 Abs 2 UVP-G)



Anna möchte an einem idyllischen Ort etwas außerhalb ihrer Heimatstadt ein Hotel mit 300 Betten und einer Flächeninanspruchnahme von 3 ha errichten und reicht einen Antrag auf Baubewilligung am 1.3.2021 bei der zuständigen Baubehörde ein. Andere notwendige Anträge (nach GewO, ForstG) hat sie noch nicht eingereicht.

Dušan möchte in unmittelbarer Nachbarschaft ebenfalls ein Hotel mit 200 Betten und 1,5 ha Flächeninanspruchnahme errichten. Er reicht den Antrag bei der Baubehörde am 10.4.2021 ein.

Ist Annas Hotelprojekt UVP-pflichtig?

Ist Dušans Hotelprojekt UVP-pflichtig?

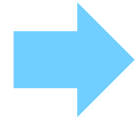
Änderung von Vorhaben - § 3a UVP-G

Auch **ÄNDERUNGEN** von bereits umgesetzten **Vorhaben** können (nach **EINZELFALLPRÜFUNG**) eine UVP-Pflicht auslösen.

Insbesondere, wenn...



die Änderung einem (speziellen) **ÄNDERUNGSTATBESTAND** des **Anhang 1** entspricht (vgl § 3a Abs 1 Z 2); oder



durch die Änderung der **SCHWELLENWERT** des **Anhang 1** erreicht wird UND durch die Änderung eine **KAPAZITÄTSAUSWEITUNG** von mindestens **50%** dieses Schwellenwertes erfolgt (vgl § 3a Abs 2 und 3).

- Eigener „**Kumulationstatbestand**“ für Änderungen von Vorhaben (§ 3a Abs 6 UVP-G)

1. Ein Hafenbecken soll vertieft werden, die Hafentiefe soll sich um 30% erhöhen.
2. Ein Gewerbepark (20 ha) soll um 50ha erweitert werden.

Feststellungsverfahren gem § 3 Abs 7 UVP-G

PROJEKTWERBER:IN,
mitwirkende Behörde,
Umweltanwält:in, von
Amts wegen.

Antrag auf Feststellung
§ 3 Abs 7 UVP-G

Zweck = rechtsverbindliche Klärung
des Bestehens einer Pflicht zu
Durchführung eines UVP-Verfahrens



FESTSTELLUNGSVERFAHREN

Feststellungs-
bescheid

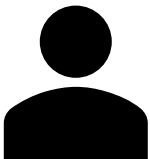
~~keine UVP-
Pflicht~~

BEHÖRDE

Parteilstellung: Projektwerber:in,
Umweltanwält:innen, Standortgemeinde

UVP-
PFLICHT

PROJEKT-
WERBER:IN



Genehmigungsantrag
§ 5 Abs 1 UVP-G



EINLEITUNG UVP

FESTSTELLUNGSVERFAHREN

**Feststellungs-
bescheid**

Kundmachung, öffentliche
Einsichtnahme, Homepage
der Behörde

UVP-PFLICHT

keine UVP-Pflicht

BESCHWERDERECHT

- Parteien des Verfahrens

BESCHWERDERECHT

- Parteien des Verfahrens,
- **Umweltorganisationen & Nachbar:innen**

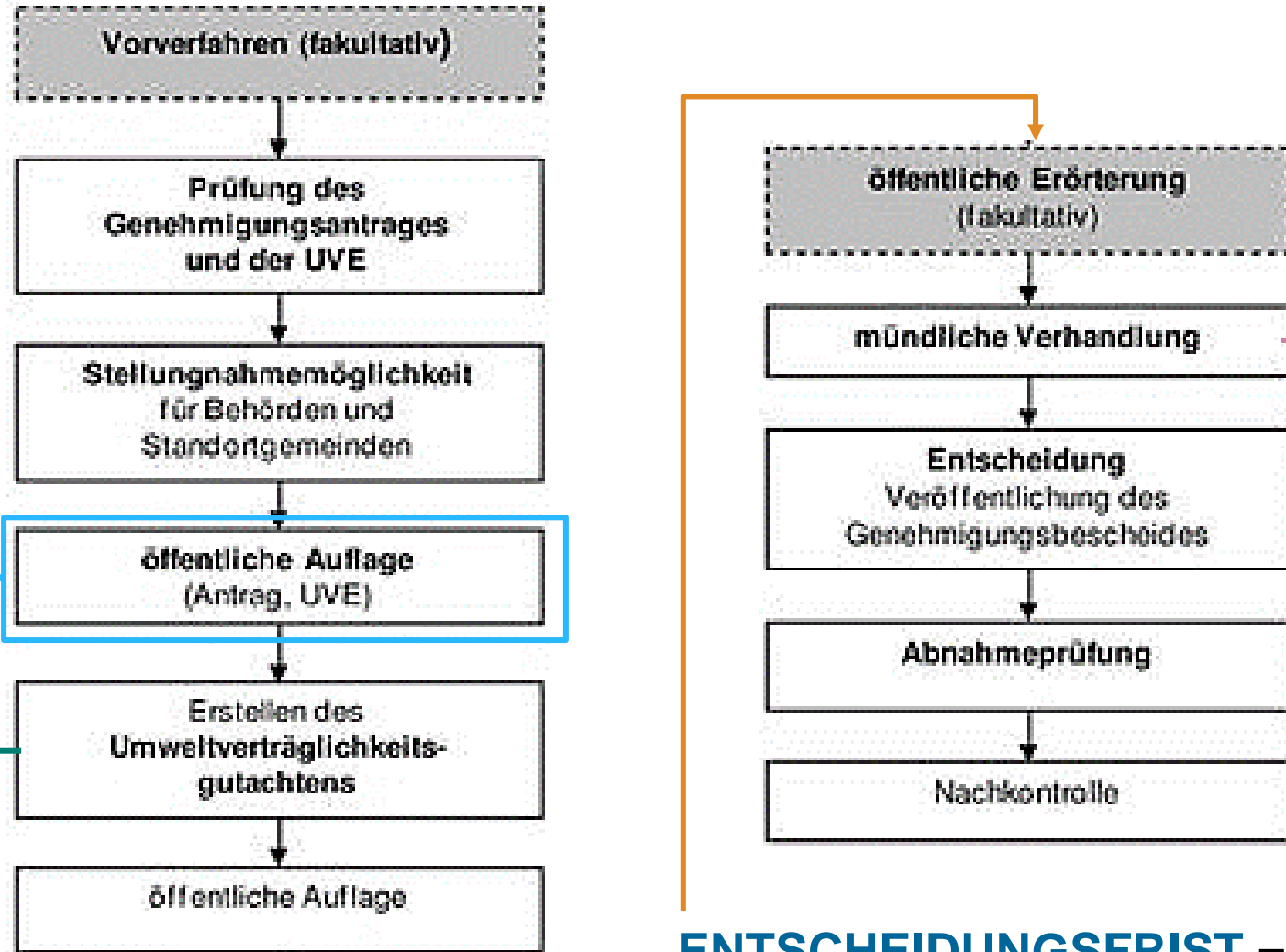
V. Ablauf eines UVP-Verfahrens

Ablauf eines ordentlichen UVP-Verfahrens

- **6 Wochen**
- Standortgemeinde + Behörde
- **Stellungnahmerecht** für Jedermann:frau
- **UO: Einwendungen!**
- Konstituierung von **BI**

Integrative Bewertung der Umweltauswirkungen

4 Wochen; Standortgemeinde + Behörde



Mediationsverfahren möglich

ENTSCHEIDUNGSFRIST = 9 Monate

VERFAHRENSBESCHLEUNIGUNG

- Erstellung einer zusammenfassenden Bewertung anstelle des UV-Gutachtens
- Entscheidungsfrist **6 Monate**
- eingeschränkte Prüftiefe
- Regelfall
- Gleiche Parteirechte wie bei ordentlichen Verfahren
- Standortentwicklungsgesetz

Genehmigungsantrag – Mindestanforderungen gem § 5 Abs 1 UVP-G

INHALTE:

- Nach den **Verwaltungsvorschriften** für die Genehmigung des Vorhabens **erforderlichen UNTERLAGEN**
- **UMWELTVERTRÄGLICHKEITSERKLÄRUNG (UVE)** (vgl § 6 UVP-G), ua:
 - Beschreibung des **Vorhabens** nach Standort, Art und Umfang
 - Beschreibung anderer geprüfter **Lösungsmöglichkeiten** (inkl. Nullplan)
 - Beschreibung des „**Ist**“-**Standes der Umwelt**
 - Beschreibung der voraussichtlich vom Vorhaben erheblich **beeinträchtigten Umwelt**
 - Beschreibung der voraussichtlichen erheblichen **Auswirkungen** auf die Umwelt
 - Beschreibung der **Maßnahmen**, mit denen diese Auswirkungen vermieden werden sollen
- Angaben über die **Verständigung der Öffentlichkeit**

VI. Parteien des UVP-Verfahrens

Antragsteller:in (§ 8 AVG)	Hauptpartei ; Projektwerber:in
Nachbar:innen (§ 19 Abs 1 Z 1 UVP-G)	Nebenpartei ; entspricht § 75 Abs 2 GewO; die subjektiven Rechte ergeben sich aus § 17 Abs 2 Z 2 lit a und c UVP-G.
Sonstige Parteien nach den Materiengesetzen (§ 19 Abs 1 Z 2 UVP-G)	Nebenpartei ; Umfang der subjektiven Rechte besteht gemäß den entsprechenden Materiengesetzen.
Umweltanwält:in (§ 19 Abs 1 Z 3 UVP-G)	Organ- & Formalpartei ; kann Einhaltung von Landes- und Bundesvorschriften zum Schutz der Umwelt geltend machen.
Wasserwirtschaftliches Planungsorgan (§ 19 Abs 1 Z 4 UVP-G)	Organ- & Formalpartei ; WWPO ist rechtlich eine Funktion des*der Landeshauptmannes*frau; Hauptaufgabe = Einhaltung des gewässerspezifischen Verschlechterungsverbots.

<p>Standortgemeinde & angrenzende österreichische Gemeinden (§ 19 Abs 1 Z 5 UVP-G)</p>	<p>Organ- & Formalpartei; können die Einhaltung von Rechtsvorschriften, die dem Schutz der Umwelt und der von ihnen wahrzunehmenden öffentlichen Interessen dienen, geltend machen.</p>
<p>Bürger:inneninitiativen (§ 19 Abs 1 Z 6 UVP-G)</p>	<p>Nebenpartei; können die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften als echtes subjektives Recht geltend machen</p>
<p>Umweltorganisationen (§ 19 Abs 1 Z 7 UVP-G)</p>	<p>Formalpartei; können die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften geltend machen.</p>
<p>Standortanwält:in (§ 19 Abs 1 Z 8 UVP-G)</p>	<p>Formalpartei; Geltendmachung der öffentlichen Interesse, die für die Verwirklichung des Vorhabens sprechen.</p>

Nachbar:in iSd § 19 Abs 1 Z 1 UVP-G

Personen, die durch die **Errichtung**, den **Betrieb** oder den **Bestand** des Vorhabens **gefährdet** oder **belästigt** werden könnten.

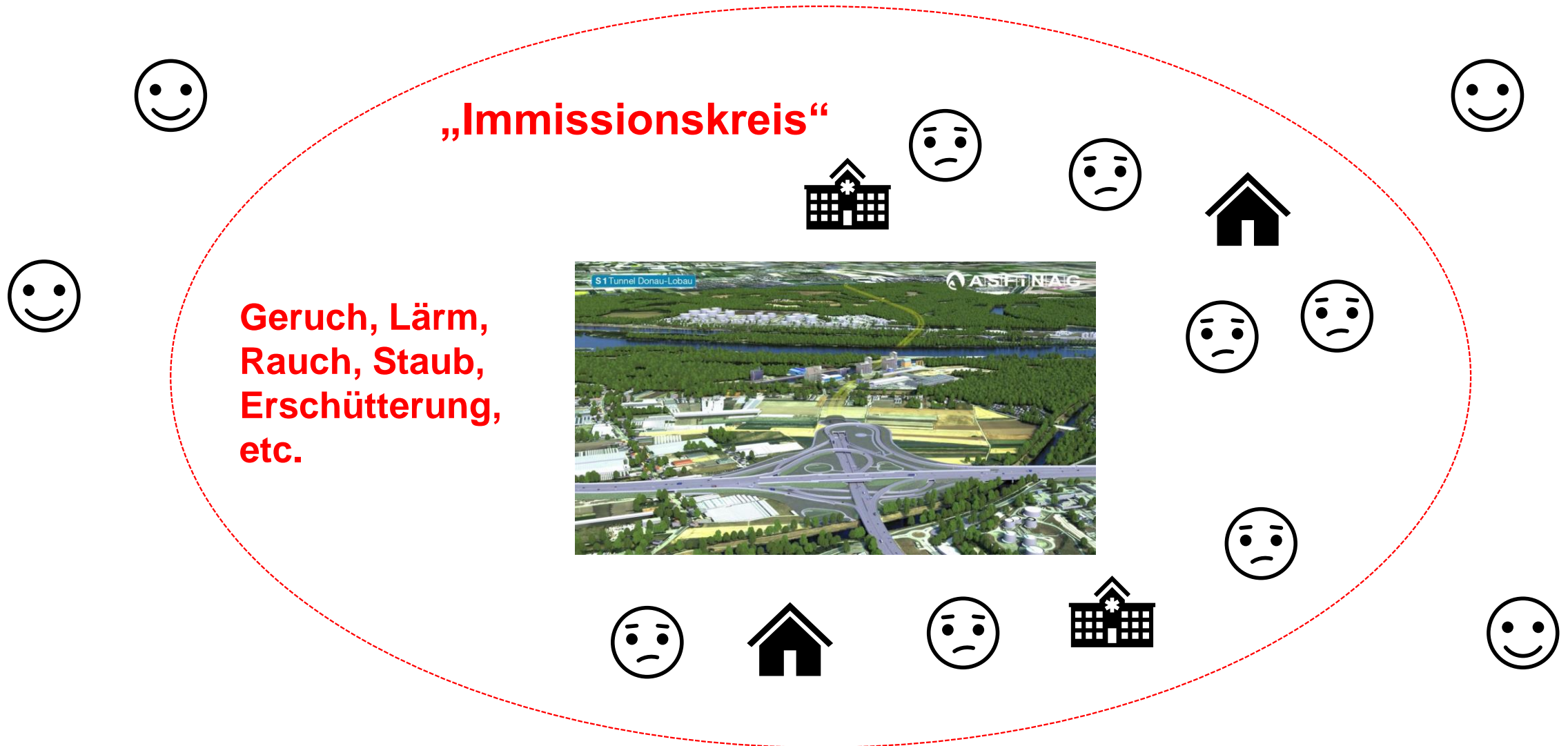
zB auch Mieter:innen, Familienangehörige, Arbeitnehmer:innen, Bewohner:innen von Altersheimen, etc.

Personen, deren **dingliche Rechte** im In- oder Ausland **gefährdet** werden könnten.

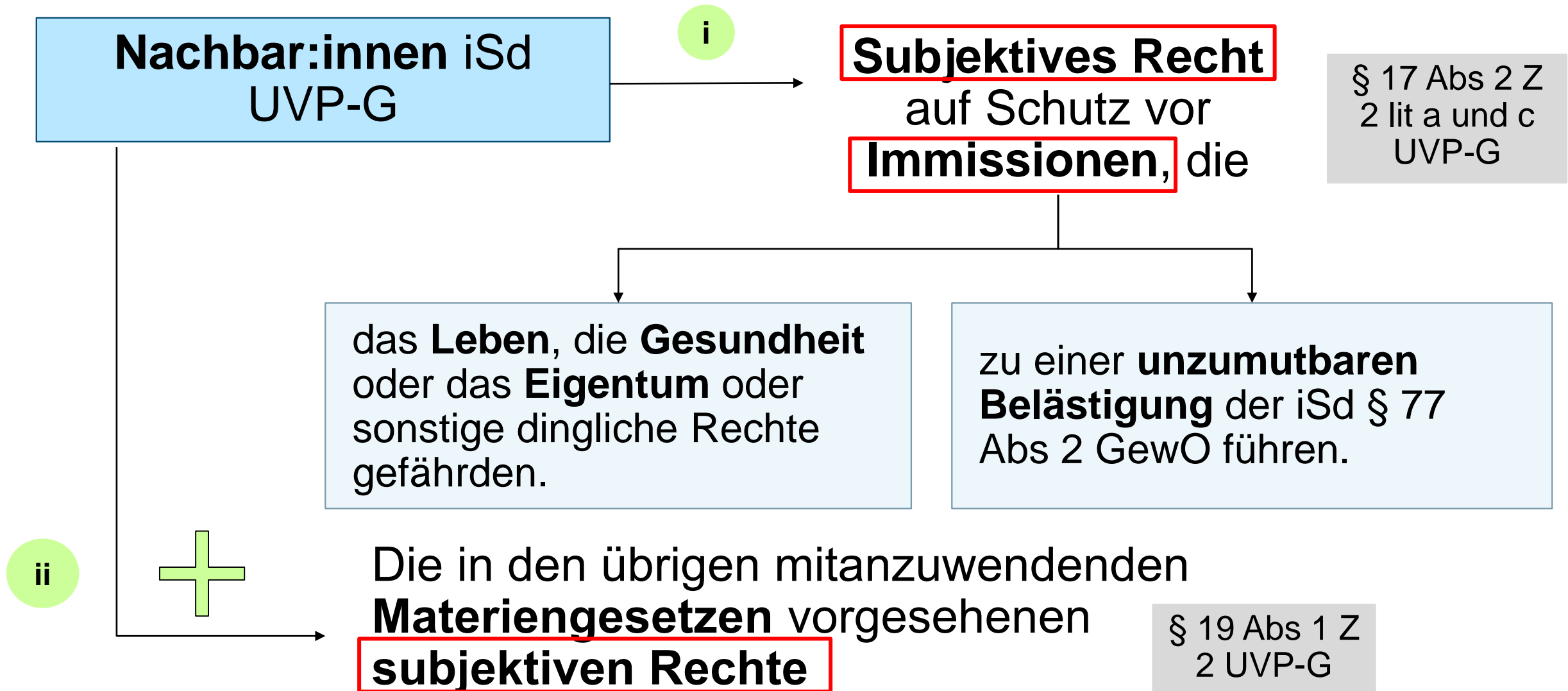
Dingliche Berechtigte müssen sich nicht regelmäßig im Immissionskreis des Vorhabens aufhalten.

Inhaber:innen von **Einrichtungen**, in denen sich **regelmäßig Personen vorübergehend aufhalten**, hinsichtlich des Schutzes dieser Personen.

zB. Krankenanstalten, Schulen, Beherbergungsbetriebe



Zulässige Einwendungen der Nachbar:innen



VII. Parteien des UVP-Verfahrens Bürger:inneninitiativen und Umweltorganisationen



Partei- und Beteiligtenstellung sowie Rechtsmittelbefugnis

§ 19. (1) Parteistellung haben

[...]

6. Bürgerinitiativen gemäß Abs. 4, **ausgenommen im vereinfachten Verfahren (Abs. 2);**

ABER: VwGH
27.09.2018, Ro
2015/06/0008!



mind. **200 wahlberechtigte Personen**
in der Standortgemeinde

Unterschriften

**gemeinsame
Stellungnahme**

≠ Einwendungen

- **Stellungnahme** ist zusammen mit **Unterschriften** innerhalb der **Auflagefrist** einzubringen → dadurch **entsteht** die BI
- BI hat im UVP-Verfahren **Parteistellung**
- BI ist berechtigt, die Einhaltung von **Umweltschutzvorschriften** als **subjektive Rechte** im UVP-Verfahren geltend zu machen

(4) Eine Stellungnahme gemäß § 9 Abs. 5 kann durch Eintragung in eine Unterschriftenliste unterstützt werden, wobei Name, Anschrift und Geburtsdatum anzugeben und die datierte Unterschrift beizufügen ist. Die Unterschriftenliste ist gleichzeitig mit der Stellungnahme einzubringen. Wurde eine Stellungnahme von mindestens 200 Personen, die zum Zeitpunkt der Unterstützung in der Standortgemeinde oder in einer an diese unmittelbar angrenzenden Gemeinde für Gemeinderatswahlen wahlberechtigt waren, unterstützt, dann nimmt diese Personengruppe (Bürgerinitiative) am Verfahren zur Erteilung der Genehmigung für das Vorhaben und nach § 20 als Partei oder als Beteiligte (Abs. 2) teil. Als Partei ist sie berechtigt, die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften als subjektives Recht im Verfahren geltend zu machen und Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht und Revision an den Verwaltungsgerichtshof sowie Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof zu erheben.

§ 19 Abs 4 UVP-G

teil. Als Partei ist sie berechtigt, die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften als subjektives Recht im Verfahren geltend zu machen und Beschwerde an das **Bundesverwaltungsgericht** und Revision an den **Verwaltungsgerichtshof** sowie Beschwerde an den **Verfassungsgerichtshof** zu erheben.



Umweltschutzvorschriften als subjektives Recht

- BI kann die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften als echtes **subjektives Recht geltend** machen
- Der BI kommen somit die **wesentlichen Parteienrechte** des AVG zu

Zugang zu Verwaltungs- gerichtsbarkeit

- BI kann Beschwerde an **BVwG**, Revision an **VwGH** sowie Beschwerde an den **VfGH** erheben



Umweltorganisation
iSd § 19 Abs 6 UVP-G

Verein oder
Stiftung

dient **gemeinnützigen**
Zwecken

mind. **3 Jahre**
ununterbrochene
Tätigkeit

vorrangiger Zweck
= **Umweltschutz**

Anerkennung mittels **Bescheid**
nach § 19 Abs 7 UVP-G

mind. **100**
Mitglieder

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Derzeit **58**
anerkannte UO in
Österreich - [LINK](#)

UO ex lege Teil der „betroffenen Öffentlichkeit“

Art 1 Abs 2 UVP-RL

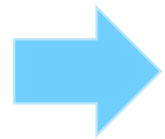


Art 2 Z 5 Aarhus-K

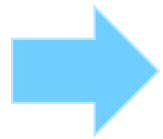


e) „betroffene Öffentlichkeit“: die von umweltbezogenen Entscheidungsverfahren gemäß Artikel 2 Absatz 2 betroffene oder wahrscheinlich betroffene Öffentlichkeit oder die Öffentlichkeit mit einem Interesse daran. Im Sinne dieser Begriffsbestimmung haben **Nichtregierungsorganisationen**, die sich für den Umweltschutz einsetzen und alle nach innerstaatlichem Recht geltenden Voraussetzungen erfüllen, ein Interesse;

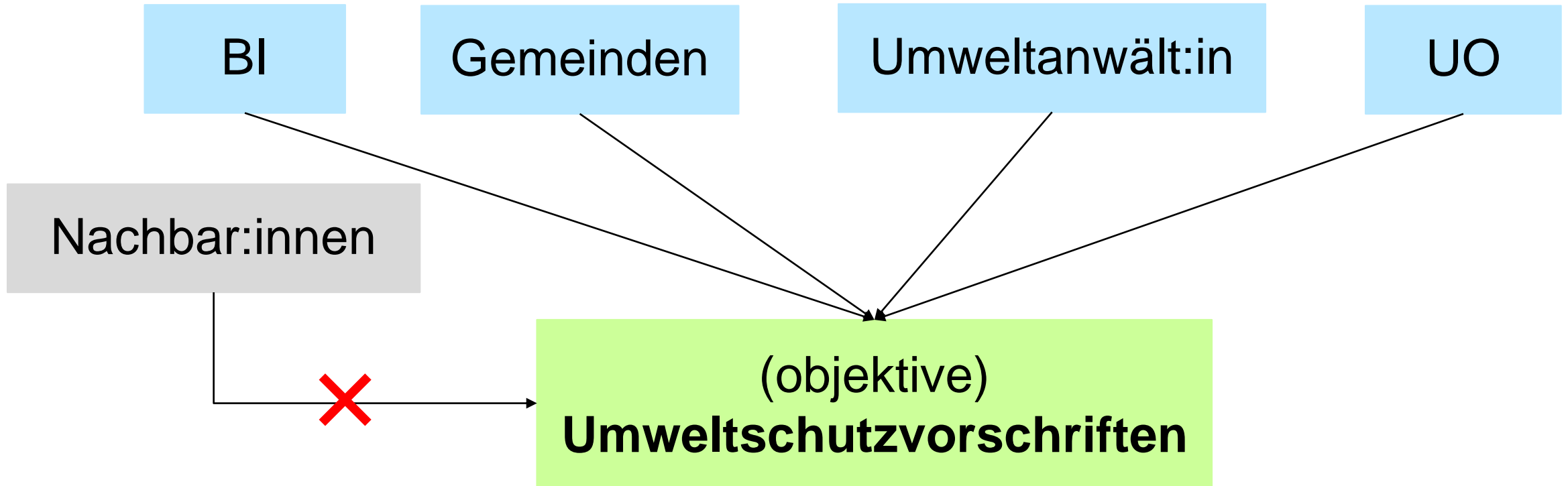
5. bedeutet „betroffene Öffentlichkeit“ die von umweltbezogenen Entscheidungsverfahren betroffene oder wahrscheinlich betroffene Öffentlichkeit oder die Öffentlichkeit mit einem Interesse daran; im Sinne dieser Begriffsbestimmung haben **Nichtregierungsorganisationen**, die sich für den Umweltschutz einsetzen und alle nach innerstaatlichem Recht geltenden Voraussetzungen erfüllen, ein Interesse.



Aufgrund völkerrechtlicher und europarechtlicher Vorgaben *muss* UO **Parteistellung** iSd österreichischen Verwaltungsverfahrenrechts (§ 8 AVG) zukommen



UO müssen aber gem § 19 Abs 10 UVP-G **Einwendungen** während öffentlicher Auflagefrist erheben!



„**Umweltschutzvorschriften**“ umfassen all jene auf ein **Vorhaben bezogene** Rechtsvorschriften, die **direkt** oder **indirekt** dem **Schutz des Menschen und der Umwelt** vor **schädlichen Aus- oder Einwirkungen** dienen.

VIII. Genehmigungskonzentration und –kriterien

§ 3 Abs 3 UVP-G: „Wenn ein Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen ist, sind die nach den **bundes-** oder **landesrechtlichen Verwaltungsvorschriften**, auch soweit sie im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zu vollziehen sind, für die Ausführung des Vorhabens erforderlichen **materiellen Genehmigungsbestimmungen** von der Behörde (§ 39) in einem konzentrierten Verfahren mit anzuwenden (**KONZENTRIERTES GENEHMIGUNGSVERFAHREN**)“.

Umfassende Konzentration aller **BUNDES-** und **–LANDESRECHTLICHER MATERIEN**

SPERRWIRKUNG gem § 3 Abs 6 UVP-G

→ es dürfen bei sonstiger Nichtigkeit **keine Genehmigungen** nach den übrigen Materiengesetzen erteilt werden

Bloße TEILKONZENTRATION bei **Bundesstraßen** und **Hochleistungsstrecken**
(3. Abschnitt UVP-G)

- Bundesmaterien werden durch **BM** konzentriert behandelt
- Landesmaterien werden durch **LReg** konzentriert behandelt

Genehmigungskriterien der mitanzuwendenden **MATERIENGESETZE**

- Es gelten die Genehmigungsvoraussetzungen **aller** auf das Vorhaben anzuwendenden **Materiengesetze**, wie zB GewO, WRG, AWG, ForstG, BauO, etc

**Genehmigungskriterien** des **UVP-G = § 17 Abs 2 – 6 UVP-G**

- **Emission von Schadstoffe** nach **Stand der Technik** zu begrenzen
- Minimierung von **Immissionsbelastung**
- geordnete **betriebliche Abfallwirtschaft**
- Auflagen, Projektmodifikationen, etc müssen zu einem **hohen Umweltschutzniveau** beitragen
- **GESAMTBEWERTUNG: keine schwerwiegenden Umweltbelastungen!**

IX. Rechtsschutz



BESCHWERDE an das **Bundesverwaltungsgericht** (BVwG)

REVISION an den **Verwaltungsgerichtshof** (VwGH)

ERKENNTNISBESCHWERDE an den **Verfassungsgerichtshof** (VfGH)

- Erkenntnisbeschwerde setzt **subjektive Rechte** voraus.

Nächste Einheit: **3. Mai 2023**

Strategische Umweltprüfung

Mag. Gregor Schamschula

A landscape photograph showing a series of stone walls in the foreground and middle ground, leading up to a small stone house on a hill in the background. The terrain is covered in green grass and some bushes. A paved road curves through the middle ground. The sky is overcast. A large green graphic overlay is on the right side of the image.

Die Strategische Umweltprüfung

Gregor Schamschula

Die SUP ist

- ▶ Instrument, das die Miteinbeziehung von Umweltaspekten in strategische Konzepte (= Aktionspläne, politische Leitlinien, Programme und Planungen) ermöglicht.
- ▶ Die Umwelt soll also auf gleicher Ebene mit sozialen und wirtschaftlichen Aspekten in die Planungen miteinbezogen werden.
- ▶ Eine SUP ist parallel zur Planerstellung durchzuführen. Dabei sollen die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen von Planungsalternativen ermittelt, beschrieben und bewertet werden.
- ▶ Durch die Beteiligung der Öffentlichkeit an der SUP können Planungsprozesse partizipativ durchgeführt werden. Die Bevölkerung hat ein Mitspracherecht, noch bevor die fortgeschrittene Planung Änderungen unerschwinglich macht.
- ▶ Dadurch werden nachhaltige Entwicklungen gewährleistet (Ökologisierung von Planungsprozessen), die von einer breiten gesellschaftlichen Teilnahme getragen sind.

Die SUP ist

▶ Zum Beispiel:

- ▶ Verkehrsplanung durch Trassenplanung
- ▶ Ausarbeitung von Alternativen für Abfallwirtschaftskonzepte
- ▶ Großflächige Widmungspläne
- ▶ Energierumplanung eines Bundeslandes
- ▶ Stadtteilplanung (Abgrenzung: Städtebau UVP)

Die SUP

ist

- ▶ Was daraus gemacht wird
- ▶ Möglichkeit einer ergebnisoffenen Beteiligung
- ▶ Verpflichtend für unionsrechtlich vorgesehene Programme & Pläne

ist nicht

- ▶ Automatisch "gut"
- ▶ Verpflichtend was das Ergebnis betrifft
- ▶ Ersatz für eine UVP

SUP Richtlinie

- ▶ SUP-RL: 2001/42/EG aus 2001, Umsetzung bis 2004
- ▶ Umsetzung laufend durch Schaffung neuer Planungsinstrumente (zB ÖNIP)
- ▶ Ziel der RL: Umweltschutz in Plänen und Programmen
- ▶ Anwendungsbereich: Pläne und Programme, die
 - ▶ von Behörden erarbeitet oder angenommen werden müssen (also nicht: private Planung; schon aber: Unternehmen mit staatlichen Aufgaben wie Netzbetreiber:innen)
UND
 - ▶ Aufgrund von Rechtsvorschriften erstellt werden müssen. (also nicht: freiwillige Planung)

SUP Richtlinie

- ▶ Betroffene Bereiche: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie, Verkehr, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Telekommunikation, Fremdenverkehr, Raumordnung und Bodennutzung
- ▶ Ebenso: alle Pläne, die die Grundlage für NVP oder UVP-Projekte bilden
- ▶ Auch nicht bloß geringfügige Änderungen bestehender Pläne und Programme sind SUP-pflichtig

SUP Grundlage

- ▶ Umweltbericht
 - ▶ Untersuchungsrahmen mit Prüfgegenstand festlegen
 - ▶ Darstellung der Umweltaspekte
 - ▶ Alternativenprüfung
 - ▶ Prüfung der Auswirkungen der Vorschläge
 - ▶ Darstellung aller Maßnahmen die Schäden minimieren
 - ▶ Nichttechnische Zusammenfassung, möglichst allgemein verständlich

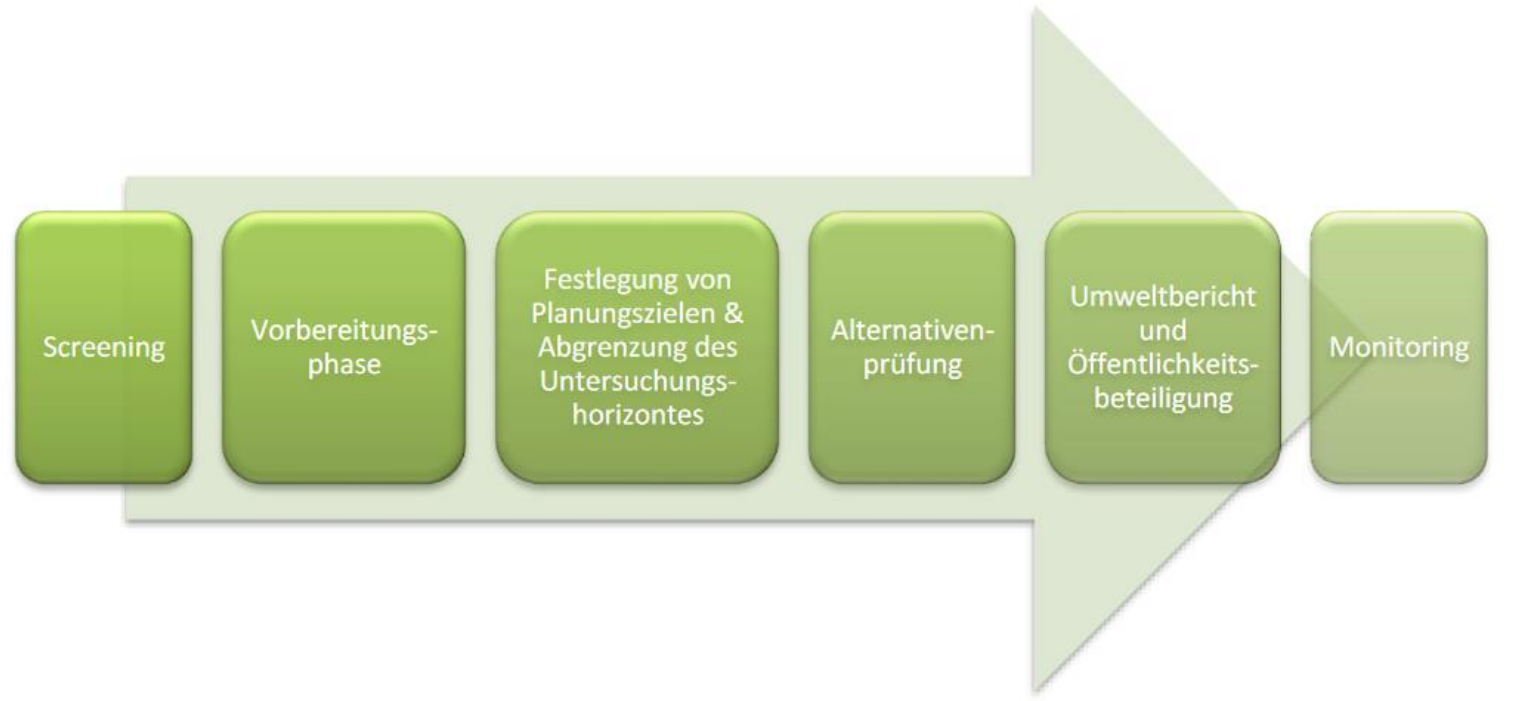
Ablauf

- 1) Feststellung, ob SUP nötig (Screening)
- 2) Scoping: Umfelderkennung
- 3) Erstellung Umweltbericht
- 4) Konsultation der zuständigen Umweltbehörden
- 5) Konsultation der Öffentlichkeit
- 6) Berücksichtigung der Konsultationen bei der Entscheidung über die Annahme des Planes und Erklärung über die Berücksichtigung (bzw. Nicht-Berücksichtigung)

Ablauf

- ▶ Der Planentwurf muss frühzeitig der Öffentlichkeit vorgelegt werden, sodass eine effektive Beteiligung möglich ist
- ▶ Bei grenzüberschreitenden Auswirkungen: Beteiligung über Staatsgrenzen hinweg
- ▶ Plan/Programm und Entscheidung sind zu veröffentlichen
- ▶ Monitoring
- ▶ Rechtsschutz fraglich
- ▶ Klima- und Biodiversitätsschutz größtenteils fakultativ, trotz EU-Empfehlung 2013 (!)

Ablauf



Screening

- ▶ Entfällt, wenn SUP Pflicht laut Gesetz besteht
- ▶ Sonst: Prüfung, ob im konkreten Fall eine SUP nötig ist
- ▶ Und in welchem Ausmaß sie nötig ist
- ▶ Kriterien:
 - ▶ Planungscharakter (wie konkret oder abstrakt)
 - ▶ Intensität der Auswirkungen (räumlich, zeitlich, umkehrbar)
 - ▶ Sensibilität der betroffenen Gebiete
- ▶ Screening Entscheidung ist zu veröffentlichen

Vorbereitung

- ▶ Festlegen des SUP Ablaufs mit Beteiligten
- ▶ Festlegung der Ziele der Planung und Umweltziele
- ▶ Scoping: Untersuchungshorizont festlegen
- ▶ Verknüpfen mit über- und untergeordneten Planungen („Tiering“)

Alternativenprüfung

- ▶ Planungsvarianten: Prüftiefe nicht festgelegt
- ▶ Alternativen müssen ermittelt, beschrieben und bewertet werden
- ▶ Darlegung, warum eine bestimmte Alternative gewählt wurde ist verpflichtend

Umweltbericht

- ▶ enthält die Ergebnisse der SUP sowie den Prozess, der zu den Ergebnissen geführt hat
- ▶ Erhebung Ist-Zustand der Umweltauswirkungen
- ▶ mögliche Auswirkungen der Alternativen einschließlich einer „Trend-Alternative“
- ▶ Grundlage für die Entscheidungsfindung
- ▶ Dient dazu, diese verständlich, nachvollziehbar und transparent zu gestalten (nichttechnische Zusammenfassung)

Öffentlichkeitsbeteiligung

- ▶ Dient der Akzeptanz, Transparenz und Bestandskraft
- ▶ Soll frühzeitig und effektiv möglich sein
- ▶ Mindestens: Veröffentlichung des Umweltberichts und Plans mit Stellungnahmerecht und Berücksichtigung dieser

Umsetzung in Österreich

- ▶ Kein zentrales SUP Gesetz
- ▶ Stattdessen in vielen einzelnen Gesetzen zu finden (zB AWG, IG-L, SP-V, sowie Landesgesetzen...)
- ▶ Tlw noch mangelhaft
- ▶ Rechtsschutz komplett unklar
- ▶ Verbindlichkeit durch UVP-Novelle 2023 gestärkt aber dennoch mangelhaft

- ▶ SUP am runden Tisch Abfallwirtschaft Wien
 - ▶ Ergebnisoffen
 - ▶ Breite Öffentlichkeitsbeteiligung
 - ▶ Verhandlungen auf Augenhöhe
 - ▶ Gemeinsames "ownership"
 - ▶ Ergebnis wurde umgesetzt

Beispiel
gute
SUP

Beispiel schlechte SUP

Netzentwicklungsplan APG

Unterlassene SUP ohne Auswirkung
auf UVP

SUPerNow

SUP durchgeführt, Ergebnis
ignoriert

Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan NGP 2015

Reine online Konsultation, Input
nicht berücksichtigt



Danke!

Gregor Schamschula

gregor.schamschula@oekobuero.at

www.oekobuero.at

Wasserrecht

Gregor Schamschula

A scenic view of a river flowing over mossy rocks in a forest. The water is clear and flows over several large, rounded rocks covered in green moss. The surrounding forest is lush with green foliage, including ferns and tall grasses. The lighting is soft, suggesting a shaded forest environment.

Ablauf

Rechtsquellen

Die Wasserrahmen-RL

Das WRG

Ziele & Wasserqualität

Planungen

Verfahren

Wasserkraft in der Praxis



Rechtsquellen

- **Völkerrecht**
 - Das "Recht auf sauberes Trinkwasser"
 - Staatsverträge
 - **Unionsrecht**
 - Wasserrahmen-RL
 - Trinkwasser-RL, Hochwasser-RL, Badegewässer-RL, Nitrat-RL
 - **Nationales Recht**
 - Art 10 Abs 1 Z 10 B-VG
 - Wasserrechtsgesetz
 - Andere (Wildbachverbauungsgesetz, Hydrographiegesetz, Wasserbautenförderungsgesetz, EAG,...)
 - Mittelbare Bundesverwaltung
-

Die Wasserrahmen- RL

RL 2000/60/EG

Ziele:

1. Schutz von Gewässern
2. Nachhaltige Nutzung
3. Guter Zustand

Kernpunkte:

- Verschlechterungsverbot
- Verbesserungsgebot
- Bewirtschaftungspläne
- Zielvorgaben





Das WRG

- WRG:
 "Wasser in allen Aggregatzuständen im natürlichen Kreislauf"
- Gewässer sind "natürliche oder künstliche Zusammenhänge von Wasser"

Das können sein:

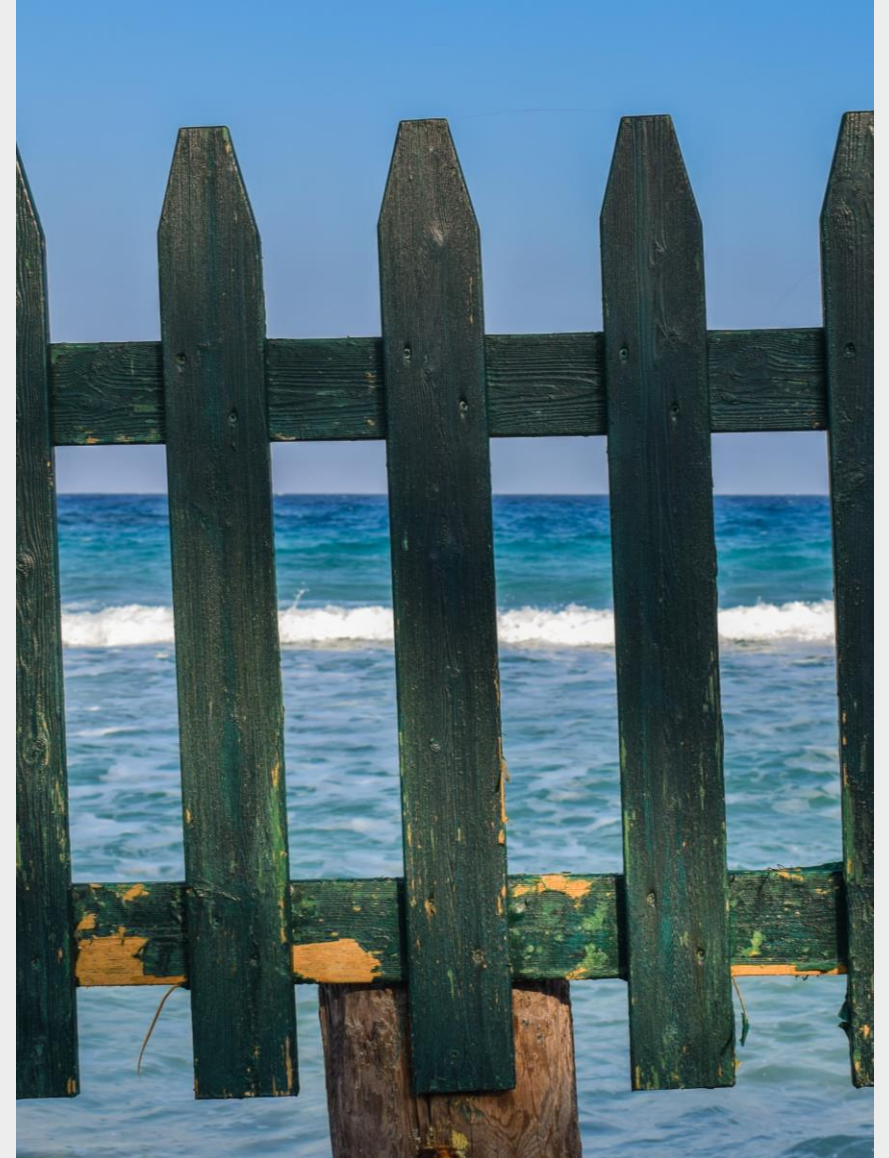
- Tagwässer und Grundwasser
- Stehende und fließende Gewässer
- Öffentliche und private Gewässer

Das WRG

Was ist "öffentlich"?

- Ausdrücklich genannte Gewässer (zB Donau)
- Vor 1934 als öffentlich genannte Gewässer
- Alle sonstigen, die nicht ausdrücklich privat genannt werden
 - Privat: eigene Brunnen, Quellen, autonome Seen und Teiche

Privatgewässer können auch aus wichtigen öffentlichen Gründen öffentlich erklärt werden.





Ziele & Wasserqualität

Schwerpunkte:

- 1) Nutzwasserwirtschaft (Benutzung)
- 2) Gewässergütemwirtschaft (Reinhaltung)
- 3) Schutzwasserwirtschaft (Gefahrenabwehr)

Ziele gem RL: guter Zustand
und
§ 4 Abs 2 WRG

Gewässer- qualität

Qualitäts- komponente	Biologie				Hydromorphologie				Chemie				Ökologischer Gesamtzustand
	Fische	Makrozoobenthos	Makrophyten	Phytobenthos	Wasserhaushalt	Durchgängigkeit	Morphologie	Temperatur	Sauerstoffhaushalt	Versauerung	Nährstoffe	Schadstoffe	
Zustand	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3

- One Out – All Out
- Verschlechterung
- Unterstützende Komponenten
- Weser Urteil C-461/13

Planung: NGP

- Alle 6 Jahre
- Bestandserhebung
- Zieldefinitionen & Schwerpunkte
- Öffentlichkeitsbeteiligung SUP
- Verordnung



Gemeingebrauch



- nur an Tagwasser
- unentgeltlich
- bewilligungsfrei

- Privatgewässer: "kleiner Gemeingebrauch"

"Gebrauch des Wassers der privaten Flüsse, Bäche und Seen zum Trinken und zum Schöpfen mit Handgefäßen [...], soweit er ohne Verletzung von Rechten oder öffentlicher oder privater Interessen mit Benutzung der dazu erlaubten Zugänge stattfinden kann"

- Öffentliche Gewässer: "großer Gemeingebrauch"

"der gewöhnliche ohne besondere Vorrichtungen vorgenommene, die gleiche Benutzung durch andere nicht ausschließende Gebrauch des Wassers, wie insbesondere zum Baden, Waschen, Trinken, Schwimmen, Schöpfen, dann die Gewinnung von Pflanzen, Schlamm, Erde, Sand, Schotter, Steinen und Eis, schließlich die Benutzung der Eisdecke überhaupt, soweit dadurch weder der Wasserlauf, die Beschaffenheit des Wassers oder die Ufer gefährdet noch ein Recht verletzt oder ein öffentliches Interesse beeinträchtigt noch jemandem ein Schaden zugefügt wird"

Verfahren

1

Gemeingebrauch

2

Bewilligungsfreier
Gebrauch

3

Bewilligungspflichtiger
Gebrauch

Genehmigungen

Es gibt:

- Wasserbenutzungsrechte
- Wasseranlagen-Bewilligungen
- Sonstige Bewilligungen (zB Brücken, Entwässerung, Hochwasseranlagen)

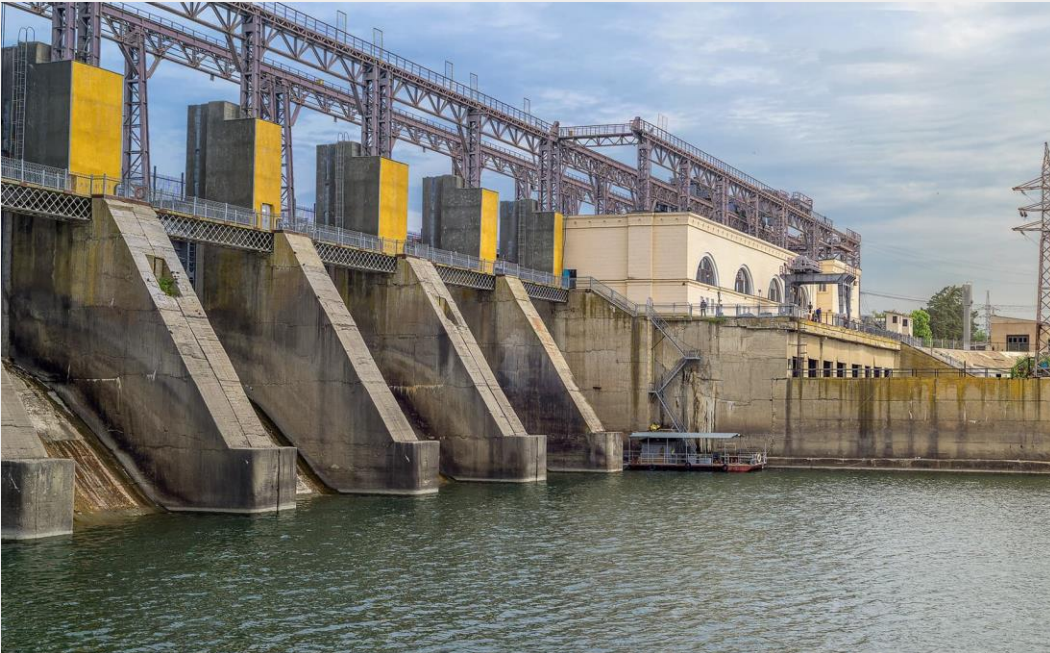
- Verfahren sind antragsgebunden
- Recht auf Verleihung wenn nicht öffentliche Interessen oder Rechte Dritter entgegenstehen
- Öffentliche Interessen gem § 105 WRG

Öffentliche Interessen.

§ 105. (1) Im öffentlichen Interesse kann ein Antrag auf Bewilligung eines Vorhabens insbesondere dann als unzulässig angesehen werden oder nur unter entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen bewilligt werden, wenn:

- a) eine Beeinträchtigung der Landesverteidigung oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder gesundheitsschädliche Folgen zu befürchten wären;
- b) eine erhebliche Beeinträchtigung des Ablaufes der Hochwässer und des Eises oder der Schiff- oder Floßfahrt zu besorgen ist;
- c) das beabsichtigte Unternehmen mit bestehenden oder in Aussicht genommenen Regulierungen von Gewässern nicht im Einklang steht;
- d) ein schädlicher Einfluß auf den Lauf, die Höhe, das Gefälle oder die Ufer der natürlichen Gewässer herbeigeführt würde;
- e) die Beschaffenheit des Wassers nachteilig beeinflußt würde;
- f) eine wesentliche Behinderung des Gemeindegebrauches, eine Gefährdung der notwendigen Wasserversorgung, der Landeskultur oder eine wesentliche Beeinträchtigung oder Gefährdung eines Denkmals von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung oder eines Naturdenkmals, der ästhetischen Wirkung eines Ortsbildes oder der Naturschönheit oder des Tier- und Pflanzenbestandes entstehen kann;
- g) die beabsichtigte Wasseranlage, falls sie für ein industrielles Unternehmen bestimmt ist, einer landwirtschaftlichen Benutzung des Gewässers unüberwindliche Hindernisse bereiten würde und dieser Widerstreit der Interessen sich ohne Nachteil für das industrielle Unternehmen durch Bestimmung eines anderen Standortes an dem betreffenden Gewässer beheben ließe;
- h) durch die Art der beabsichtigten Anlage eine Verschwendung des Wassers eintreten würde;
 - i) sich ergibt, daß ein Unternehmen zur Ausnutzung der motorischen Kraft eines öffentlichen Gewässers einer möglichst vollständigen wirtschaftlichen Ausnutzung der in Anspruch genommenen Wasserkraft nicht entspricht;
- k) zum Nachteile des Inlandes Wasser ins Ausland abgeleitet werden soll;
 - l) das Vorhaben den Interessen der wasserwirtschaftlichen Planung an der Sicherung der Trink- und Nutzwasserversorgung widerspricht.
- m) eine wesentliche Beeinträchtigung des ökologischen Zustandes der Gewässer zu besorgen ist;
- n) sich eine wesentliche Beeinträchtigung der sich aus anderen gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften resultierenden Zielsetzungen ergibt.

Bewilligungs- verfahren



- Verfahren nach §§ 101 ff WRG
- Abwägung:
Bedarf der Antragstellenden
vs.
Wasserverfügbarkeit und
Nutzungsart

Bewilligung wenn:

1. Öffentliche Interessen
2. Rechte Dritter (Wasser & Grund)
3. kommunale Wasserversorgung

gewahrt bleiben

- Verschlechterung?
- Dann: § 104a WRG Verfahren (Art 4/7 WRRL)
- Ausnahme genehmigungsfähig wenn:
 1. alle praktikablen Minderungsmaßnahmen ergriffen (--> Stand der Technik)
 2. Zielerreichung anders nicht möglich
 3. Überwiegendes öffentliches Interesse

Bewilligungs- verfahren



- Verschlechterung?

Qualitätskomponente	Biologie			Hydromorphologie				Chemie				Ökologischer Gesamtzustand	
	Fische	Makrozoobenthos	Makrophyten	Phytobenthos	Wasserhaushalt	Durchgängigkeit	Morphologie	Temperatur	Sauerstoffgehalt	Versauerung	Nährstoffe		Schadstoffe
Zustand	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	3	3

1. alle praktikablen Minderungsmaßnahmen ergriffen (--> Stand der Technik)
2. Zielerreichung anders nicht möglich
3. Überwiegendes öffentliches Interesse



Pflichten von Betreibenden

Sorgfaltspflicht

Instandhaltungspflicht

Überwachungspflicht

Haftung

Gewässerschutz

Allgemeine Verpflichtung zum
Gewässerschutz für jede Person


Besondere Verpflichtung für gefährliche
betriebliche Tätigkeiten

Vorhersehbare Einwirkungen
bewilligungspflichtig

Notstandspolizei bei akuten
Verunreinigungen (§ 31): BVB,
Bürgermeister:in, Polizei



Pause



Wasserkraft in der Praxis

Fall 1: Schwarze Sulm

nnel Donau-Lobau

Groß Enzersdorf

Der Verlauf de
Lobautunnels

Ölhafen Lobau

Wasserkraft in der Praxis

Hafen Albern

Donau

Lobautunnel

Fall 2: Lobautunnel

A4/Schwechat



Wasserkraft in der Praxis

Fall 3: Donaukraftwerke und Naturschutz

Wasserkraft in der Praxis

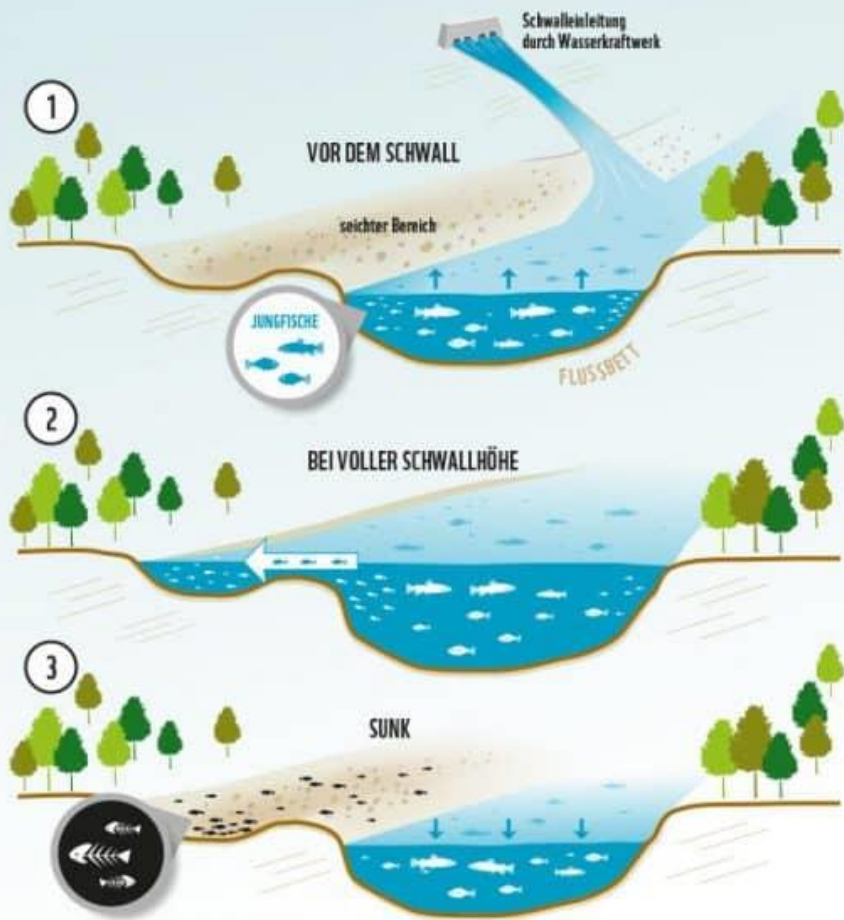
Fall 4: Verschlechterungen nach EuGH Weser

Wasserkraft in der Praxis

Fall 5: Wasserwirtschaftlicher Rahmenplan Tirol



Wie Jungfische durch die Schwallbelastung von Wasserkraftwerken sterben



Durch Wasserkraftwerke, die im Schwall-Sunk-Betrieb arbeiten, steigt der Wasserstand in Flüssen in kurzer Zeit massiv an. Vor allem Jungfische fliehen dann in Ufernähe oder in selchete Stellen, um der schnellen Strömung zu entgehen. Da das Wasser wieder genauso schnell absinkt, bleiben viele dort gefangen und verenden – ein Massensterben, das sich oft mehrmals täglich wiederholt.

Wasserkraft in der Praxis

Fall 6: Schwallbetrieb von Wasserkraftwerken



STEPHANS DOM
136,4 Meter

Wasserkraft in der Praxis

GERMANIA STAUDAMM
KRAFTWERK KAUNERTAL:
120 Meter

GOLDENES DACHL
17 Meter

Kraftwerk Kaunertal

Fragen



Rechtsfragen des Umweltschutzes

Klimaschutzrecht

Mag. Dominik Wagner

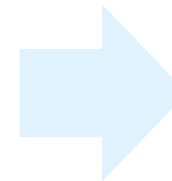
science  ORF.at

„Scheinklimaschutz“ statt echter Maßnahmen

27. April 2022, 14.09 Uhr

„Es gibt einige kleine Schritte in die richtige Richtung. Was aber fehlt, ist das **Gesamtkonzept** - denn es braucht alle Maßnahmen, sofort **umgesetzt** und **gut koordiniert**“, so Christ, die den Föderalismus im Bauwesen und im Verkehr als eine der größten Probleme in Österreich ansieht. Bei der aktuellen Energiedebatte rund um die Gaslieferungen aus Russland stößt ihr auf, dass es dabei nur um das Finden neuer Lieferanten geht: „Das gute alte Energiesparen ist fast ein Tabuwort geworden. Wir müssen Verbrauchsreduktion und Effizienz viel stärker in die Debatte einbringen.“ Auch für sie steht fest: „Kleine Kurskorrekturen genügen nicht!“

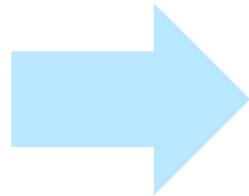
[LINK](#)



*Können
Klimaschutzgesetze
dieses
„Gesamtkonzept“
liefern?*

Grundlagen & Völker-/Unionsrecht

KLIMASCHUTZ- RECHT



- Verbrennungsprozesse - Kohlendioxid (**CO₂**)
 - Industrie (insb **Energiesektor**) 
 - Verkehr & Heizen   
- Gärungsprozesse in **Landwirtschaft** – Methan (**CH₄**) 
- Landwirtschaftliche **Düngung** – Distickstoffoxid (**N₂O**, Lachgas)
- FCKW, O₃, FKW/PFC, H-FKW/HFC, SF₆

Klimaschutzrecht - Begriff

- „**Klimaschutzrecht**“ = junges und bisher wenig erarbeitetes Rechtsgebiet
- Rechtsdogmatische Erfassung des Rechtsgebiets steht noch am Anfang
- **Zersplitterung** klimaschützender Normen / **Querschnittsmaterie!**

MITIGATION

- Klimaschutzrecht im **engeren Sinne**
- **Emissionsreduktion**
- Schutz & Ausweitung von **THG-Senken**

2°C bzw 1,5°C Ziel

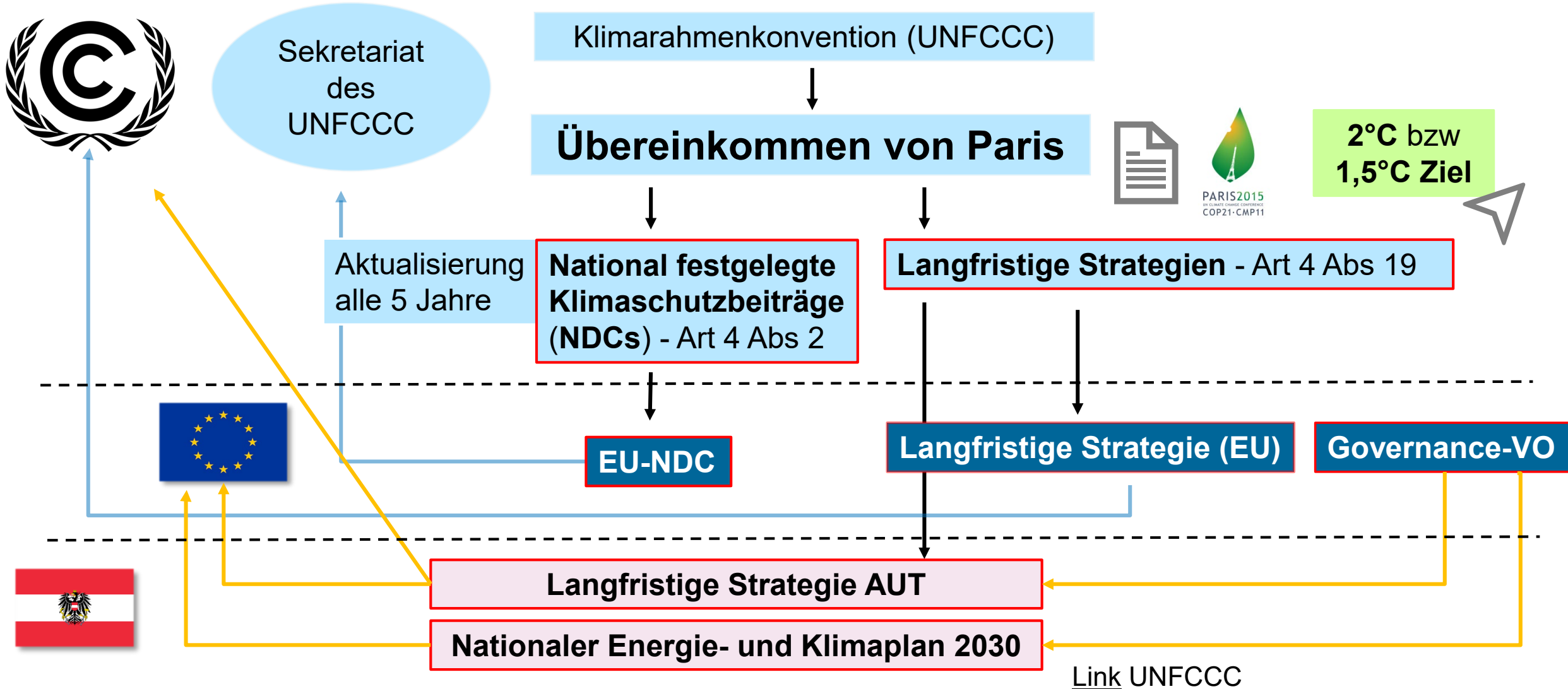
ADAPTION

- **Klimaanpassungsrecht**
- **Klimawandelfolgenrecht**



PARIS2015
UN CLIMATE CHANGE CONFERENCE
COP21·CMP11

Übereinkommen von Paris im Mehrebenensystem



2°C bzw
1,5°C Ziel



[Link UNFCCC](#)

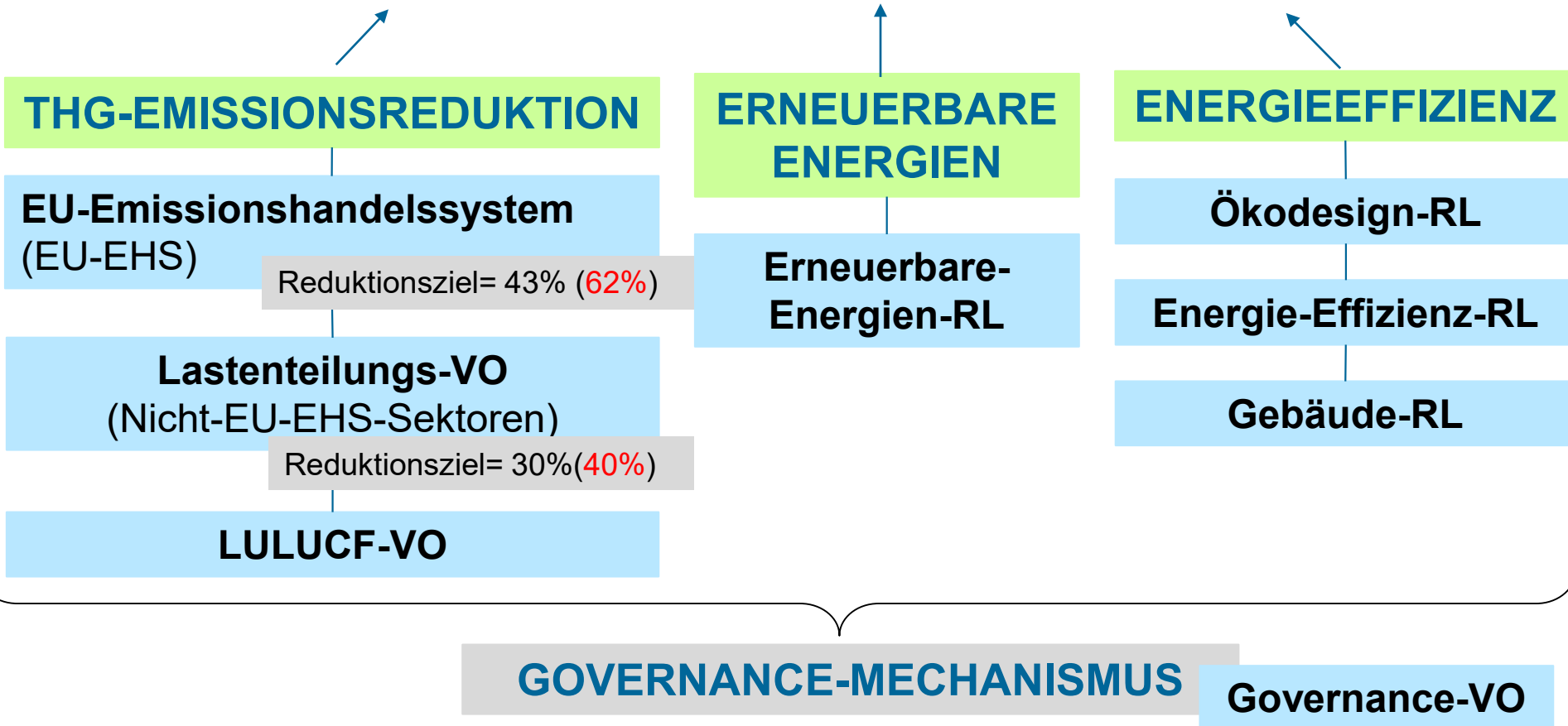
Die sog „ZIELTRIAS“ der Union



- Senkung der **THG-emissionen** um **40%** (**55%**) (gegenüber 1990)
- Anteil von **Energie aus erneuerbaren Quellen** von **32%** (**40%**)
- Steigerung der **Energieeffizienz** um mindestens **32,5%** (**36%**)



**FIT FOR
55-Paket**
Juli 2021



- Anpassung des **EU Klimagesetzes** an **55%**-Ziel (COM/2020/563 final)



- **EU NDC = 55%**



United Nations
Climate Change

VERORDNUNG (EU) 2021/1119 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 30. Juni 2021

zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999
(„Europäisches Klimagesetz“)

Art 2 Abs 1 - Ziel der Klimaneutralität

„Die unionsweiten im Unionsrecht geregelten Treibhausgasemissionen und deren Abbau müssen in der Union bis spätestens **2050** ausgeglichen sein, sodass die Emissionen bis zu diesem Zeitpunkt auf **netto null** reduziert sind, und die Union strebt danach negative Emissionen an.“

Art 4 Abs 1 - Klimazwischenziele der Union

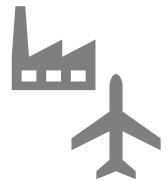
„[...] gilt als verbindliche Klimazielvorgabe der Union bis 2030 die Senkung der Nettotreibhausgasemissionen (Emissionen nach Abzug des Abbaus) innerhalb der Union um mindestens **55 %** gegenüber dem Stand von 1990.“

EU – THG-Emissionsreduktion



Reduktionsziel:
40%/**55%**
(gegenüber 1990)

THG-EMISSIONSREDUKTION



EU-Emissionshandels-system (EU-EHS);
RL 2003/87/EG



Lastenteilungs-VO
VO (EU) 2018/842



LULUCF-VO
VO (EU) 2018/841

- Eingeführt **2005**; Art 17 **Kyoto-Protokoll**
- 45% aller THG-Emissionen innerhalb EU erfasst; **Reduktionsziel EU = 43%(62%)**; **11.000 Kraftwerke & Industrieanlagen**; mehr als **520 Fluggesellschaften**
- „**Cap & trade**“-Prinzip

- **Nicht-EU-EHS-Sektoren** = Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Verkehr; **Reduktionsziel EU: 30%(40%)** (gegenüber 2005) & **Individuelle Reduktionsziele** für jeden MS; **AUT = 48%**
- **Art 9 Compliance-Kontrolle**

- Einbindung der **THG-Speicherung** aus **Land- und Forstwirtschaft** in die nationale Klimabilanz
- **Verpflichtungen** der MS im LULUCF-Sektor: **No-Debit-Regel / Verbot der Minusbilanz**
- Anrechnungs- & Verbuchungsregeln für THG-Emissionen

Lastenteilungs-VO – Anhang 1 idF VO (EU) 2023/857 (19. April 2023)

„ANHANG I

TREIBHAUSGASEMISSIONSREDUKTIONSZIELE DER MITGLIEDSTAATEN GEMÄß ARTIKEL 4 ABSATZ 1

	Treibhausgasemissionsreduktionsziele der Mitgliedstaaten im Jahr 2030, auf Basis der gemäß Artikel 4 Absatz 3 bestimmten Treibhausgasemissionen im Jahr 2005	
	Spalte 1	Spalte 2
Belgien	- 35 %	- 47 %
Bulgarien	- 0 %	- 10 %
Tschechien	- 14 %	- 26 %
Dänemark	- 39 %	- 50 %
Deutschland	- 38 %	- 50 %
Estland	- 13 %	- 24 %
Irland	- 30 %	- 42 %
Griechenland	- 16 %	- 22,7 %
Spanien	- 26 %	- 37,7 %
Frankreich	- 37 %	- 47,5 %
Kroatien	- 7 %	- 16,7 %
Italien	- 33 %	- 43,7 %
Zypern	- 24 %	- 32 %

Lettland	- 6 %	- 17 %
Litauen	- 9 %	- 21 %
Luxemburg	- 40 %	- 50 %
Ungarn	- 7 %	- 18,7 %
Malta	- 19 %	- 19 %
Niederlande	- 36 %	- 48 %
Österreich	- 36 %	- 48 %
Polen	- 7 %	- 17,7 %
Portugal	- 17 %	- 28,7 %
Rumänien	- 2 %	- 12,7 %
Slowenien	- 15 %	- 27 %
Slowakei	- 12 %	- 22,7 %
Finnland	- 39 %	- 50 %
Schweden	- 40 %	- 50 %

EU EHS = **Marktinstrument für Umweltschäden**

Grundgedanke = **Cap + Trade**

- Distribuiertes Marktwissen > zentrale Steuerung
- Festlegung von Mengenzielen → **Cap!**
- Kosteneffizienz → **Trade**
- Erfassung unterschiedlicher Emittent:innen in gleicher Weise
- Generierung finanzieller Mittel für den Staat
- Verursacher-Prinzip



Erfasste Tätigkeiten = **Anhang 1 EU EHS-RL**

Pflicht der Anlagenbetreiber:innen, genügend Emissionszertifikate zu **erlangen** & Ende des Jahres wieder **abzugeben (Unionsregister)**



- **Gratiszuteilung & Verauktionierung**



- **Handelbarkeit** der Zertifikate

6. Ab 1. Januar 2012 werden **alle Flüge** einbezogen, die auf Flugplätzen enden oder von Flugplätzen abgehen, die sich in einem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats befinden, auf das der Vertrag Anwendung findet.

Tätigkeiten	Treibhausgase
Verbrennung von Brennstoffen in Anlagen mit einer Gesamtfeuerungswärmeleistung von über 20 MW (ausgenommen Anlagen für die Verbrennung von gefährlichen oder Siedlungsabfällen)	Kohlendioxid
Raffination von Mineralöl	Kohlendioxid
Herstellung von Koks	Kohlendioxid
Röstung oder Sinterung einschließlich Pelletierung von Metallerz (einschließlich Sulfiderz)	Kohlendioxid
Herstellung von Roheisen oder Stahl (Primär- oder Sekundärschmelzbetrieb), einschließlich Stranggießen, mit einer Kapazität über 2,5 t pro Stunde	Kohlendioxid

[...]

1. & 2. Periode: 2005-2007 / 2008-2012

- Kostenlose Zuteilung „**Grandfathering**“

3. Periode: 2013-2020

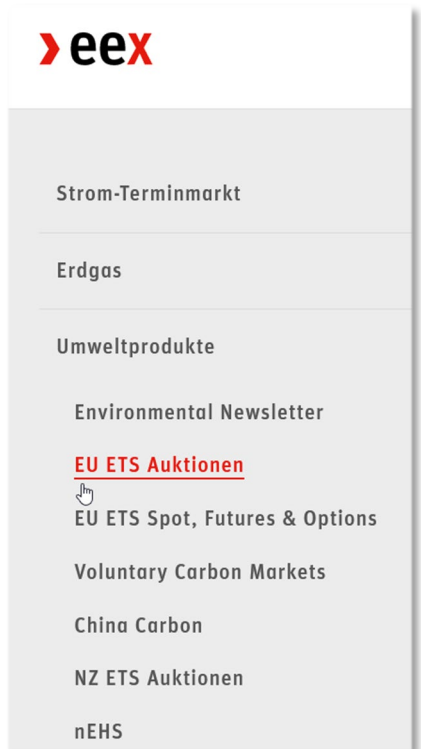
- Grundlegende Novellierung: **Cap** bei ca 2 Mrd Zertifikaten
- mehr Versteigerungen, weniger Gratis-Zertifikate
- weiterhin Sonderregelungen bzgl „**Carbon Leakage**“
- Einführung „**Ex-Ante-Benchmarks**“
- **Backloading** → Marktstabilitätsreserve

4. Periode: 2021-2030:

- **Jährliche Verringerung** der Zertifikate um **2,2%** bzw **4,3/4,4%**
- **Schiffsverkehr** ab 2024; **Gebäude & Verkehr** ab 2029
- **Phase-Out** der **kostenlosen Zuteilung** bis **2032!**
- Carbon Border Adjustment Mechanism

AUKTIONSPLATTFORMEN:

- Leipziger Energiebörse **EEX**
- Londoner Terminbörse ICE Futures Europe



Emissionshandel



Umwelt 
Bundesamt

DEHSt
Deutsches
Emissionshandelsregister



ERNEUERBARE ENERGIEN

Erneuerbare-
Energien-RL
RL (EU) 2018/2001



- Ziel der Richtlinie: **Gemeinsamer Rahmen für die Förderung von EE**
- Anteil von **Energie aus erneuerbaren Quellen** innerhalb der Union von mindestens 32%(**40%**) bis 2030; **keine individuellen nationale Ziele!** Vormal: Österreich bis 2020 EE-Anteil 34%;
- **Finanzielle Förderregelungen** für EE-Strom; Anreize für die **marktbasierte** und **marktorientierte Integration** von EE-Strom
- Förderung in Form von **Marktprämien** (Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz)
- **Transparente** Regelungen hinsichtlich **Berechnung des EE-Anteils**
- **Anpassung** der nationalen **Verwaltungsverfahren, Rechtsvorschriften und Regelungen** (insb **Raumplanung** und **Baurecht**)
- **Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften**



ENERGIE-EFFIZIENZ

Ökodesign-RL

Energie-Effizienz-RL

Gebäude-RL

- **Effizienzanforderungen an Produkte**
- konkreten Produktnormen mittels **Durchführungs-VO**
- **Energieverbrauchskennzeichnung** (VO 2017/1369)

- **Energieeffizienzziel**: Steigerung um 32,5% (**36%**) bis 2030 (EU)
- MS müssen **indikatives nationales Energieeffizienzziel** festlegen
- **Energieeffizienz-Aktionspläne** der MS
- Renovierung **öffentlicher Gebäude** & öffentliche Beschaffung
- Energieeffizienzverpflichtungssysteme
- **Energieaudits** in Unternehmen

- **Mindestanforderungen** an die Gesamtenergieeffizienz von Neu- und Bestandsbauten
- **Niedrigstenergiegebäude**
- Energieausweis
- Smart-Home-Ansätze

Verfahrensbeschleunigung für Ausbau EE

- „Beschleunigungsgebiete“ / „Go-To Areas“
- Verzicht auf UVP
- Keine artenschutzrechtliche Prüfung



REPowerEU:
Energy Savings and
Energy Efficiency



Beispiel – Energieeffizienzklassen

SUPPLIER'S NAME _____ **MODEL IDENTIFIER** _____

A **B** **C** **D** **E** **F** **G**

B

XYZ kWh / 100

XY,Z kg
 X:YZ
 XY L

ABCDEF
 XY dB

2019/XXX

Energieausweis für Wohngebäude Logo

OiB Österreichischer Institut für Bautechnik
Ausgabe: Oktober 2011

BEZEICHNUNG

Gebäude (-teil)	Baujahr
Nutzungsprofil	Letzte Veränderung
Straße	Katastralgemeinde
PLZ/Ort	KG-Nr.
Grundstücksnr.	Seehöhe

SPEZIFISCHER HEIZWÄRMEBEDARF, PRIMÄRENERGIEBEDARF, KOHLEN-DIOXIDEMMISSIONEN UND GESAMTERGIEFFIZIENZ-FAKTOR (STANDORTKLIMA)

	HWB _{sk}	PEB _{sk}	CO _{2 sk}	f _{GES}
A ++				
A +				
A	A (Beispiel)		A+ (Beispiel)	A (Beispiel)
B		B (Beispiel)		
C				
D				
E				
F				
G				

HWB: Der Heizwärmebedarf beschreibt jene Wärmemenge, welche den Räumen technisch zur Beheizung zugeführt werden muss.
WWB: Der Warmwasserwärmebedarf ist als flächenbezogener Defaultwert festgelegt. Er entspricht ca. einem Liter Wasser je Quadratmeter Brutto-Grundfläche, welches um ca. 30 °C (also beispielsweise von 8 °C auf 38 °C) erwärmt wird.
HEB: Beim Heizenergiebedarf werden zusätzlich zum Nutzenergiebedarf die Verluste der Haustechnik im Gebäude berücksichtigt. Dazu zählen beispielsweise die Verluste des Heizkreises, der Energiebedarf von Umwälzpumpen etc.
HWS: Der Haushaltsstrombedarf ist als flächenbezogener Defaultwert festgelegt. Er entspricht ca. dem durchschnittlichen flächenbezogenen Stromverbrauch in einem durchschnittlichen österreichischen Haushalt.

EEB: Beim Endenergiebedarf wird zusätzlich zum Heizenergiebedarf der Haushaltsstrombedarf berücksichtigt. Der Endenergiebedarf entspricht jener Energiemenge, die eingekauft werden muss.
PEB: Der Primärenergiebedarf schließt die gesamte Energie für den Bedarf im Gebäude einschließlich aller Verlusten mit ein. Dieser weist einen erneuerbaren und einem nicht erneuerbaren Anteil auf. Der Erzeugungszufuhr für die Konversionsfaktoren ist 2004-2008.
CO₂ Gemäß dem Endenergiebedarf zuzurechnenden Kohlendioxidemissionen, einschließlich jener für Transport und Erzeugung sowie aller Verluste. Zu deren Berechnung wurden übliche Allokationsregeln unterstellt.
f_{GES} Der Gesamteffizienz-Faktor ist der Quotient aus dem Endenergiebedarf und einem Referenz-Endenergiebedarf (Anforderung 2007).

Alle Werte gelten unter der Annahme eines normierten Benutzerverhaltens. Sie geben den Jahresbedarf pro Quadratmeter beheizter Brutto-Grundfläche an.

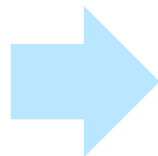
Dieser Energieausweis entspricht den Vorgaben der Richtlinie 6 „Energieeffizienz und Wärmeschutz“ des Österreichischen Instituts für Bautechnik in Umsetzung der Richtlinie 2019/11EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und des Energieausweis-Vorlage-Gesetzes (EAVG).

Ökodesign-RL



Durchführungs-VO (EU) 2019/2021

- Energieeffizienz
- Automatische Helligkeitsregelung
- Stand-By
- Demontage, Recycling & Verwertung
- Software-Aktualisierungen
- ...



ANHANG II

Ökodesign-Anforderungen

A. ENERGIEEFFIZIENZANFORDERUNGEN

1. HÖCHSTWERTE FÜR DEN ENERGIEEFFIZIENZINDEX IM EIN-ZUSTAND

Der Energieeffizienzindex (EEI) eines elektronischen Displays wird nach der folgenden Gleichung berechnet:

$$EEI = \frac{(P_{\text{measured}} + 1)}{(3 \times [90h (0,02 + 0,004 \times (A - 11)) + 4] + 3) + 3}$$

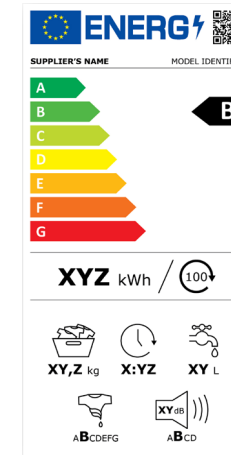
Dabei gilt:

A ist die Bildschirmfläche in dm^2 ,

P_{measured} ist die in der Normalkonfiguration mit Standard-Dynamikumfang (SDR) im Ein-Zustand gemessene Leistungsaufnahme in Watt,

$corr$ ist ein Korrekturfaktor von 10 für elektronische OLED-Displays, auf die keine ABC-Toleranz gemäß Buchstabe B Nummer 1 angewandt wird. Dies gilt bis zum 28. Februar 2023. In allen anderen Fällen ist $corr$ gleich null.

Der EEI eines elektronischen Displays darf den maximalen EEI (EEI_{max}) entsprechend den Höchstwerten in Tabelle 1 ab den darin angegebenen Zeitpunkten nicht überschreiten.



Europäischer Grüner Deal

Erster klimaneutraler Kontinent werden

30. März 2022



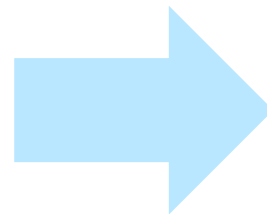
- Vorschlag für eine **Ökodesign-VO** für nachhaltige Produkte



- Vorschlag für Überarbeitung der **Bauprodukte-VO**



- EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige **Textilien**



- Ökodesign-RL soll durch **Ökodesign-VO** ersetzt werden
 - Mindestkriterien nicht nur für die Energieeffizienz, sondern auch für die **Kreislauffähigkeit**
 - Verringerung des **Umwelt- und Klimafußabdrucks** von Produkten
 - Fokus liegt insb auf **Textilien**
- **Bauprodukte-VO** (Novelle)
 - harmonisierten Rahmen für die **Bewertung der Umwelt- und Klimaleistung** von Bauprodukten

Innerstaatliche Kompetenzgrundlagen

KOMPETENZGRUNDLAGE = diffus

- **Art 10 Abs 1 Z 12 B-VG (1988)**
 „**Luftreinhaltung**, unbeschadet der Zuständigkeit der Länder für Heizungsanlagen“
- **Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG**
Verkehrswesen bezüglich der Eisenbahnen und der Luftfahrt
- **Art 12 Abs 1 Z 2 B-VG**
Elektrizitätswesen
- **Art 15 B-VG**
 Raumplanung, Baurecht
- [...]

Innerstaatliche Implementierung

NEKP & politische Absichtserklärungen

Governance-VO

Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus

Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich

Periode 2021-2030

gemäß Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Governance-System für die Energieunion und den Klimaschutz

Wien, 18. Dezember 2019

RICHTLINIEN DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR BAUTECHNIK

OiB richtlinien

OiB-RICHTLINIE 6

Energieeinsparung und Wärmeschutz

Langfristige Renovierungsstrategie
OIB-330.6-022/19-093

APRIL 2020

#mission2030

Die österreichische Klima- und Energiestrategie

Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus **Bundesministerium Verkehr, Innovation und Technologie**

Republik Österreich

Aus Verantwortung für Österreich.

Regierungsprogramm 2020–2024

2040 Klimaneutralität

**EU-Emissionshandelssystem
(EU-EHS); RL 2003/87/EG**



**Emissionszertifikatengesetz
2011 – EZG 2011**

**Lastenteilungs-VO
VO (EU) 2018/842**



Klimaschutzgesetz – KSG

**Erneuerbare-Energien-RL
RL (EU) 2018/2001**



**Erneuerbaren-Ausbau-
Gesetz – EAG, [...]**

**Energie-Effizienz-RL
RL (EU) 2012/27**



**Energieeffizienzgesetz -
EEffG**

**Gebäude-RL
RL (EU) 2010/31**



**BauO der Länder / OIB-
Richtlinie 6**

...

...

Klimaschutzgesetz - KSG

- **Nicht-EU-EHS-Sektoren**
- **Ziel** = Koordinierte Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz
- **Kein** „klassisches“ Umweltschutzgesetz:
 - keine Verpflichtungen Dritter, keine Schutzziele, keine Finanzmittel, keine Festlegung von Kompetenzen
- „**Auftrags- und Verhandlungsgesetz**“ / „**Metagesetz**“
 - KSG definiert **Prozedere**, nach dem die Klimaschutzziele auf verschiedene **Wirtschaftssektoren** aufgeteilt werden
 - Zielvereinbarungen zwischen **politischen Akteur:innen**
- KSG legt das unionsrechtlich vorgegebene Reduktionsziel für die Zeiträume 2008-2012 und 2013-2020 gesetzlich fest, nicht jedoch für 2021 – 2030



Seit 400 Tagen kein wirksames Klimaschutzgesetz!

KSG – Auftrags- und Verhandlungsgesetz

Verfahren zur Festlegung von Emissionshöchstmengen - § 3 Abs 1

- Sektorspezifische Höchstmengen (Vorschlag **BMK**) → Anlagen KSG (**Parlament**)

Erarbeitung von Klimaschutzmaßnahmen im Verhandlungsweg - § 3 Abs 2

- **Vorschlag** der BMK: Energieeffizienz, EE, Gebäude, Raumplanung, Mobilität, Abfallvermeidung, CO₂-Senken, ökonomische Anreize
- **Rechts-** und **Kundmachung**sform? **Gerichtliche Kontrolle?**

Verantwortlichkeitsmechanismus

- Gesonderter **Art 15a-Vereinbarung** bisher nicht abgeschlossen!
- **FAG 2017**: Kosten zusätzlicher Emissionszuweisungen (Lastenteilungs-VO)
→ Bund/Länder = 80:20

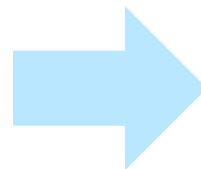
**Jährliche Höchstmengen von Treibhausgasemissionen nach Sektoren
für den Verpflichtungszeitraum 2013 bis 2020
in Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxidäquivalent
(berechnet nach den 2006 IPCC-Richtlinien für Nationale Treibhausgasinventuren)**

Sektor	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Abfallwirtschaft CRF-Sektoren 1A1a – other fuels; und 6	3,1	3,0	3,0	2,9	2,9	2,8	2,8	2,7
Energie und Industrie (Nicht- Emissionshandel) CRF-Sektoren 1A1 (abzüglich 1A1a – other fuels), 1A2, 1A3e, 1B, 2A, 2B, 2C, 2D, 2G und 3	7,0	6,9	6,9	6,8	6,7	6,6	6,6	6,5
Fluorierte Gase CRF-Sektoren 2E und 2F	2,2	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1
Gebäude CRF-Sektoren 1A4a und 1A4b	10,0	9,7	9,4	9,1	8,8	8,5	8,2	7,9
Landwirtschaft CRF-Sektoren 1A4c und 4	8,0	8,0	8,0	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9
Verkehr CRF-Sektoren 1A3a (abzüglich CO ₂), 1A3b, 1A3c, 1A3d und 1A5	22,3	22,3	22,2	22,1	22,0	21,9	21,8	21,7
Gesamtsumme	52,6	52,1	51,5	51,0	50,4	49,9	49,4	48,8

- Das KSG konnte seine bisherigen **Ziele nicht** erfüllen:
 - Völker- und unionsrechtliche Reduktionsverpflichtungen nur aufgrund des **Zukaufs von Emissionszuweisungen** möglich
- **Schwachstellen:**
 - Kein Governance- und Verantwortlichkeitsmechanismus
 - Keine regelmäßige Evaluierung der Maßnahmen (Einbindung der Wissenschaft)
 - Sektorspezifische Emissionsgrenzen lagen zT über tatsächlichen Emissionen
 - Kein Kontrollmechanismus, kein Säumnisschutz
- **KSG-Entwurf 2008** weitaus ambitionierter: **Staatsziel** Klimaschutz + **Bedarfskompetenz**
- **KSG-Novelle 202x** muss den ambitionierteren **Klima- und Energieziele der EU** bzw dem Regierungsprogramm (**2040 Klimaneutralität**) gerecht werden

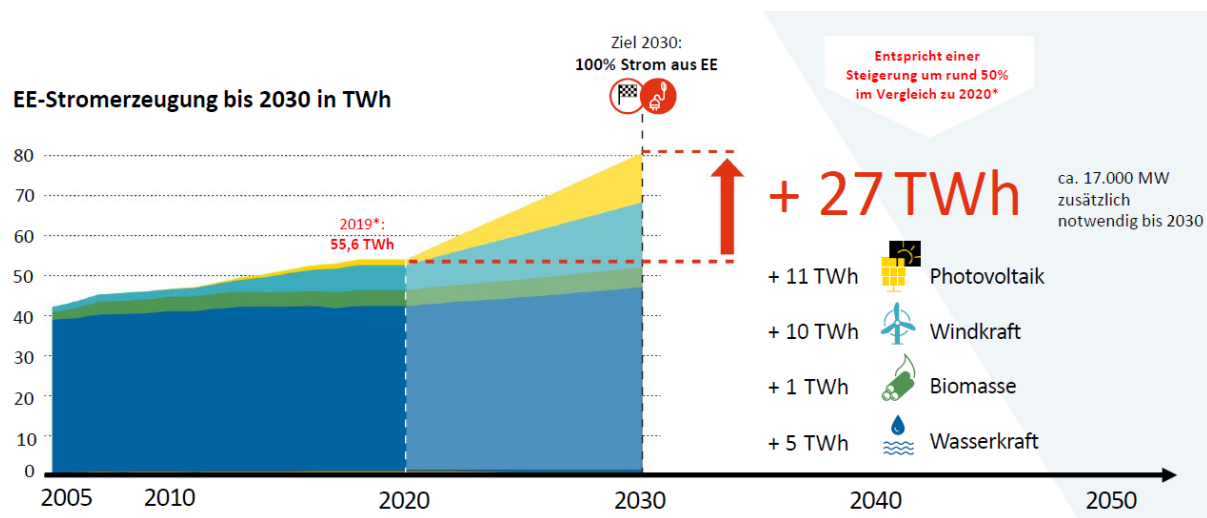
- **Ziele** ua =

Anteil EE am
Stromverbrauch bis 2030
100% national bilanziell



- **Rechtsinstrumente** ua =

- **Marktprämie & Investitionszuschüsse**
- Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften
- Vereinfachter Netzzugang (insb § 46 Abs 2 EIWOG)
- Regulatory Sandboxes (§ 58a EIWOG)



© Maringer, BMK

- **Ziele** ua
 - **kostenoptimale Steigerung** der effizienten Nutzung von Energie durch **Haushalte** und **Unternehmen**
 - **Versorgungssicherheit** garantieren & **Energiearmut** eindämmen
- **Energiemanagement** bei **Unternehmen** (§ 9)
 - **Energieaudits** oder **zertifiziertes Energiemanagementsystem**/Umweltmanagementsystem
- **Energieeffizienz** bei **Energielieferant:innen** (§ 10)
 - Durchführung von **Energieeffizienzmaßnahmen** oder **Ausgleichszahlungen**
- **Vorbildfunktion** des **Bundes** (§ 12)
 - Erwerb und Miete von Immobilien
 - Energieeinsparungen durch Contracting, Managementmaßnahmen, Sanierungsmaßnahmen
 - Sanierung öffentlicher Gebäude?

[LINK](#)

Bauordnung für Wien

Gesamtenergieeffizienz
iSd **Gebäude-RL**

7. Abschnitt Energieeinsparung und Wärmeschutz Allgemeine Anforderungen

§ 118. „(1) Bauwerke und all ihre Teile müssen so geplant und ausgeführt sein, dass die bei der Verwendung benötigte **Energiemenge** nach dem Stand der Technik **begrenzt** wird. Auszugehen ist von der bestimmungsgemäßen Verwendung des Bauwerks; die damit verbundenen Bedürfnisse (insbesondere Heizung, Warmwasserbereitung, Kühlung, Lüftung, Beleuchtung) sind zu berücksichtigen.

Ausbau Erneuerbarer
Energie iSd **EE-RL**

(3c) Neubauten von Wohngebäuden sind unabhängig von der Verpflichtung gemäß Abs. 3 **unter Einsatz solarer Energieträger** mit einer Spitzen-Nennleistung von mindestens 1 kWp pro charakteristischer Länge des Gebäudes und für je 300 m² konditionierter Brutto-Grundfläche oder unter Einsatz anderer technischer Systeme zur Nutzung umweltschonender Energieträger mit gleicher Leistung am Gebäude zu errichten.

Reduktion THG Gebäudesektor
iSd **Lastenteilungs-VO**

(3f) Bei Änderungen und Instandsetzungen von mindestens 25 vH der Oberfläche der Gebäudehülle von Gebäuden ist die Errichtung von Wärmebereitstellungsanlagen für feste und flüssige **fossile Energieträger** nicht zulässig.

Nächste Einheit: **31. Mai 2023**

Luftreinhalungsrecht & Klimaklagen

Mag. Schamschula



Recht auf saubere Luft & Klimaklagen

Gregor Schamschula



Übersicht

1. Luftreinhaltung – rechtliche Grundlagen
2. EuGH Brüssel und seine Bedeutung
3. Klimaklagen
4. Fragen

Luftreinhaltung – rechtliche Grundlagen

WHO

- Auf wissenschaftlicher Grundlage
- „Guidelines“ mit Grenzwerten
- 2021: Überarbeitung mit neuen Schwerpunkten

Richtlinie
2008/50/EG

- Luftqualitäts-RL der EU
- Von allen EU Staaten umzusetzen
- Befristete Zielerreichung
- Laufend: REFIT Überarbeitung

IG-L

- Bundes und Landes IG-L
- Grenzwerte, Alarmwerte
- Luftreinhalteprogramme

WHO Empfehlungen

- 2005 & Überarbeitung 2021
- Nicht verbindlich
- Auf wissenschaftlicher Basis
- 2021: Umstellung mehr Fokus für Ultrafeinstaub (PM <2,5 µg/m³)

(in µg/m ³)	2005 WHO	2021 WHO	EU- RL
PM10	20	15	40
PM 2,5	10	5	25
NOx	40	10	40



Die Luftqualitäts-Richtlinie 2008/50/EG

- Inkrafttreten 2008
- Grenzwerte für mehrere Luftschadstoffe
(Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Feinstaub (PM10), Blei, Benzol, Kohlenmonoxid und Ozon)
- Grenzwerte und Alarmwerte
- Errichtung eines Messstellen-Netzwerkes mit genauen Kriterien
- Veröffentlichung der Daten (Aktive Umweltinformationen)
- Verlängerung der Umsetzungsfrist für Feinstaub und Stickstoffdioxid



Das Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L)

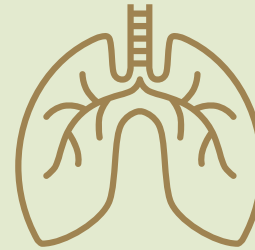
- Bundes- und Landesgesetze
- Eigene Grenzwerte (an RL angelehnt)
- Bei Überschreitung: Luftqualitätsprogramm durch LH
 - Anlagen, Kraftfahrzeuge, Stoffe, Zubereitungen und Produkte
- Jedes Land stellt eigene Messnetze auf und kommuniziert die Ergebnisse an die Öffentlichkeit
 - z.B.: Wien <https://www.wien.gv.at/ma22-lgb/luftgi.htm>
 - z.B.: Tirol <https://www.tirol.gv.at/umwelt/luftqualitaet/aktuelle-luftqualitaet-und-messberichte-fuer-tirol/>

Rechtliche Grundlagen



Recht auf Einhaltung der Grenzwerte der Richtlinie bzw. des Gesetzes

Bei Überschreitung: Luftreinhalteprogramm erstellen/überarbeiten



Erfolgreiche Fälle in Graz und Salzburg

Direkte Betroffenheit: persönlich oder NGO

Resultat: Überarbeitung VO

Erneuter Rechtsschutz?

Rechtsmittel

- Bis 2019: keine ausdrücklichen Rechtsmittel der betroffenen Öffentlichkeit
- Dann Fall ÖKOBÜRO Salzburg
 - VwGH Ra 2015/07/0074
 - und LVwG 405-4/1892/1/18-2019
- IG-L Novelle mit eingeschränkten Rechten in § 9a

EuGH Brüssel

- 2019: EuGH C-732/17
- Anfechtung auch von Luftmessstellen
 - Anhang III/1 der RL
- Auch direkt in Österreich gültige Aussagen





Luftmessstellen: Wo?

- ▶ „a) Daten über Bereiche innerhalb von Gebieten und Ballungsräumen, in denen **die höchsten Konzentrationen auftreten**, denen die Bevölkerung wahrscheinlich direkt oder indirekt über einen Zeitraum ausgesetzt sein wird, der im Vergleich zum Mittelungszeitraum der betreffenden Grenzwerte signifikant ist;
- b) Daten zu Konzentrationen in anderen Bereichen innerhalb von Gebieten und Ballungsräumen, die für die Exposition der Bevölkerung allgemein **repräsentativ** sind.
[...]
- f) Probenahmestellen sollten möglichst auch für ähnliche Orte repräsentativ sein, die nicht in ihrer unmittelbaren Nähe gelegen sind.“

Luftmessstellen: Wo?

- ▶ EuGH sagt:
*„...dass es einem nationalen Gericht zusteht, auf Antrag Einzelner, die von der Überschreitung der in Art. 13 Abs. 1 der Richtlinie genannten Grenzwerte unmittelbar betroffen sind, zu prüfen, ob die Probenahmestellen in einem bestimmten Gebiet im Einklang mit den in Anhang III Abschnitt B Nr. 1 Buchst. a der Richtlinie vorgesehenen Kriterien eingerichtet wurden, und, wenn dies nicht der Fall ist, gegenüber der zuständigen nationalen Behörde alle erforderlichen Maßnahmen wie etwa – sofern im nationalen Recht vorgesehen – eine Anordnung zu treffen, damit die **Probenahmestellen im Einklang mit diesen Kriterien** eingerichtet werden.“*

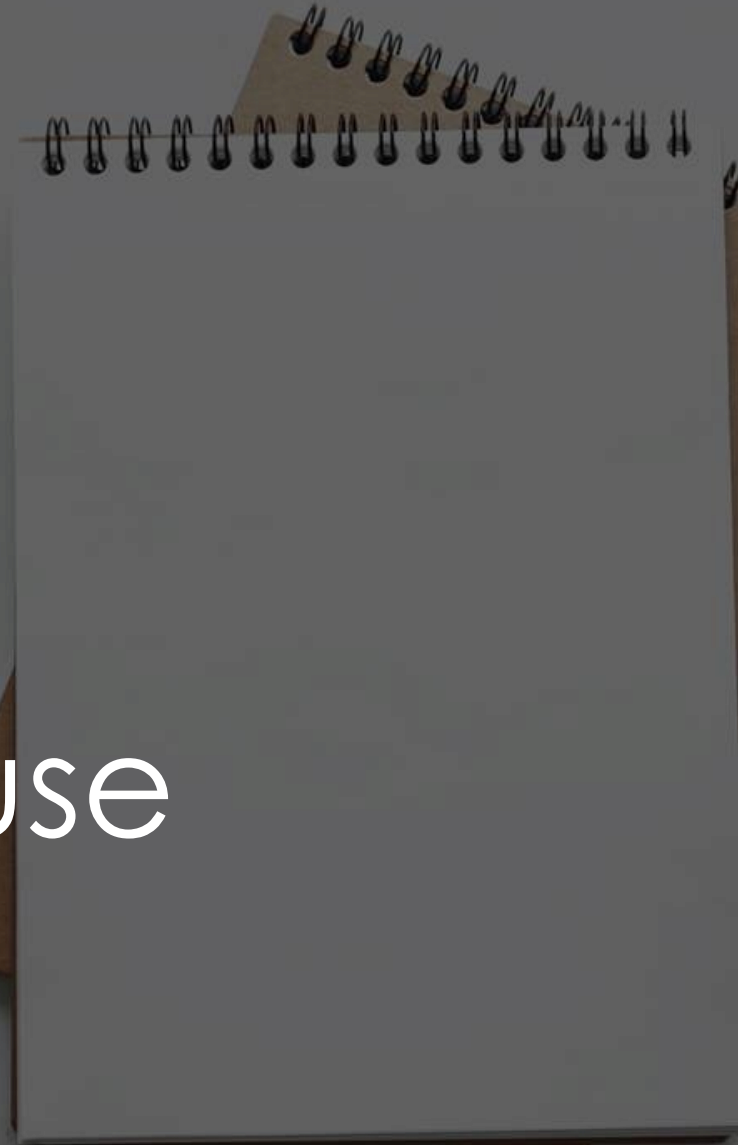


Offene Fragen im Luftschutz

- Anfechtung von Messstellen?
 - Antrag an wen?
- Haftung der Exekutive?
 - EuGH: C-61/21 Schlussanträge
- Aber: keine Haftstrafen für Politiker:innen
 - C-752/18
 - ...not yet?



Pause



Klimaklagen

The background of the slide features a silhouette of a wind farm against a vibrant orange and yellow sunset sky. The wind turbines are arranged in a line across the horizon, with their three-bladed rotors clearly visible. The overall mood is serene and focused on renewable energy.



Klimaklagen



Im engeren Sinn

- Menschenrechtliches Argument
- Gegen Staaten gerichtet
- Betroffenheit & Umfang der Schutzpflicht als Hauptthemen
- Problemfall Gewaltentrennung
- z.B.: Klimaklage VfGH Österreich, Mex EGMR, Urgenda, Lahore,...

Im weiteren Sinn

- Verschiedene rechtliche Argumente
- Unterschiedliche Antragsgegner:innen
- Nicht auf ein Thema beschränkt
- Oft etablierte Klagswege
- z.B. Greenpeace gegen Shell, Dritte Piste Wien, Flughafen London,...

Beispiel 1: Urgenda vs Die Niederlande

- 2013: Klage beim Bezirksgericht
- Betroffenheit per Gesetz geregelt
- Selbstverpflichtungen widersprechen Menschenrechten weil zu gering
- 2015: Sieg Bezirksgericht
- 2018: Sieg Berufungsgericht
- 2019: Sieg Höchstgericht





Beispiel 2: Die österreichische Klimaklage(n)

- 9000 Individualanträge an den VfGH
- Problem 1: Legistische Untätigkeit nicht angreifbar
- Problem 2: Betroffenheit
- Antrag gegen Steuerprivilegien
- Zurückweisung aus Formalgründen
- EGMR als nächster Schritt

Beispiel 3: Heathrow Dritte Piste

- Klimaklage im weiteren Sinn
- Kontrast zur österreichischen Entscheidung
- Dritte Piste nicht mit den nationalen Klimazielen UKs vereinbar
- Daher Genehmigung versagt, solange Klimaplan nicht angepasst



Beispiel 4: Die Klimaseniorinnen



- Schweizer Fall
- Dort nicht zugelassen, jetzt EGMR (große Kammer --> DER Präzedenzfall?)
- Argument: Hitze schadet alten Menschen besonders stark, Schweiz tut nicht genug

Beispiel 5: Deutsche Klimaklage

- Klage gegen das Bundes-Klimaschutzgesetz durch NGOs
- "intertemporale Freiheitsrechte" werden verletzt
- Deutsches BVerfG hebt das Gesetz in Teilen auf: Staat muss reparieren





Fall 6: Saúl Lliuya v RWE

- Klage gegen ein Unternehmen (RWE)
- RWE: 2% aller Emissionen
- Klage auf Teilkosten für Anpassung wegen Gletscherschmelze
- Derzeit in Beweisaufnahme

Weitere Fälle

- Mehrere EGMR Fälle anhängig, Klimaseniorinnen als "Lead-Case"
- Weltweit rund 5.000 Klimaklagen
- <http://climatecasechart.com>
- Viele mit eigenen Schwerpunkten (Behinderungen, Kinderrechte, ...)
- Durchsetzbarkeit und Follow Up?





FRAGEN?